

23. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. Juli 2004, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 1521

Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

„Mit moderner Cluster-Politik: Branchen stärken und Zukunft sichern“

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu 1521, 1539
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 1527, 1539
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 1530, 1538
Franz Josef Pschierer (CSU) 1532
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 1534
(Zwischenbemerkung nach § 111 Absatz 4 GeschO)
Dr. Heinz Kaiser (SPD) 1535
Dr. Ludwig Spaenle (CSU) 1537
Christine Kamm (GRÜNE) 1538

Antrag der Abg. Siegfried Schneider, Renate Dodel, Eduard Nöth u.a. (CSU)

Schulorganisation an den Hauptschulen
(Drs. 15/904)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 15/1381)

Georg Stahl (CSU) 1543
Marianne Schieder (SPD) 1544, 1550
Staatssekretär Karl Freller 1546
Simone Tolle (GRÜNE) 1549
Siegfried Schneider (CSU) 1550, 1551
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 1551

Beschluss 1552

Mitteilung betreffend Erledigung von Anträgen
(s. a. Anlage 1)

Zustimmende Kenntnisnahme 1552, 1571

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Marianne Schieder u.a. u. Frakt. (SPD)

Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag – Keine Beschulung in Jungarbeiterklassen
(Drs. 15/1368)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 15/1450)

Karin Pranghofer (SPD) 1552
Ingrid Heckner (CSU) 1554
Simone Tolle (GRÜNE) 1556

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2) 1556,
1559, 1573

Vertagung des SPD-Antrags 15/988, betreffend
Zweites Ertüchtigungsprogramm Ostbayern 1556

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zum Stand der Planungen für die zivile Mitbenutzung des Militärflughafens Lagerlechfeld (Drs. 15/766)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
(Drs. 15/1394)

Beschluss 1557

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Christian Magerl, Eike Hallitzky u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr
(Drs. 15/874)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 15/1427)

Beschluss 1557

Dringlichkeitsantrag der Abg. Ulrike Gote, Dr. Martin Runge, Eike Hallitzky u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schutz der kleinen und mittleren Brauereien und des Getränkefachhandels bei der Änderung der Verpackungsverordnung (Drs. 15/624)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/1416)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Henning Kaul, Franz
Josef Pschierer, Markus Sackmann u.a. (CSU)
Verbraucherfreundliche Verpackungsverord-
nung (Drs. 15/647)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/1408)

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 1557, 1560, 1562
Christian Meißner (CSU) 1560
Ludwig Wörner (SPD) 1561
Staatsminister Dr. Werner Schnappauf . 1561, 1562
Ruth Paulig (GRÜNE) 1563

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
15/624 1564

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/647 . 1564

Ferienwünsche

Präsident Alois Glück 1564, 1569
Franz Maget (SPD) 1566
Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 1567

Schluss der Sitzung 1569

(Beginn: 9.02 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das unterfränkische Präsidium begrüßt Sie sehr herzlich zur 23. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Es ist im Übrigen hier die letzte Vollsitzung in unserem alten, ehrwürdigen Plenarsaal, die ich eröffnen darf. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen und mir natürlich eine etwas bessere Präsenz. Daher bitte ich diejenigen, die schon im Hause sind, so schnell wie möglich in den Plenarsaal zu eilen.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 10

Regierungserklärung des Staatsministers für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum Thema „Mit moderner Clusterpolitik: Branchen stärken und Zukunft sichern“

Ich möchte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, einem Beschluss, der unlängst im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes unter dem Vorsitz des Kollegen Prof. Dr. Eykmann gefasst worden ist, Rechnung tragen. In dem Beschluss ist darum gebeten worden, dass wir bei der Wahl von Begriffen künftig wieder stärker die deutsche Sprache zur Geltung bringen sollten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe mich heute darüber mit einigen Kolleginnen und Kollegen unterhalten. Ich drücke es jetzt einmal so aus: Wir beschäftigen uns heute mit der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft.

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann darüber philosophieren, ob die Begriffsverwendung richtig ist oder nicht. Es gibt sehr viele eingedeutschte Begriffe. Das Thema „Cluster“ ist, wie man am Schluss feststellen wird, etwas mehr als Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Aber darauf komme ich noch zu sprechen.

Ich knüpfe an die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten vom 6. November an, als er geäußert hat:

Es ist Aufgabe moderner Wirtschaftspolitik, Unternehmen und wissenschaftliche Forschung in den Schlüsseltechnologien der Zukunft zu vernetzen. Cluster sind das Tor zur Hochtechnologie-Wirtschaft. ... Schwerpunkte für künftige Cluster wollen wir gezielt identifizieren und ausbauen.

Aus dieser Aussage geht bereits hervor, dass es sich hier um eine Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft und Wis-

senschaft handelt; in diesem Fall geht es um die gemeinsame Aufgabe von Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium. Deswegen haben Herr Kollege Goppel und ich in dieser Frage eine sehr enge Kooperation. Wir arbeiten hier sehr eng mit den jeweiligen Bereichen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammen. Deswegen gebe ich diese Erklärung mehr oder weniger gemeinsam auch für den Wissenschaftsminister ab. Wie gesagt, wir arbeiten hier engstens zusammen.

Ich will in der heutigen Regierungserklärung über die Überlegungen und die Initiativen berichten, die wir zur Umsetzung dieser Clusterstrategie insgesamt ergreifen. Ich will aber auch etwas den Handlungsrahmen darstellen, um den es geht.

Was ist die Herausforderung und worauf soll mit Clusterpolitik geantwortet werden? Wir reden von der Europäisierung und der Globalisierung – das ist, glaube ich, schon ein deutscher Begriff –, vom Wandel zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Wir reden von der Billiglohnkonkurrenz, und zwar nicht nur in Fernost; gemeint sind die EU-Beitrittsländer. Wir reden von Wettbewerb und stellen fest, dass wir in der jetzigen Situation täglich Arbeitsplätze verlieren. Es geht darum, Arbeitsplätze zu erhalten und neu aufzubauen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten zehn Jahren drei Millionen Industriearbeitsplätze verloren; das ist eine Verminderung von zehn Millionen auf sieben Millionen. Das beruht nicht nur auf Rationalisierung und Produktivitätssteigerung, sondern zu einem großen Teil auch auf Arbeitsplatzvernichtung und -verlagerung, die sich hier niederschlagen. Die Arbeitslosigkeit steigt, wobei durch statistische Bereinigung die Zahl der Arbeitslosen gedrückt wird. Jedenfalls sinkt die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wir verlieren pro Tag rund 2000 Arbeitsplätze; das ist nach wie vor so. Deutschland hat die bekannte Wachstumsschwäche. Im Wohlstandsvergleich bedeutet das beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, dass wir einen der letzten Plätze in der alten Europäischen Union belegen.

Ich sage dazu auch, dass sich Defizite in der Wachstumspolitik durch Clusterbildung und Clusterpolitik nicht ausgleichen lassen.

Wir haben eine Veränderung in der Wettbewerbssituation in Europa. Darauf muss man generell antworten. Dabei geht es, wie gesagt, nicht nur um Niedriglohnkonkurrenz, sondern auch um die Auswirkungen der Niedrigsteuergelände bzw. der Höchstförderung in diesen Gebieten. Es geht um die Tatsache, dass man dort in den Produktionsprozessen zunehmend von hoher Qualität sprechen kann. In Forschung und Entwicklung gibt es in beachtlichem Umfang Aufholprozesse. Vor zehn oder zwölf Jahren, ein paar Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, hatte es geheißen: Diese Länder sind zwar für billige manuelle Tätigkeiten durchaus gut und geeignet, aber das stimmt heute so nicht mehr. Man schaue sich VW in Pilsen oder Audi in Győr an! Jeder weiß, dass dort in allen möglichen Segmenten höchste Qualität produziert wird, und zwar zu annehmbaren Kosten. Das bedeutet, dass wir hier vor

ganz anderen Herausforderungen stehen, als es vor zehn oder zwölf Jahren noch vermutet wurde.

Wir müssen auch feststellen, meine Damen und Herren, dass manche Technologien, die abgewandert sind, nicht mehr zurückgekommen sind. Es gab einmal die Meinung, dass bei bestimmten Technologiefeldern die Produkte in billigeren Ländern hergestellt werden – ich erinnere an das Blaupausenargument des früheren Bundeskanzlers Schmidt –, aber die Entwicklung und die höheren Technologien bei uns gemacht werden. Der Prozess ist etwas anders gelaufen.

Ich nehme einmal das Beispiel der Fotoindustrie. Sie war in Billigstandorte abgewandert. Aber die Fortentwicklung zur Digitalfotografie hat ebenfalls dort stattgefunden, nicht bei uns.

Man kann auch an das Beispiel der Fernsehgeräte denken. Dieser Industriezweig war weitgehend in Billiglohnländer abgewandert. Die nächste Stufe der Entwicklung, der Flachbildschirm, kommt nun aber auch von dort. Dort wurden Forschung und Entwicklung massiv vorangetrieben. Da gab es offensichtlich auch mehr finanzielle Spielräume. Bei uns kamen die neueren technischen Entwicklungen nicht mehr zum Zug.

Das gleiche Spiel hat es bei der Unterhaltungselektronik gegeben. Man muss aufpassen, dass die Entwicklung nicht auch in weiteren Sektoren so läuft. Denn sonst würde bei uns der Prozess der Deindustrialisierung schrittweise oder zügig oder beschleunigt vorangehen. Einen solchen Prozess brauchen wir nicht.

Ich weise darauf hin, dass es manche gibt, die sagen: Die Abwanderung fangen wir durch Dienstleistungsarbeitsplätze auf. Solches ist aber nur begrenzt möglich, weil Dienstleistungsarbeitsplätze in einem beachtlichen Umfang produktionsabhängig sind. Wenn bei uns die Produktion verschwindet, verschwinden auch diese Dienstleistungsarbeitsplätze. Wäre es anders, müsste in den neuen Ländern längst eine blühende wirtschaftliche Entwicklung vorhanden sein. Dort liegt die industrielle Produktion um die Hälfte niedriger als in Westdeutschland. Der Ausgleich über die Dienstleistungsarbeitsplätze ist in den neuen Ländern nicht gelungen, weil die produktionsnahe Dienstleistung dort viel zu wenig vorhanden ist. Damit ist die Substanz nicht da, die man braucht.

Das bedeutet, dass der produzierende Bereich als Leitbereich bei uns bleiben muss und wird. Das bedeutet auch: Wenn andere billiger, besser und schneller sind, dann müssen wir uns anstrengen. Wir müssen demnach um das besser werden, was wir teurer sind. Sonst gibt es bei uns Druck auf Löhne, Preise und Kosten und damit auf das, was wir alles gewohnt sind, einschließlich Bildungs- und Sozialsysteme.

Was kann und will diese Cluster- oder Netzwerkpolitik, Frau Präsidentin, erreichen? Das Thema Kostenmanagement ist die eine Seite der Entwicklung in der Wirtschaft, verbunden mit Rationalisierung, mit dem Thema Arbeitszeit und sonstigen Fragen, die ich heute nicht behandeln will. Die andere Seite sind die Innovationsprozesse mit

dem Thema Forschung, mit dem Thema Technologietransfer, mit dem Thema neue Produkte, neue Betriebe und neue Märkte.

Das Thema Netzworkebildung heißt, dass wir verschiedene Bereiche, also Betriebe und Forschungseinrichtungen, vernetzen. Das kann man machen, wenn man die Basis für Netzwerke hat, also bei einer ausreichenden Zahl von Unternehmen einer Branche, von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Hochschulen oder bei außeruniversitären Einrichtungen. Ein Netzwerk kann auch bedeuten, dass man entsprechende Zulieferer und Anwender hat und dass qualifiziertes Personal, also Ingenieure und Facharbeiter, auf allen Seiten vorhanden sind. Wir brauchen also das notwendige wissenschaftliche und wirtschaftliche Potenzial für die Netzworkebildung.

Über die Vernetzung hinaus kommt noch etwas hinzu: Es muss Leben hinein, es muss die so genannte Interaktion und die Kommunikation zwischen den Akteuren stattfinden. Wir brauchen zudem eine entsprechende Gründerdynamik, wir brauchen Risikokapital, wir brauchen die informationstechnische Infrastruktur, die Vernetzung auch im technologischen Bereich. Wir brauchen die notwendige Verkehrsinfrastruktur und wir brauchen ein wirtschafts- und technologiefreundliches Klima. Das alles ist mit Voraussetzung für diese Clusterbildung. Wir brauchen, wie gesagt, eine kritische Masse an Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Wir haben für diese Clusterbildung zehn produktionsorientierte Clusterfelder definiert, die wir bearbeiten wollen. Das sind die Themen Automobilindustrie mit den Zulieferern, Schienenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie, Finanzdienstleistungen und Versicherungen, Energietechnik, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik mit der Optik, Ernährung, Druck- und Verlagsgewerbe und Logistik.

Wir haben in den Hochtechnologiebereichen fünf Cluster definiert, nämlich die Informations- und Kommunikationstechnik mit der Software-Entwicklung, die Medizintechnik, die Biotechnologie, die Luft- und Raumfahrt, die Satellitennavigation und die Umwelttechnologie.

Meine Damen und Herren, das sind einige der relativ reifen Felder. Andere Felder sind in der Entwicklung.

Was wird dann damit gemacht? Wie sieht die Vorgehensweise aus? Ich will ein paar Beispiele aufzeigen, um das näher zu erläutern. Ich nehme ein landesweites Cluster. Das ist die Automobilindustrie mit den Zulieferern. Wir haben ungefähr 182 000 Beschäftigte in der Automobilindustrie selbst und 60 000 bei den Zulieferern. Das ist mittlerweile der stärkste Industriezweig in Bayern. Wir haben eine Wertschöpfung von rund 65 Milliarden Euro bei den Herstellern und ein Exportvolumen von 41 Milliarden Euro, also rund zwei Drittel.

Was wurde dort bisher gemacht? Ich erinnere an die Jahre 1993 und 1994, als es in der Zulieferindustrie eine drastische Umstellung gegeben hat. Damals haben die Hersteller gesagt: Wir müssen runter mit den Preisen! – Das Schlagwort war „lean production“. – Wir müssen runter mit dem Personalbesatz! Wir müssen runter mit den Kos-

ten aufgrund der Explosion der europäischen Währungsschlange. Wir müssen runter mit der Lagerhaltung! – „Just in time“-Lieferung – auch so ein deutscher Begriff, aber so heißt er halt. – Wir müssen die Kosten senken! Und wir brauchen nicht Einzelzulieferer. Wir wollen keine 2500 Teile mehr im Lager haben, sondern wir wollen 100, 150 Teile ans Band geliefert bekommen. –

Deswegen wurden die Zulieferer aufgefordert, sich in den Hierarchien anders zu strukturieren mit der Gefahr, dass eine Menge Zulieferer verschwinden oder verdrängt werden oder nicht mehr mithalten können. Die mittelständische Struktur stand damals auf dem Spiel.

Was hat man gemacht? Es wurden so genannte Zuliefererpyramiden aufgebaut, Unterzulieferer etc. . Es waren vier Stufen, die bei den Zulieferern eingeführt worden sind. Und man hat tatsächlich Vernetzungen aufgebaut mit dem Instrument BAIKA, der bayerischen Kooperations- und Innovationsinitiative für die Automobilzulieferer. Das hat damals klein begonnen. Das war im Übrigen eine Anregung aus dem Senat, will ich heute sagen.

Das hat damals mit 20, 30 Teilnehmern klein begonnen. Wir hatten in der letzten Veranstaltung in Ingolstadt 1150 Teilnehmer aus 18 Ländern, also eine sehr international orientierte Veranstaltung. Was ist die Herausforderung heute? Heute sagen die Hersteller: Wir werden die Wertschöpfungstiefe reduzieren. Früher haben wir 50 % selber hergestellt; wir gehen zurück auf 20 bis 30 %. Wir verlagern Aufgaben auf die Zulieferer. Wir schreiben nicht mehr so aus wie früher: Wer ein bestimmtes Teil in einer bestimmten Qualität zu möglichst günstigen Preisen liefert, der bekommt den Zuschlag. Die Ausschreibung läuft anders, und zwar so: Den Zuschlag bekommt der, der die beste Idee für ein bestimmtes Teil hat, der das funktionsfähigste, das leichteste Teil, derjenige, der das modernste Teil zu einem vernünftigen Preis liefert.

Das bedeutet, dass die Zulieferer gezwungen sind, sich im Bereich Forschung und Entwicklung zu engagieren. Das können große wie Bosch, Siemens und andere sehr wohl. Kleinere und mittlere Unternehmen tun sich damit schwerer, weil sie durch die Bank keine eigene Forschungsabteilung haben. Ihnen kann und muss geholfen werden, indem man Vernetzungen schafft, Kooperationen mit den Hochschulen und den dortigen Einrichtungen entwickelt, indem man Leistungen, die es dort geben kann, abrufen, indem man sie auch bekommen und beziehen kann und indem man nicht etwa sagt, wir haben ein Netzwerk, dort kannst du dich erkundigen, sondern indem man einen Schritt weitergeht und nachfragt, was das Thema ist, nachfragt, was der Bedarf ist, nachschaut, was die Potenziale bei uns sind, und für das Zusammenführen der Potenziale sorgt, dass man die Dinge auch zusammen definiert und dass man in diesem Sinne dann auch Potenziale, Ideen, Möglichkeiten der Hochschulen in die Wirtschaft einbringt und umgekehrt.

Das ist ein dynamischer Prozess. Auf diese Weise wird auch Standortbindung geschaffen, meine Damen und Herren, bleiben Investitionen bei uns.

Ich war vor einiger Zeit bei der Firma Rausch & Pausch in Selb. Dort hat man einen neuen Bremszylinder entwickelt, der erheblich kleiner, erheblich leichter, erheblich intelligenter ist als die bisherigen Bremszylinder. Die Firma landet mit diesem Bremszylinder in der Mercedes-S-Klasse, weil das das Beste auf dem Markt ist. Diese Firma bekommt damit einen Auftrag über mehrere Jahre. Sie investiert dann auch am Firmenstandort, weil sie sich sagt: In diesem Firmenstandort Selb sind wir eingebunden in das Netzwerk, in das wissenschaftliche Netzwerk, in das Netzwerk neue Materialien, in das Netzwerk, das uns hier in Bayern zur Verfügung steht. Das ist in Tschechien und in Sachsen so nicht der Fall. Das wiegt sehr wohl einiges von den Fördervorteilen in anderen Gebieten auf.

Diesen Prozess zu organisieren heißt Clusterbildung. Diese Dynamik in den Prozess zu bringen ist mehr als Netzwerkbildung. Das ist das Thema, um das es geht.

Auf dem Kongress in Ingolstadt ist von Herrn Winterkorn, dem Chef von Audi, etwas gesagt worden, was in der Automobilindustrie generell gilt. Meine Damen und Herren, da geht es nicht um die Frage des 1-Liter-Autos, weil dort keiner einsteigt, sondern da geht es darum, den Spritverbrauch bei gleicher Qualität, bei gleicher Sicherheit und bei gleichem Komfort im Fahrzeug zu reduzieren.

Was sind dabei technisch gesehen die zwei Hauptstoßrichtungen? Eine Hauptstoßrichtung lautet Informations-, Kommunikationstechnik, Software-Entwicklung, also der Chip im Fahrzeug, der all diese Leistungen bringen muss, auch bei der Einspritzung, bei der Motorsteuerung, bei der Einsparung von Treibstoff. Das ist eine Frage, die ohne Elektronik nicht zu lösen ist.

Das Zweite heißt leichtere Fahrzeuge, neue Materialien. Audi hat das mit Aluminium gemacht. Andere Fahrzeughersteller sind dazu übergegangen, die schweren Teile, die Achsen, auch aus Aluminium zu bauen. Das ist keine besondere Neuigkeit, aber das geht ja noch weiter. Es werden neue Materialien mit neuen Legierungen entwickelt.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das ist doch nichts Neues!)

– Für Sie wahrscheinlich nicht, Herr Kaiser, Sie sind ja sowieso ein Überflieger, aber Sie landen meistens falsch. – Es geht darum, dass neue Themen entwickelt werden. Es ist für Sie vielleicht neu, wenn aus Aluminium heute Aluminiumschäume gemacht werden, die bei halbem Gewicht die gleiche Stabilität haben. Die Industrie ist dafür dankbar, dass es einen Forschungsreaktor gibt, mit dessen Hilfe man das testen kann und nicht in Grenoble oder in den USA anstehen muss und gegebenenfalls nicht zum Zuge kommt, meine Damen und Herren. Das sind doch die technologischen Innovationen, die man hier braucht.

Das geht mit einer ganzen Reihe von Themen weiter. Das ist auch ein Grund dafür, dass sich Altec in Hof ansiedelt. Diese Firma arbeitet auf dem Gebiet Aluminium, Magnesium und neue Legierungen. Dort sind nämlich auch die Entwicklungspotenziale vorhanden im Zusammenhang

mit dem Thema neue Werkstoffe – in Nordbayern, in Bayreuth, in Erlangen, in Nürnberg, in Würzburg, wo diese Themen vorangetrieben werden können. Das bedeutet, dass es dann bei Standortentscheidungen nicht um die Höchstförderung geht, sondern um die wissenschaftlich-technische Qualifikation, das Niveau, die Vernetzung, die Kooperation, die Impulsgebung und die Möglichkeit, entsprechende Themen voranzutreiben.

Ich könnte eine ganze Reihe von Beispielen bringen.

Heute geht es darum, mit den Betrieben darüber zu reden, was gebraucht wird, was von den Hochschulen an Hilfestellung geleistet werden kann und wo welches Entwicklungspotenzial vorhanden ist. Herr Pischetsrieder sagt: „In Bayern kriegst du für jedes Problem eine Lösung, du musst nur wissen, wo.“ Und das Wo kann über dieses Thema Clusterbildung bewältigt werden. Hin und wieder muss man an den Hochschulen gegebenenfalls bestimmte Dinge neu orientieren.

Ein zweites Beispiel ist die Thematik „Versicherungswirtschaft“. Ich könnte hier zum Münchner Raum etwas sagen, will mich aber zum Coburger Bereich äußern. Wir hatten vor einiger Zeit eine Diskussion über die Aussage von HUK Coburg, sie baue etwas Neues und investiere dafür 50 Millionen Euro. Die HUK überlegte, wohin sie geht, ob sie hier in Bayern bleibt und keine Förderung bekommt oder ob sie in andere Länder geht und eine Förderung erhält. Im Grundsatz sagen die Betriebe, ein neues Zentrum oder eine neue Zweigstelle zu eröffnen, sei gar nicht so einfach, weil man mit dem Managen des neuen Betriebes zusätzliche Belastungen hat.

Bei der HUK Coburg war zum Beispiel Folgendes interessant: Die Firma hat vorgeschlagen, sich doch stärker mit der Fachhochschule in Coburg vernetzen zu können, die Studiengänge zum Teil so zu organisieren, dass auch die Firma mehr davon hat, die Studiengänge dual zu organisieren, um das Fachpersonal auszubilden, das wir in der Versicherungswirtschaft brauchen, sodass nicht nur die allgemeine betriebswirtschaftliche Ausbildung gemacht wird. Es fragt sich: Können wir auch stärker vernetzen, indem wir informationstechnische Systeme entsprechend installieren, an denen gearbeitet wird? Man kann durch die Kooperation zwischen der Hochschule und einem Betrieb einen Mehrwert schaffen, der dauerhaft wirkt und dann wegen seiner dauerhaften Wirkung das Interesse an einer einmaligen Förderung beiseite schiebt. Wie, das haben wir im Wissenschaftsministerium besprochen. Die Investition HUK läuft jetzt in Coburg und nicht in Thüringen; das sind entscheidende Elemente, das ist Clusterbildung.

Mittlerweile interessiert sich für die Zusammenarbeit auch der Versicherungsstandort Nürnberg. Wir werden zwischen Wirtschaft und Wissenschaft Ähnliches entwickeln und den Bedarf, auch in der Region München, dem Versicherungsstandort Nummer 1 in ganz Europa, in die Überlegungen einbeziehen. Das bedeutet, dass wir in diesen Verhandlungen die Qualität des Bildungs- und Forschungsstandortes ausspielen, dass wir mit diesem Auspielen bei uns auch die Potenziale stärken, dass auf diese Weise die Firmen wettbewerbsfähiger werden und

dass man eine gute Standortbindung erreicht. Dass jetzt für die Zuliefererindustrie in Coburg Ähnliches entwickelt wird, kann ich nur bejahen.

Eine neue Entwicklung in den letzten Jahren und weitere Herausforderungen gab es bei der Bio- und Gentechnologie. Wir haben hier in München bzw. Martinsried mit zwei Max-Planck-Instituten, mit dem Klinikum Großhadern, mit der Einrichtung von Prof. Winnacker, mit Biologie, Chemie, Pharmazie und anderen Einrichtungen natürlich das notwendige wissenschaftliche Umfeld. Wir haben das wissenschaftliche Umfeld in ähnlicher Weise in Regensburg, Nürnberg, Erlangen und Würzburg.

Außerdem haben wir zur Nutzung der Potenziale in München, Regensburg, Erlangen, Würzburg und in anderen Hochschulbereichen Gründerzentren geschaffen, die technologieorientiert sind, die die Nähe zur Wissenschaft brauchen und deswegen am jeweiligen Campus entsprechend eingerichtet sind. Wir haben die Venture-Kapital-Szenarie mit aufgebaut, damit junge Unternehmer mit guten Ideen, die es im Kopf und im Kreuz haben und etwas erreichen wollen, die entsprechende Finanzierung bekommen können.

Wir haben ein Netzwerk, die Bio-n AG aufgebaut, wo Forscher, Entwickler, Gründer, Finanzierer und Dienstleister entsprechend verbunden sind, um auf die notwendigen Angebote zurückgreifen zu können. Wir haben weitergehende Ideen eingebracht. Das bedeutet, dass man das Netzwerk nicht nur schön vor sich hinarbeiten lässt, sondern dass man die Fragen herausarbeitet, die in der nächsten Zeit gelöst werden müssen, etwa die Finanzierung, die Beseitigung von Finanzierungsengpässen und die Verbesserung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen in manchen Bereichen. In einigen Feldern zum Beispiel ist die Entwicklung neuer Produkte länger an den Hochschulen zu belassen, bevor sie in die betriebliche Entwicklung gehen, weil sonst für manche Betriebe die Durststrecke zur Marktreife zu lang wird.

Clusterbildung bedeutet, Netzwerke zu haben und die Probleme herauszuarbeiten, die für die Fortentwicklung der gesamten Branche notwendig sind. Dieses Thema ist wichtig. Hier brauchen wir wissenschaftliche Qualität auf höchstem Niveau. Es war notwendig, in diese wissenschaftliche Qualität zu investieren, damit wir international zu den Besten gehören. Hier fallen natürlich Stichworte wie zum Beispiel „Offensive Zukunft Bayern I“ mit Investitionen in die Hochschulen, in die Existenzgründung, in „Bayern Kapital“, in „Bayern innovativ“, in die wissenschaftlichen Einrichtungen, Gründerzentren und alle diese Bereiche. Hier sind eine Menge von Investitionen getätigt worden, die über die Vernetzung hinaus gehen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich neue Branchen entwickeln können. Das ist – tut mir Leid, dass ich einen internationalen Begriff nehmen muss – Clusterbildung; nämlich mehr als Netzwerkbildung, weil das Netzwerk auf Vorhandenem aufbaut. Das Cluster hingegen fragt, was wir an Neuem, Innovativem, neuen Investitionen, Schritten und Initiativen brauchen. Das ist der darin enthaltene Treibsatz. Das ist mehr als Netzwerkbildung. Dass das auch international so gesehen wird, dürfte klar sein.

Wenn heute international renommierte Institutionen sagen, Bayern sei heute in der Bio- und Gentechnologie europaweit der führende Standort, wenn auch mit einer klaren Distanz zu den USA, ist das auf die Clusterbildung und auf diese Investitionen zurückzuführen. Dass wir heute allein im Raum München in diesem Bereich 3000 Beschäftigte haben, ist ein hoch interessantes Ergebnis. Wer die Beschäftigten in diesem Bereich bei Roche und Wacker dazu nimmt, kommt an diesem Standort auf rund 12 000 Beschäftigte. Wenn wir uns im Standortwettbewerb um Investitionen befinden, können wir leider nicht damit werben, dass wir die Billigsten sind, dass wir die flexibelste Arbeitszeit und die niedrigsten Lohnzusatzkosten haben. Das machen andere Länder, die können es leichter und begründeter. Wir können damit werben, dass wir die Besten und Innovativsten sind, dass wir in dieser Richtung etwas vorantreiben.

Ich will hierzu zwei Beispiele nennen, eines ist in den Medien fast untergegangen: Roche entschied vor ein paar Wochen, in Penzberg 300 Millionen Euro zu investieren. Für diese Investition standen mehrere Standortvarianten zur Auswahl. Ich habe in Karlsruhe mit den Verantwortlichen persönlich über das Thema verhandelt. Bei uns ist nicht die Förderung entscheidend, weil es diese hier nicht gibt, sondern das hier vorhandene Potenzial an Forschung, Entwicklung, Innovation, Netzwerken und die Tatsache, dass die Politik dies alles vorantreibt, ähnlich wie bei der grünen Biotechnologie, auch wenn heute manche noch quer schießen; vor zehn Jahren war dies bei der roten Biotechnologie auch der Fall. Heute sind die meisten davon überzeugt, dass diese Technologie richtig ist. Heute stänkern die gleichen Esel bei der grünen Biotechnologie. Da wird der gleiche Fehler wie vor zehn Jahren gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

Heute schauen unsere Betriebe sehr wohl, wo auf internationaler Ebene das Klima dafür vorhanden ist, um die Themen umsetzen können, die sie entwickeln. Wenn dafür das politische Klima nicht stimmt, gehen sie. Stimmen das Klima und die wissenschaftlichen Voraussetzungen, bleiben sie. Wenn sie merken, dass wir die Dinge vorantreiben, bleiben sie. Deswegen haben wir den Standortwettbewerb in Bezug auf Roche, das 300 Millionen investiert, für Bayern gewonnen. Genau diese Faktoren sind entscheidend. Auch das ist ein Ergebnis von Clusterbildung, weil sonst diese Firmen an uns gar nicht dächten.

Ebenfalls nennen möchte ich die Firma Glaxo-Smith-Cline, eine der weltweit führenden Betriebe. Diese Firma hat vor ein paar Jahren den Hauptstandort von Hamburg nach München verlegt, weil hier das Netzwerk und der technologische Impetus vorhanden sind und hier die Dinge vorangetrieben werden, weil hier Cluster gebildet wurden und es heißt, hier spiele die Musik. Ein ähnliches Beispiel ist die Medizintechnik in Erlangen. Auch hier haben wir eine Konzentration von Firmen, Forschungseinrichtungen mit der Universitätsklinik, Ingenieurwissenschaften, Materialwissenschaften, von Elektrotechnik und Elektronik. Auch hier haben wir das entsprechende Gründerzentrum und das Netzwerk mit dem „Forum Medizintechnik und Pharma“.

Hier haben wir die Plattformen, die wir brauchen, und hier haben wir auch die Verbindungen zu den Instituten in München-Garching, zum Institut von Professor Wintermantel und zu anderen Einrichtungen, beispielsweise zum Klinikum Rechts der Isar. Wir haben die Potenziale von Forschung und Entwicklung und von Firmen, die wir brauchen.

Hier haben wir auch den Impetus zu sehen, was gemacht werden kann und muss, was vorangetrieben werden kann und was bei der Forschung verbessert werden muss und wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Auch hier bereden wir mit den Vertretern der Wirtschaft, welcher Bedarf gegeben ist, und mit den Vertretern der Wissenschaft, welches Potenzial vorhanden ist oder ergänzt werden muss. Wir spielen mehr als die Moderatorenrolle, um die Entwicklung voranzutreiben. Auf diese Weise entsteht Bindung, Standortbindung sowie Wettbewerbsfähigkeit, und auf diese Weise entstehen auch Arbeitsplätze. Wenn wir besser sind, dann bekommen wir auch die Aufträge. Das muss ein enges Zusammenwirken sein zwischen dem Wissenschaftsminister und mir, aber auch zwischen den beiden Ministerien, den Hochschulen und der Wirtschaft. Das ist selbstverständlich. Dass wir seitens der Politik die Inhalte nicht vorgeben, meine Damen und Herren, ist ebenfalls klar. Wir schaffen aber die Plattform, das Netzwerk, und wir müssen die treibende Kraft sein, um die jeweiligen Themen voranzubringen. Von nichts kommt nichts und von allein passiert nichts. Auch das ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir haben das auch in den letzten Jahren bei der Luft- und Raumfahrt so gemacht. Wir haben ein so genanntes „Bauhaus Luftfahrt“ gemeinsam mit der Wirtschaft und der Wissenschaft entwickelt. Hier sind neue Forschungsthemen interessant, neue Kooperationen und hier müssen auch neue Ausbildungsfragen vorangetrieben werden. Die Wirtschaft sagt uns, das ist das, was wir brauchen, das ist es, was uns weiterbringt, das bringt den Standort weiter. Gleiches gilt für die Umwelttechnik mit Schwerpunkt in Augsburg oder für die Satellitennavigation. Mit Rücksicht auf die Zeit will ich die Einzelheiten gar nicht aufzählen, aber ohne die Vorbereitungen der letzten Jahre, ohne den Ausbau des Informations- und Kommunikationsstandorts Bayern, ohne den Ausbau der Materialwissenschaft und ohne die Investitionen in der Luft- und Raumfahrt, ohne die Förderung der MAN-Technologie, ohne EADS, ohne Keyser-Threde und ohne andere kleinere und mittlere Firmen, ohne die Verknüpfung mit der Wissenschaft, ohne die Bundeswehruniversität, die Technische Universität München und die Ludwig-Maximilians-Universität München, ohne die Universität Nürnberg-Erlangen hätten wir nicht die Basis, um uns heute als wettbewerbsfähiger Standort für die Satellitennavigation darzustellen.

Bundesverkehrsminister Stolpe sagte klar und deutlich, wenn wir Galileo-Industries nach Deutschland bekommen, dann landet das natürlich in München. Warum? – Weil hier die besten infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sind. Das ist mehr als ein Netzwerk, mehr als der Zusammenschluss oder die Gründung einer Plattform zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, sondern es ist zurückzuführen auf das Setzen von Energien, das ist der Antrieb, der diese Themen voranbringt. Dazu gehört auch die politische Tatkraft, diese Fragen in Berlin und Brüssel zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind Gott sei Dank

gelingen. So entstehen Chancen für neue Arbeitsplätze, seien es zehntausend oder gar fünfzehntausend, das will ich heute gar nicht bewerten. Hier sind aber Chancen in großer Zahl gegeben.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch weitere Clusterthemen schildern. Wir haben hier eine Moderatorenrolle, um die Dinge auf der einen Seite zu evaluieren und zu analysieren – auch das sind zwei Fremdworte –, und die Dinge zu werten und zu verknüpfen. Aber das allein genügt nicht. Wir müssen die Dinge vorantreiben, damit die Wettbewerbsfähigkeit verstärkt wird, die uns international zu den Besten macht. So sorgen wir dafür, dass wir im Wettbewerb Aufträge bekommen und dass es Arbeitsplätze gibt. Nur das Potenzial zu haben, das ist zu wenig. Notwendig ist es, Wettbewerbsfähigkeit zu generieren und damit Aufträge zu gewinnen.

Wir treiben einiges voran bei Querschnittstechnologien, in der Nanotechnologie, in der Mechatronik und in der Materialwissenschaft. All das ist notwendig für die Medizin-, Pharma-, Umwelt-, Maschinen- und Kraftfahrzeugtechnologie. Das reicht hinein bis in die Textilindustrie. Im Übrigen, meine Damen und Herren, die Kompetenzzentren für Nanotechnologie, das sind heute Bayern und Moskau. Wir haben mit Moskau eine enge Kooperation bei der Nanotechnologie. Wir sind im internationalen Wettbewerb bei der Nanotechnologie aufgrund der Einrichtungen, die wir hier im Lande haben, absolut führend. Die Kooperation mit Moskau zählt sich auch in diesem Zusammenhang aus.

Zum Schluss: Was ist die Basis? – Ich will die einzelnen Beispiele gar nicht weiter auflisten, ich könnte das gerne tun, doch mit Rücksicht auf die Zeit will ich es unterlassen. Die Basis ist, dass wir eine kritische Masse an Betrieben haben, an Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Im Vordergrund stehen die Hochschulen und selbstverständlich auch die außeruniversitären Einrichtungen. Hier müssen wir zu Kooperationen und Netzwerken kommen, aber wir müssen nicht nur analysieren, was vorhanden ist, was man machen könnte, sondern wir müssen genau die Aktivitäten in die Wege leiten und die Investitionen vorantreiben, die wir brauchen. Das ist mehr als ein Netzwerk, das ist Clusterbildung. Dazu brauchen wir universitäre Forschungseinrichtungen auf höchstem internationalem Level.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

– Da schauen Sie, die haben wir. Die Investitionen von „Offensive Zukunft Bayern I“ und bei der „High-Tech-Offensive“ haben uns das auch gebracht. Es war richtig, dass wir Segmente von strategischer Bedeutung aufbauen und fördern konnten. Das sind die Informations- und Kommunikationstechnologie und die Software-Entwicklung. Das ist auch die Bio- und die Gentechnologie, das ist die Luft- und Raumfahrt, das ist die Umwelttechnologie und die Medizintechnik. Das sind auch die großen Sparten wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau oder die Elektrotechnik sowie die Elektronik und die Chemie. All diese Bereiche mussten wir voranbringen.

Meine Damen und Herren, wir stehen wissenschaftlich-technisch auf einem hohen internationalen Level. Siemens

hat uns erklärt, die Forschungskapazitäten in Deutschland werden auch dann nicht abgebaut, wenn woanders Forschungsstandorte aufgebaut werden. Wir haben hier nämlich die besten Voraussetzungen. Hier ein zweites Beispiel. Vor ein paar Wochen hat General Electric mit Forschungszentren in der Nähe von New York, in Bangalore in Indien und in Shanghai überlegt, sich auch in Europa anzusiedeln. Im europäischen Vergleich verblieb Deutschland, im deutschen Vergleich blieben am Schluss zwei Länder im Wettbewerb von den vielen, die angetreten waren. Das eine Land versprach Höchstförderung, das andere gar keine Förderung. Trotzdem hat sich General Electric für das Land entschieden, in dem es keine Förderung gibt. Die Begründung war, dass es in diesem Land das höchste Niveau bei Forschung und Entwicklung gibt, beim Wissenstransfer und bei wissenschaftlich-technologischen Fragen. Gleiches gilt für den Ingenieurbereich. Für General Electric war der dauerhafte Erfolg interessanter als eine kurzfristige Förderung. Deshalb hat man sich für Bayern entschieden.

Meine Damen und Herren, wir haben hier die besten Potenziale, und wir klären die Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft, wir klären den Bedarf, wir klären die Vernetzung, die zu positiven Impulsen führen muss. Wir werden mit dieser Methode die geistigen und finanziellen Ressourcen, die wir hier in Wissenschaft und Wirtschaft haben, verknüpfen und optimal nutzen. Auf diese Weise werden wir Produkte und Prozesse optimieren und die vorhandenen Mittel gezielt einsetzen. Wir werden das in Zukunft noch gezielter tun, als das bisher beispielsweise bei den Forschungsverbünden schon geschehen ist. Wir vernetzen Betriebe und dienen damit gerade auch den mittelständischen Unternehmen, die keine eigenen Forschungseinrichtungen haben. Wir treiben den Technologietransfer voran, nicht nur von den Hochschulen zur Wirtschaft, sondern auch umgekehrt. Damit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortbindung. Bei dieser Technologie- und Innovationspolitik sind keine Appelle gefragt, wie wir sie regelmäßig vom Bund hören, sondern Taten. Es geht um Bestandspflege bei den Betrieben, um Innovationen, um Investitionen und um die Stärkung von Wachstumsbranchen.

Damit wir diesen Kurs mit Erfolg fahren können, gilt bei uns die Devise: sparen, reformieren – auch an den Hochschulen –, investieren in den Bereichen, wo es etwas bringt. Das sind die Themen, die uns voranbringen. Das ist das Thema Clusterbildung, das über die Netzwerkbildung hinausgeht. Clusterbildung ist Bestandteil einer modernen Industriepolitik. Sie ist wichtig für die Investoren, die sich am Standort weiter entwickeln, und für diejenigen, die einen neuen Standort suchen. Das sind Attraktionspunkte, mit denen man im internationalen Marketing – auch dies ist ein Fremdwort, obgleich ein gängiges – arbeiten kann und muss. Das macht den Standort Bayern aus. Das bedeutet, wir spielen unsere Stärken aus und nutzen unser Potenzial im Interesse der Betriebe, der Arbeitsplätze und im Interesse der Entwicklung von Wettbewerbsvorsprüngen, die wir brauchen, um Investitionen und Investoren zu bekommen. So können wir Zukunftschancen für diese und für die nächste Generation sichern. Ich bitte Sie, diesen Kurs auch weiterhin zu unterstützen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Wiesheu. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der Ordnung halber möchte ich sagen: Nachdem der Herr Staatsminister 36 Minuten gesprochen hat, erhöht sich – theoretisch – die Redezeit pro Fraktion um sechs Minuten. Das heißt, es sind 36 Minuten Redezeit pro Fraktion – wie gesagt: in der Theorie.

(Franz Maget (SPD): Wie dürfen wir das verstehen?)

Ich darf Frau Dr. Kronawitter für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, meine Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Herr Minister, Sie haben versucht, sehr eingängig darzustellen, warum „Cluster“ das richtige Wort ist. Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Präsidentin, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass hier auf Anglizismen verzichtet werden sollte.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Minister, Sie haben nicht nachvollziehbar gemacht, dass Cluster nichts anderes sind als Netzwerke im neuen Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten aber ganz modern sein, und Sie wollten uns mit Clusterpolitik eine absolut neue Strategie verkaufen. Ich sage Ihnen: Es ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen,

(Beifall bei der SPD)

also ein ziemlich alter Hut.

Gewiss: In einer wissensbasierten Wirtschaft sind Netzwerke von Wirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie Qualifikation besonders wichtig. Eine bessere Verzahnung dieser Bereiche gehört zu den Aufgaben der Politik, denn Wirtschaftspolitik und auch Wissenschaftspolitik müssen vernetzen, unterstützen und anstoßen, damit der Transfer des Wissens zur Produktion noch zielgerichteter und schneller erfolgt als bisher; bekanntlich haben wir Schwierigkeiten, Wissen in marktfähige Produkte umzusetzen.

Diese Aufgabe – das will ich hier ausdrücklich betonen – erledigt die Bundesregierung, erledigen zum Beispiel die Schweizer Regierung, die österreichische Regierung und auch andere Bundesländer. Ich beziehe mich hier auf Hamburg. Also: doch nichts Neues.

(Peter Hufe (SPD): Der Herr Minister sollte zuhören, wenn wir schon eine Regierungserklärung haben!)

– Vielen Dank, Herr Kollege, für diesen Hinweis. Wir haben bei der Regierungserklärung auch zugehört, obwohl darin nichts Neues gesagt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die gezielte Entwicklung und Umsetzung von Vernetzungskonzepten für zukunftssträchtige Branchen bzw. Notleidende Regionen ist nicht falsch. Das gehört zu den Aufgaben der Politik in der Landesentwicklung. Da weiß ich Bescheid, Herr Minister. Da machen Sie uns nichts vor.

Bayerische Sachverständige, nämlich der wissenschaftlich-technische Beirat, bei der Bayerischen Staatsregierung angesiedelt, haben eine stärkere Wissenschaftsorientierung gefordert. Herr Minister, es wird Ihnen gesagt, dass Sie stärker in die Gänge kommen müssen. Nun haben Sie uns vorgestellt, was bei den Automobilzulieferern alles getan wird. Herr Minister, Sie wissen: BMW ist nach Leipzig gegangen. Das war im Grunde genommen ein harter Schlag für den bayerischen Cluster Automobilzulieferer. Sie können nicht daran herumdeuteln.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie haben dargestellt, was Sie alles machen. Ich habe im Internet nachgeschaut und war anschließend überrascht: Es gibt Hunderte von Eintragungen zu diesem Thema. Österreich zum Beispiel präsentiert sich mit dem Automobilzulieferercluster. Das ist also auch bekannt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ein paar Fragen ansprechen, die uns jetzt oder spätestens bei der Gesetzesberatung zum Landesentwicklungsprogramm beantwortet werden müssen: Wie viele Mittel gibt es für diese Netzwerke, und woher nehmen Sie die Mittel? Warum stehen im Entwurf des neuen Landesplanungsgesetzes kein Wort und kein Paragraph zu Ihrer vorgestellten Clusterpolitik, obwohl doch dieses Instrument – wie Sie es dargestellt haben – ein landesentwicklungspolitisches Instrument ist?

(Franz Maget (SPD): Richtig!)

Warum soll die Clusterpolitik, wie Sie sie vorgestellt haben, nicht in das LEP aufgenommen werden? Sie wollen ein neues LEP, Sie wollen aber das nicht hineinschreiben. Die Antwort darauf sind Sie uns schuldig. Warum wollen Sie kein Förderprogramm auflegen, das die Mittelvergabe für diese Bereiche an Kriterien bindet und damit Transparenz schafft? Ich sage es Ihnen, Herr Minister: Sie wollen freihändig und ohne Selbstbindung bei Ihrer Clusterpolitik schalten und walten können. Herr Minister, damit gibt es juristische und haushaltsrechtliche Probleme. Wir werden diesen Problemen nachgehen und sie thematisieren.

Noch eine Anmerkung: Clusterpolitik ersetzt natürlich nicht die klassische Regionalförderung. Wir werden es nicht zulassen, dass die Staatsregierung bei der Regionalförderung noch weiter kürzt und diese Kürzung dann mit dem Gerede von der Clusterbildung überdecken will.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere: Sie haben die Regionalförderung gnadenlos um 42 Millionen Euro gekürzt - 27 Millionen Euro davon waren ordentliche Haushaltsmittel, 15 Millionen Euro Kreditermächtigungen -, obwohl das Geld dringend gebraucht wird. Netzwerke in Landkreisen werden das nicht ersetzen können.

Herr Minister Wiesheu hat vor kurzem in einem Zeitungsinterview großsprecherisch gesagt, man müsse Geld hineinstecken, und man müsse Branche für Branche eine vernünftige Industriepolitik betreiben, Bayern tue das mit Clusterpolitik. Mir bleibt da nur, sarkastisch zu fragen: Wohin, um Gottes Willen, haben Sie das Geld für die Porzellanindustrie, die Möbelindustrie oder die Textilindustrie gesteckt?

(Heiterkeit der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Diesen Branchen und weiteren geht es nämlich richtig schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema Biotechnologie. In der Tat: Dafür haben Sie richtig viel Geld in die Hand genommen – dank der Privatisierungserlöse konnten Sie es -, nämlich 500 Millionen Euro. Doch beweist gerade die Entwicklung in der Biotechnologiebranche, dass das nicht ausreicht. Ich sage das, obwohl ich weiß, dass das wissenschaftliche Umfeld in München gegeben und privates Wagniskapital in München vorhanden ist. Es reicht aber nicht, was bisher getan wurde. In der Studie zur Biotech-Region München, die Sie selbst vorgestellt haben, sind zwei Problemkreise angesprochen:

Erstens. Der Kapitalmangel ist derzeit eklatant. Die verpatzten Börsengänge von Biotech-Unternehmen, die wir jetzt verfolgen können, sind darauf ein Hinweis. Besonders problematisch ist zudem – das wird herausgestellt –, dass sich das Interesse von Risikokapitalgebern auf die späteren Produktphasen der Unternehmen verschoben hat. Frühphasenfinanzierung durch privates Kapital findet so gut wie nicht mehr statt. Laut wird in der Studie nach Förderprogrammen für diese frühen Phasen gerufen. Von der Presse auf die Finanzprobleme der Biotech-Unternehmen angesprochen, lassen Sie, Herr Minister, uns wissen, es werde gerade über neues Wagniskapital verhandelt. Ich kann nur sagen: Das ist entschieden zu spät. Wenn die Insolvenz erst einmal eingetreten ist, dann ist das Kind – wie man so sagt – in den Brunnen gefallen. Sie müssen handeln, bevor das so weit ist, bevor die Unternehmen in die Insolvenz getrieben sind.

Zum zweiten Thema, das in der Studie angesprochen ist und das ich für sehr wichtig halte: Richtige Clusterpolitik schließt auch die notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte mit ein. Auch dafür liefert die Biotech-Branche den Beweis. In der Studie heißt es, dass man einen erneuten Engpass an technischem Laborpersonal und qualifizierten Akademikern befürchte. Ich zitiere:

Für technische Assistenten beispielsweise gibt es in Bayern nur unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten und das Ausmaß an Zuzug von technischem Personal ist sehr begrenzt.

Also: Damit sind wir bei den Kürzungsorgien der Staatsregierung im Bildungs-, Ausbildungs- und Hochschulbereich.

Herr Minister, Sie haben angesprochen, man sei jetzt dabei, für den Landkreis Coburg eine Kooperation zwischen Fachhochschule und Unternehmen zu knüpfen. Das ist richtig, aber das Kürzungsvolumen von 5 % in einem einzigen Jahr ist und bleibt eine Zumutung für unsere Hochschulen. Da können auch Wortgirlanden von Clusterstrategien nicht darüber hinwegtäuschen.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil: Ihre Clusterstrategie wird von diesen Kürzungen eingeholt. Ich habe das Beispiel mit dem Fachpersonal genannt. In diesem Zusammenhang muss unbedingt eine Zahl genannt werden: Der Bund gibt jährlich 1 Milliarde Euro für Forschungsförderung nach Bayern. Es handelt sich um sehr viel Geld, um Bundesgeld, das nach Bayern fließt, damit Forschung betrieben werden kann. Es ist gut für Bayern, dass die wissensbasierte Wirtschaft vorankommt. Vielen Dank an den Bund.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu dem angesprochenen Cluster Luft- und Raumfahrt. Herr Minister, Sie können nicht über Luft- und Raumfahrt in Bayern reden, ohne über das jüngste Debakel dieser Branche, nämlich über Fairchild Dornier zu reden. Sachstand ist: Der Regionaljet Do 728 bleibt endgültig am Boden. Staatliche Bürgschaften sind fällig geworden. Es ist leider zu befürchten, dass die Blaupausen des Jets in China sind. Also: ein Debakel. Ich widerspreche nicht, dass dennoch die Luft- und Raumfahrt für die bayerische Wirtschaft wichtig bleibt. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass von den 6 Milliarden Umsatz dieser Branche fast 2 Milliarden aus militärischer Nachfrage stammen, also vom Bundesverteidigungsminister gezeichnet sind. Dieser gehört bekanntlich der SPD an. Noch etwas, was für das Luft- und Raumfahrtcluster besonders wichtig ist: Im Jahr 2003 wurden sage und schreibe für 100 Millionen Euro Forschungsaufträge für Wehrtechnik nach Bayern vergeben, vor allem für die Luft- und Raumfahrt, Sensorik, Flugkörper oder Systemanalyse. Also 100 Millionen, die ganz entscheidend das Luft- und Raumfahrtcluster Bayerns stärken. Vielen Dank an den Bund.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir das Beispiel EADS und die Produktion des Eurofighters, die maßgeblich in Bayern erfolgt. Man weiß, es hakt bei der zweiten Tranche und es hakt in Großbritannien. Da hört man gerne, wie das „Handelsblatt“ berichtet, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder genau vor einer Woche wegen der fälligen Entscheidung über die Bestellung des Eurofighters bei Tony Blair interveniert hat. Ich kann also nur sagen: Wir haben Bundeskanzler Schröder zu danken, dass er wichtige industriepolitische Akzente setzt, die Bayerns Wirtschaft stärken.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß schon, es fällt Ihnen schwer, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und deshalb haben Sie ihm auch nicht gedankt, als er ein Machtwort gesprochen hat, damit MTU die Entwicklung der Triebwerke für den A400M bekommen hat. Diese Entwicklung ist für MTU enorm wichtig, damit der Entwicklungssprung für die Triebwerke ziviler Flugzeuge der nächsten Generation geschafft werden kann. Daran merken Sie, wie sich selbst der Bundeskanzler persönlich einschaltet, damit es Bayerns Wirtschaft gut geht. Nehmen Sie das zur Kenntnis und registrieren Sie es dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, ich habe vermisst, dass Sie uns das Konzept „Bauhaus Luftfahrt“ präsentieren. Sie haben in der Kabinettsitzung davon gesprochen, das Thema würde nun dargestellt werden, aber wir haben nichts gehört. Ich merke nur an: Wir müssen als Landtag darauf schauen, wie das Zusammenwirken von Staat und privaten Unternehmen funktioniert, welche Gelder gebraucht werden, wer die Partner sind, wie viel Personal staatlicherseits eingesetzt wird, aus welchem Topf das Geld kommt und ob Haushaltstransparenz für den Einsatz staatlicher Mittel gewahrt bleibt. Ich befürchte, dass unsere Haushaltspolitiker in diesen Punkten genau hinschauen müssen, damit Haushaltsklarheit und –wahrheit gegeben sind. Vorsorglich melde ich auch an: Wir brauchen von Anfang an die Evaluation für dieses Projekt, damit wir wissen, ob auch wirklich etwas herauskommt.

Noch eine kurze Bemerkung zum Satellitennavigationscluster, das Sie schon in der Öffentlichkeit angesprochen haben. Am Anfang war und ist Galileo; das muss man vor dem Hintergrund, was an Entwicklung möglich sein wird, so fest halten. Ich habe es so hochgestochen formuliert, weil die Entscheidung, dass Galileo mit der Industrieführerschaft nach Deutschland kommt, eminent wichtig ist. Sie wissen, es gab ein Gezerre und Sie wissen, dass sich die Bundesregierung durchgesetzt hat. Die Industrieführerschaft für Galileo ist in Deutschland und der Hauptsitz nicht zuletzt deshalb in Ottobrunn, weil dort das unternehmerische Umfeld ist. 21 % von den EU-finanzierten 3,3 Milliarden Entwicklungskosten werden nach Deutschland zurückfließen. Wir können also auf dieses Projekt eine begründete Hoffnung setzen. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang eine hervorragende Arbeit geleistet. Akzeptieren Sie das endlich einmal und bedanken Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Wiesheu, Sie haben ganz verklausuliert Herrn Minister Stolpe angesprochen. Ich weiß, dass sehr viel stärker noch der Bundeskanzler im Feuer war. Ich finde, es wäre Ihnen gut angestanden, nicht nur diese Entscheidung zu verkünden, sondern auch den Bundesbezug herauszustellen und diesen Bezug mit einem Dank an den Bundeskanzler und die Bundesregierung zu verbinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss: Herr Minister Wiesheu, Sie haben heute eine gewisse Erfolgsmeldung verkündet. Ich kann nur sagen: Wir bewerten die Faktoren, also das, was nach und nach herauskommen wird, denn das ist das Entscheidende.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Das hat Helmut Kohl schon gesagt: Wichtig ist, was hinten herauskommt!)

Sie haben wichtige Entwicklungen, die an Bayern vorbeigehen – wie zum Beispiel beim IT-Bereich – nicht angesprochen. Diese tun uns weh. Sie wissen, dass die Water Technology mit den bayerischen Unternehmen Wackers Sillictronic und Infineon nach Sachsen gegangen ist. Da ist für uns der Zug abgefahren. Sie wissen, dass im IT-Bereich die nächste Generation der Datenkommunikation in Berlin angesiedelt ist.

Sie reden von Nanotechnologie aber ohne genau zu beschreiben, was Sie in Bayern machen. Ich weiß, dass in anderen Ländern auf diesem Gebiet enorm viel passiert, und ich weiß auch um die Forschungsmittel, die die Bundesregierung hier einsetzt.

Herr Minister, Sie müssen eingestehen, dass das klassische Instrument der Regionalpolitik durch Clusterpolitik nicht verzichtbar wird. Für die regionalpolitische Aufgabe muss es weiterhin finanzielle Möglichkeiten geben. Im Haushalt 2005/2006 werden Sie hier zum Schwur getrieben werden!

(Wolfgang Hoderlein (SPD): Sehr richtig!)

Sie setzen mit Ihrer Clusterpolitik auf die Stärkung derjenigen Regionen, denen es ohnehin schon gut geht. Dieses Thema wird mein Kollege Kaiser noch aufgreifen. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, werden nicht darum herum kommen, dass Instrument „Cluster“ im Sinne einer rechtsstaatlichen Klarheit in die Landesentwicklung einzuordnen, damit haushaltsrechtlich sauber gearbeitet werden kann.

Sie haben viel geredet. Wir haben das alles vorher schon gehört, wenn auch in anderem Zusammenhang. Jetzt warten wir mal ab, ob das wirklich eintritt, was Sie uns versprochen haben! – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank Frau Kollegin Dr. Kronawitter. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort. Bitte Herr Kollege.

(Günter Gabsteiger (CSU): Nachdem Minister Wiesheu gesprochen hat, geht es nur noch abwärts! – Gegenruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD): Ihr seid so was von niveaulos! Wenn Sie mal reden, gibt es auch solche Zwischenrufe, das verspreche ich Ihnen! So eine Frechheit!)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit der Pressekonferenz von Herrn Wiesheu und seit der von Ministerpräsident Stoiber höchstpersönlich „clustert“ es nur noch so in der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verzeihen Sie bitte den Ausdruck, Frau Präsidentin, aber ich halte mich jetzt an den Text der Regierungserklärung. Voller Staunen und Ehrfurcht hören wir von Herrn Stoiber, dass jetzt die Schaffung von Netzwerken für moderne Arbeitsplätze in Bayern Priorität in der bayerischen Regierungspolitik hat. Weiter sagt Ministerpräsident Stoiber: Mit der Förderung von Clustern setzt Bayern einen neuen, strategischen Schwerpunkt in der Regional- und Standortpolitik.

Wissenschaftsminister Thomas Goppel darf assistieren und schwärmt von der Clusterbildung als absolutem Zukunftsschema für Bayerns Hochschulen. Wirtschaftsminister Wiesheu hat ja bekanntermaßen vom Chef den Auftrag bekommen, mit Unterstützung von Herrn Goppel Clusterkonzepte zu erarbeiten. Er kommt in keiner einzigen Presseerklärung mehr aus ohne das Wort „Cluster“. Mir liegen aus dem Wirtschaftsministerium von gestern zwei Presseklärungen vor; in der einen geht es um die regionale Wirtschaftsentwicklung im Raum Coburg; in der anderen handelt es sich um die Ansiedlung der Firmen INPUT Clinical Research. In diesen doch relativ dünnen Presseklärungen kommen die Begriffe „Cluster“ und „Clusterbildung“ vier oder fünfmal vor. Wir stellen also fest: Was dem einen seine Nachhaltigkeit – nicht wahr, Herr Schnappauf? Er ist leider nicht da –, ist dem anderen sein Cluster.

Selbstverständlich sind wir neugierig und fragen, was es mit Clustern und Clusterpolitik auf sich hat. Uns interessiert: Was heißt es theoretisch? Was heißt es praktisch? Uns interessiert auch, was uns eine derart bezeichnete Politik von der Staatsregierung verheißt und was sie für Bayern bedeutet.

Wir haben nachgeschaut und sind fündig geworden. Bei Michael Porter – „Competitive Advantage of Nations, New York 1990“ – ist das alles ja wunderschön erklärt. Es geht zum einen um zwischen- und überbetriebliche Vernetzung im Unternehmenssektor, zum anderen um die Einbeziehung von Forschung und Verwaltung ins Netzwerk und zum dritten um gemeinsame Leitbilder und um ein gemeinsames Selbstverständnis. Dass es nichts Neues ist, wissen wir alle. Damit brauchen wir uns gar nicht aufzuhalten. Andere Bundesländer haben versucht, das durch zu exerzieren. Ich darf hier Nordrhein-Westfalen nennen; auch das Saarland ist seit einigen Jahren sehr stark in die Clusterpolitik eingestiegen. Im Übrigen muss es nicht unbedingt nur um Hightech gehen. Beispiele für andere Möglichkeiten sind die Holzcluster in Österreich oder der Uhrencluster im Jurabogen.

Wenn wir genauer anschauen, was in der letzten Woche und heute gesagt wurde, entdecken wir: Das ist ziemlich alter Wein in recht alten Schläuchen. Es gibt ja zahlreiche Begrifflichkeiten, unter denen sich gleiches oder ähnliches

abspielt: regionale Kompetenzzentren, regionale Innovationszentren, Netzwerke, Kompetenzfelder, Kompetenzregionen, Kompetenznetzwerke, Akteursnetzwerke, regionale Innovationssysteme, lernende Regionen, Wachstumskerne, Kompetenzfeldpolitik – wir könnten diese Liste beliebig verlängern.

Was soll in Bayern passieren? Was will die Staatsregierung? Einige Zitate machen da doch hellhörig. Einmal, so habe ich nachgelesen, sagte unser Ministerpräsident: Nach dem Vorbild weltweit erfolgreicher Hightechregionen –. Da dachte ich: hoppla, bisher habe ich doch immer gehört, Bayern sei genau eine solche! Auf einmal sind wir es wieder doch nicht und haben hier großen Nachholbedarf. Wenn ich die genannten Ziele nachlese, schrillen tatsächlich die Alarmglocken. Denn diese Ziele sind genau die gleichen, die wir seit zehn Jahren immer wieder vorgebetet bekommen haben. Ich zitiere die Zielsetzung von „Bayern innovativ“: Ziel ist die Innovationsführerschaft in wichtigen Technologiebereichen und Märkten. – Das unterscheidet sich doch nicht so wahnsinnig von dem, was wir heute gehört haben, und von dem, was wir letzte Woche zu hören bekommen haben.

Herr Minister Wiesheu hat ja zehn Felder benannt, fünf davon in Hochtechnologiebereichen, teilweise sind es reife Bereiche, teilweise sind sie noch in der Entwicklung begriffen. Eine derartige Aufzählung stand schon letzte Woche in den Zeitungen. Gleich haben irgendwelche Branchen aufgeschrien, weil sie sich nicht darin wieder gefunden haben. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Maschinenbau. Daraufhin hat Herr Wiesheu treuherzig versichert: Für euch packen wir selbstverständlich auch noch einen Cluster aus!

Das heißt: Unseres Erachtens droht hier die gleiche Kraut- und-Rüben-Suppe wie bei der Offensive Zukunft Bayern und der nachfolgenden Hightechoffensive.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Greifen wir uns doch als Beispiel einmal die Regionalprojekte heraus! – Sie haben uns ja dankenswerterweise immer wieder alles aufgelistet, was wo in welchen Regionen in welchen Branchen gefördert worden ist, beispielsweise für die Bereiche Life Science, IuK, neue Werkstoffe, Umwelt und Energie, Mechatronik und Verkehr, jeweils gegliedert nach Projekten in den einzelnen Regierungsbezirken. Ich greife mal drei heraus: Live Science: 1,0,3,2,7,1,3; IuK: 4,11,7,5,6,4,6; neue Werkstoffe: 3,1,6,10,12,5. Das könnte man so weiterspinnen. Also Kraut und Rüben! Lediglich Niederbayern hat keine Live Science und keine Mechatronik, Schwaben hat keine neuen Werkstoffe.

Sie könnten selbstverständlich sagen: Wir versuchen, bayernweit zu clustern. Ich wage aber zu bezweifeln, ob das dann Erfolg verspricht.

Betrachten wir doch einmal die Wirkungen der Offensiven! Für 4,9 Milliarden Euro wurden ja Beteiligungen am Grundstock verkauft; das Geld ist wieder investiert worden. Von diesem Geld ist aber unseres Erachtens ganz viel verpufft. Das heißt: Ein so großer Erfolg war das nicht. Wenn wir die bayerischen Wirtschaftsdaten mit denen der

anderen Bundesländer vergleichen, zeigt sich, dass Bayern trotz dieser Milliarden und trotz vieler Maßnahmen, die immer wieder als ganz toll verkauft worden sind, in den letzten zehn Jahren alles andere war als erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Wiesheu spricht immer von relativen Zahlen und sagt, dass sich das dann anders darstellt. Schauen wir uns doch einmal die absoluten Zahlen an. Herr Stoiber wollte die Zahl der Arbeitslosen halbieren. Was ist passiert? Bei seinem Amtsantritt hatten wir 290 000 Arbeitslose, jetzt haben wir 412 000, fast doppelt soviel. Die Unterschiede, die regionalen Disparitäten sind riesengroß. Sie bestreiten immer wieder, dass wir diesbezüglich in Deutschland eine Führerschaft haben. Vor zwei Jahren hat Ihnen dies selbst das von Ihnen bestellte McKinsey-Gutachten ins Stammbuch geschrieben. Ich nenne einige ganz aktuelle Arbeitslosenzahlen: Freising 3,8 %, München 5,7 %, Bayreuth 10 % und in Hof über 10 %. Es gibt also massive regionale Disparitäten. Ihrer Wirtschaftspolitik und Ihrer Regionalpolitik ist es eben nicht gelungen, einen Ausgleich zu schaffen oder auch nur eine Annäherung zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Wiesheu, Sie haben uns den Gefallen getan, nicht nur über Ihre neue Clusterpolitik zu theoretisieren, sondern Sie haben sich auch insgesamt auf das Gebiet der Industriepolitik begeben und sind selbstverständlich wieder die eine oder andere wirtschaftspolitische Spitze losgeworden. Wir können gerne kontern. Schauen wir uns die Ausflüge von Ihnen und von Herrn Stoiber in die bayerische Wirtschafts- oder Unternehmenspolitik an. Sie haben leider viel zu oft im Desaster geendet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne beispielsweise die LWS, von Herrn Stoiber damals als Innenminister noch persönlich in das Bauträgergeschäft und in den Gewerbebau getrieben. Die Firma ist pleite gegangen – Ergebnis: 500 Millionen DM Verlust. Ich nenne die Kirch-Pleite. Erst durch die milliardenschwere Unterstützung durch die Landesbank und durch großes Wohlwollen der Staatsregierung und der damaligen Bundesregierung ist es Kirch möglich gewesen, die Konkurrenz mit Mondpreisen an die Wand zu drücken. Das ganze hat sich als Seifenblase entpuppt – Ergebnis: viele Arbeitslose und viel, viel Geld in den Sand gesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Erwin Huber)

– Herr Huber, ich finde es wunderbar, dass Sie sich ereifern und geifern; das mag ich immer ganz gerne. Wir haben über Industriepolitik gesprochen. Was ist die klassische Industriepolitik? – Die Maxhütte. Was ist bei der Maxhütte passiert? Sie haben eine halbe Milliarde Mark an Steuergeldern versenkt.

(Zuruf von der CSU)

– Sie haben das versenkt. Wir werfen Ihnen vor, dass Sie nicht nur auf eine falsche Technik gesetzt haben und eine falsche Strategie gefahren sind, sondern dass Sie Ihren Großspender Max Aicher auch noch hofiert haben. Sie wollten ihm die Übernahme versüßen. Er hat Sie auch noch ausgetrickst. Das hat sich gerade in den letzten Tagen hinsichtlich seiner Grundpfandrechte gezeigt, die er sich als der eine große Gesellschafter hat eintragen lassen, während der andere, der Freistaat Bayern, der noch munter illegalerweise selbst in die Betriebsmittel Geld eingeschossen hat, dann ziemlich dumm aus der Röhre gesehen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten die Liste von Pleiten, Pech und Pannen beliebig weiterführen; viel zu oft geht es auch um Filz: Deutscher Orden, Dorfhelferinnen, CD Pilz. Ich denke auch an die Fälle, bei denen Sie immer haarscharf am Markt vorbei subventioniert haben, beispielsweise Grundig, Schneider Rundfunkwerke und Fairchild Dornier. Die Liste ist unendlich. Deswegen ist es völlig daneben, hier immer so zu tun, als wäre Bayern ganz, ganz prima.

Es ist schon sehr spannend, was wir heute wieder und auch in den letzten Wochen von Herrn Stoiber und von Herrn Wiesheu zur Industriepolitik generell zu hören bekommen haben. Dabei fällt auf, dass Stoiber und Wiesheu Herrn Sarkozy bewundern – ein ganz toller Mann, der das französische Modell der Industriepolitik verfolgt, die Staatswirtschaft. Erfreulicherweise hat die Monopolkommission eine solche Politik gerade ganz, ganz scharf kritisiert und gesagt: Auf lange Sicht ist eine solche Politik mit Sicherheit nicht tragfähig. Dass Sie von der Staatsregierung Staatswirtschaft und Interventionismus toll finden und, so Sie es dürfen, auch immer praktizieren, ist kein Geheimnis. Herr Stoiber hat ja angekündigt, dass er sich ganz schnell mit Herrn Sarkozy treffen will. Wir hätten schon einmal gerne gehört: Ist denn die Bewunderung nach dem, was kurze Zeit später kam, erhalten geblieben? Der französische Minister hat nämlich an Siemens wegen der Erpressung hinsichtlich der Arbeitszeiten Kritik geübt. Ich möchte auch hören, was Herr Stoiber dem französischen Minister diesbezüglich zu sagen hat.

Herr Minister Wiesheu, ich hätte mir schon gewünscht, in Ihren Ausführungen zur Industriepolitik ein paar kritische Worte zum Verhalten der Unternehmensführungen zu hören; denn immer nur die vom Bund gesetzten Rahmenbedingungen und die bösen Gewerkschaften zu kritisieren, greift eindeutig zu kurz. Unsere Industrie leidet an gravierenden Fehlern der Unternehmensleitungen. Vor wenigen Jahren galt das Motto: Alles muss gekauft werden auf Teufel komm raus. Und laufend werden wichtige Entwicklungen verschlafen.

Herr Minister Wiesheu, Sie haben Audi genannt. Ich bin Ihnen dafür dankbar; denn deshalb können wir uns einmal ein klein wenig mit der Autoindustrie befassen. Die deutsche Autoindustrie hat ganz wichtige Entwicklungen verschlafen. Sie hat – und zwar sehr häufig mit Ihrer verbalen Unterstützung – den Partikelfilter verschlafen, sie hat den Hybridmotor verschlafen, sie hat den Stickoxydkatalysator verschlafen. Was ist das Ergebnis? Beispielsweise

kommt Toyota beim Prius mit den Lieferungen nicht nach. Im Februar war die gesamte Jahresproduktion ausverkauft gewesen; im Februar war schon alles weg, was in diesem Jahr produziert wird. Peugeot gilt, obwohl relativ alte Motoren verwendet werden, als die absolute Nummer eins beim Diesel. Hier gibt es einen fünfzigprozentigen Absatzzuwachs, und zwar einfach deshalb, weil sie es geschafft haben, den Partikelfilter rechtzeitig auf den Markt zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte also, nicht immer nur auf die Gewerkschaften und auf den bösen Bund zu zeigen, sondern die Probleme auch an der Wurzel zu packen und zu sagen, was bei uns im Staate faul ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie treten, auch in Ihren Presseerklärungen, vieles immer sehr breit. Uns fallen Ihre Jubelarien, Ihre Jubelgesänge auf, wenn es irgendwelche Unternehmensansiedelungen gibt. Letzte Woche und heute ging es um General Electric und um Roche. Unzählige Male haben wir das gleiche gehört; mir fallen dazu eigentlich Beispiele aus allen Branchen ein. Ich kann mich erinnern, wie sich Herr Huber und Herr Stoiber gefreut haben, als es um die Umsiedlung von MTV von Köln nach München und um die Pläne von Herrn Malhoney ging.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie darüber traurig, oder wie?)

– Herr Kreuzer, ich erinnere an die begeisterte Zustimmung, als BMW bei Rover eingestiegen ist. Da gab es Jubelarien über Jubelarien. Jetzt, da sich diese Engagements als schlimmer Fehler entpuppen, hört man gar nichts, da taucht die Staatsregierung ab. Bei Malhoney hat es schon wegen des Konzeptes nicht geklappt. Die Staatsregierung hat dann sehr, sehr wenig dazu gesagt. MTV siedelt gerade nach Berlin um, Herr Huber. Wir sind alle nicht damit einverstanden, wie es die Berliner machen und mit welchen Tricks sie arbeiten. Ein kleines Eingeständnis, dass Sie etwas zu früh Hurra geschrien haben, wäre aber angebracht. Als BMW zugegeben hat, dass man ein riesiges Desaster angerichtet hat, habe ich von Stoiber auch nichts gehört. Vorher habe ich aber seitenlange Jubelgesänge zu hören bekommen.

Kommen wir darauf zurück, was Sie uns heute und letzte Woche als Clusterei und Clusterpolitik verkündet haben. Wir halten durchaus vieles von den Ansätzen her für sinnvoll. Wir werden genau hinschauen, und wir werden Sie sehr kritisch begleiten. Erstens ist klar: Clusterpolitik braucht einen langen Atem. Ich setze ein dickes Fragezeichen, ob wir darauf vertrauen können, dass die Staatsregierung über einen langen Atem verfügt. Zum zweiten – auch wenn Sie gesagt haben, dass es nicht um viel Geld gehen soll – ist Clusterpolitik ressourcenintensiv, zumindest was die Personalressourcen anbelangt. Ich bin gespannt, woher Sie diese Ressourcen auch in der entsprechenden Qualität bekommen. Zum dritten braucht Clusterpolitik eine gewisse Konzentration. Wir stellen uns die Frage: Halten Sie das mit der Konzentration durch, oder

wird dann gleich wieder alles und jeder bedient? Wenn Sie das mit der Konzentration durchhalten, geht es dann nicht wieder zu stark in Richtung Hightech? Sie sind ja in Innovationen ganz vernarrt. Andere Bereiche bleiben dann auf der Strecke.

Ich habe vorhin viele Begriffe und Übersetzungsversuche aufgezählt. Herr Kollege Dr. Magerl hat dafür eine schöne bayerische Formulierung gebracht. Ich sage sie einmal auf hochdeutsch: Der Teufel sch.... meistens auf den dicksten Haufen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es gut, dass nicht nur Herr Staatsminister Dr. Wiesheu da ist, sondern auch Herr Staatsminister Huber. Wir haben heute gehört, die Staatsregierung sehe ihre Rolle in erster Linie in der Moderation. Da sind wir gleich zusammengezuckt; denn wenn Sie die Moderation so elegant und exzellent machen, wie Herr Staatsminister Huber gerade die Verwaltungsform moderiert, können wir nur sagen: Mahlzeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Pschierer das Wort.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst in wenigen Sätzen noch einmal auf das eingehen, was meine Vorredner, Frau Kollegin Dr. Kronawitter und Herr Kollege Dr. Runge, gesagt haben. Frau Kollegin Dr. Kronawitter, bei aller Wertschätzung, ich glaube nicht, dass der Dank, den Sie der Bundesregierung ausgesprochen haben, tatsächlich im Bundeskanzleramt ankommt oder dass er dort besonders erwünscht ist. Seit ich diesem Hause angehöre, habe ich nämlich noch nie feststellen können, dass die bayerische SPD innerhalb der Bundesregierung besonders geschätzt wurde.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Clusterpolitik hat sicherlich etwas mit Technologie und Innovation zu tun. Wenn wir über diese Politik reden, können Sie jeden Namen aus dem Bundeskabinett erwähnen, aber bitte nicht den Namen Stolpe. Das ist sicherlich der größte technologiepolitische Blindgänger, den Sie in Berlin haben.

(Beifall bei der CSU)

Sehen Sie sich einmal die F- und E-Mittel an, die die Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stellt und vergleichen Sie diese Zahlen mit den Mitteln, die andere Länder dafür zur Verfügung stellen. Dann werden Sie feststellen, dass wir hier keinen Spitzenplatz haben, sondern auf den hinteren Rängen sind.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Runge, es ist schon ein Phänomen, wie Sie hier versucht haben, den Freistaat Bayern als das Ar-

menhaus der Bundesrepublik Deutschland darzustellen, das von einer hohen Arbeitslosigkeit und anderen schlimmen Dingen gezeichnet sei. Zum Thema „Arbeitslosigkeit“ möchte ich Ihnen einmal etwas sagen: Wenn Sie in Berlin und in anderen Bundesländern, in denen Sie regieren, eine solide Wirtschaftspolitik betreiben würden, hätten wir nicht die Wanderungsbewegungen, die wir in Deutschland haben. Bayern ist ein Zuwanderungsland. Wir nehmen viele Menschen auf und geben Ihnen Lohn, Brot und Arbeit. Diese Menschen kommen aus Nordrhein-Westfalen, aus Schleswig-Holstein, aus Mecklenburg-Vorpommern und vielen anderen Ländern. Sehen Sie sich einmal die Wanderungsstatistik auf dem deutschen Arbeitsmarkt an. Der Freistaat Bayern ist Zuwanderungsland, weil Sie in Berlin und in den anderen Ländern eine miserable Politik betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Runge, Ihre Rede bestand heute nur aus Kraut und Rüben. Da ging es von der LWS über den Deutschen Orden bis hin zu Kirch.

(Christine Stahl (GRÜNE): Ihre Politik ist wie Kraut und Rüben!)

Wenn Sie das Thema „Kirch“ aufgreifen, bitte ich Sie, anzuerkennen, dass der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor zu den führenden Medienstandorten gehören. Das ist auch ein Verdienst von Leo Kirch. Das lassen wir uns nicht nehmen. Herr Kollege Dr. Runge, was die Medienpolitik angeht, spielen wir national und international eine führende Rolle. Sie sollten anerkennen, dass es der Politik der Staatsregierung zu verdanken ist, dass wir in diesem Bereich vorne sind.

Frau Kollegin Dr. Kronawitter, Sie haben sich am Anfang Ihrer Rede auf die Anglizismen bezogen. Ich kann Ihnen sagen: In der CSU-Landtagsfraktion beherrschen wir bayerisch, schwäbisch, fränkisch, hochdeutsch und selbstverständlich auch englisch. Ich habe mich gewundert, dass Sie den Begriff „Cluster“ anfangs abgelehnt, ihn aber dann permanent genüsslich erwähnt haben.

Ich möchte Ihnen den Begriff „Cluster“ ganz kurz noch einmal näher bringen: Selbstverständlich gibt es für diesen Begriff Umschreibungen und selbstverständlich wäre es möglich, in der deutschen Sprache Begriffe dafür zu finden. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, es kommt aber darauf an, mit welcher Sprache international geredet wird, wenn es um den internationalen Standortwettbewerb geht. In der internationalen Wissenschafts-, Wirtschafts- und Industriesprache wird eben nicht von einzelnen Standorten und nicht von einzelnen Lehrstühlen gesprochen, sondern von Clustern. Diesen Begriff werden Sie im pazifischen, asiatischen und im europäischen Raum finden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pschierer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, ich gehe nicht davon aus, dass diese Frage einen besonderen Erkenntniswert bringen könnte.

Ganz konkret noch einmal zum Thema „Clusterpolitik“: Sie auf der linken Seite des Plenums verwechseln offenbar einige Dinge miteinander. Wir meinen mit dem Begriff „Clusterpolitik“ nicht die regionale Wirtschaftspolitik. Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben in Ihrer Rede wiederum die Disparitäten innerhalb des Freistaates Bayern angesprochen. Diese Disparitäten gibt es selbstverständlich in anderen Bundesländern auch.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Aber nicht so!)

Wichtig ist, dass es dem Staat und der Politik gelingt, die Ressourcen, die wir in Wissenschaft und Forschung und in der Wirtschaft und der Produktion haben, zu bündeln. Dafür gibt es viele Möglichkeiten, ohne dass sofort nach zusätzlichen Fördermitteln geschrien werden muss. Frau Kollegin Dr. Kronawitter, uns geht es bei der Clusterpolitik darum, die Fördermittel, die wir aufwenden, zielgerichteter einzusetzen. Selbstverständlich bedeutet Clusterpolitik auch, dass wir bereit sein müssen, dort, wo eine kritische Masse von Unternehmen vorhanden ist, die in einer bestimmten Branche hervorragend arbeiten und dort, wo Technologie, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen da sind, gezielt Fördermittel einzusetzen. Ich spreche nicht von zusätzlichen Fördermitteln. Die Fördermittel dürfen aber nicht mit der Gießkanne ausgebracht werden, sondern die Förderpolitik muss zielgerichtet sein. Ich bitte Sie, das Thema „Clusterpolitik“ in einen größeren Gesamtzusammenhang zu stellen. Ich bin nicht so vermessend, mich hier herzustellen und zu sagen, es ging hier nur um den Freistaat Bayern. Clusterpolitik ist ein Thema, wie wir uns in der Bundesrepublik Deutschland im weltweiten Gesamtwettbewerb bewegen.

Herr Kollege Dr. Runge und Frau Kollegin Dr. Kronawitter, ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. In der Luft- und Raumfahrttechnik hätten Sie ohne die Politik der CSU in den Siebzigerjahren überhaupt keinen Ansatz für eine erfolgsorientierte Clusterpolitik. Wenn die CSU damals in diesem Hause nicht das Thema „Airbus“ und vieles andere vorangetrieben und für eine eigenständige europäische Luft- und Raumfahrt plädiert hätte, gäbe es heute diesen Wirtschaftszweig bei uns nicht. Sehen Sie sich einmal den Arbeitsmarkt an: 40 % aller in der Luft- und Raumfahrttechnik Beschäftigten sind heute im Freistaat Bayern tätig. Ein Drittel des Umsatzes, der bundesweit in der Luft- und Raumfahrttechnik erwirtschaftet wird, wird in Bayern erwirtschaftet. Herr Kollege Dr. Runge, deshalb können Sie sich nicht hier herstellen und sagen, es wäre nichts passiert oder es sei nur Geld vernichtet worden. Das war eine Politik, die moderne zukunftsweisende Arbeitsplätze geschaffen hat.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Dr. Kronawitter, Sie haben das Thema „Satellitennavigation“ angesprochen. Wir haben im Moment beim Global Positioning System – GPS – eine Marktführerschaft der Vereinigten Staaten. Bei allem Respekt vor der Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten:

In der Wirtschaftspolitik müssen wir die Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten sehen und deshalb eigenständige Lösungen entwickeln. Wir sind bei diesem Thema mit der TU München, mit der DLR und mit der Universität der Bundeswehr in Neubiberg und vielen anderen Einrichtungen hervorragend aufgestellt.

In der Luft- und Raumfahrttechnik haben wir in Bayern nicht nur die großen Firmen wie „EADS“, „Eurocopter“ oder „MTU“. Wir haben auch viele Mittelständler, die als Zulieferer tätig sind. Diese Betriebe leisten in der Militärtechnik und der Wehrtechnik eine hervorragende und international anerkannte Arbeit. Das ist nur möglich, weil wir parallel zu diesen großen Firmen und zu diesen Mittelständlern eine Vielzahl von renommierten Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen haben, zum Beispiel in München oder Erlangen-Nürnberg.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht vergessen, dass die Welt in der Luft- und Raumfahrttechnik nicht still steht. Wir stehen vor neuen Herausforderungen, die auch aus Schwellenländern wie Indien oder China kommen. Das heißt, wir müssen uns in Zukunft noch besser aufstellen als in der Vergangenheit.

Jetzt noch einmal eine ganz konkrete Bemerkung an Frau Kronawitter und an Herrn Runge zum Thema Zielrichtung bei der Clusterpolitik. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, das Thema Luft- und Raumfahrttechnik und das Thema Automobiltechnik. Selbstverständlich darf die Politik Ziele nicht verordnen, sondern sie muss Ziele vorgeben. Nehmen Sie einmal den Luftverkehr. Selbstverständlich haben wir hier ein Spannungsverhältnis. Wir haben im Luftverkehr steigende Zahlen. Wir haben ein Spannungsverhältnis zwischen der zunehmenden Mobilität der Gesellschaft einerseits und der Umweltverträglichkeit auf der anderen Seite. Ich nenne nur Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch. Betrachten Sie sich einmal, wie hoch der durchschnittliche Verbrauch eines Flugzeugs in den 70er Jahren war. Damals brauchten sie noch zehn Liter pro Personenkilometer. Heute liegen wir bei vier Litern, und wir wissen, dass wir im Jahr 2020 vielleicht bei 1,5 oder zwei Litern liegen werden. Wenn ich dieses Ziel erreichen will, muss ich Wirtschaft, Wissenschaft und Produktion bündeln.

Gleiches gilt für die Automobiltechnik. Nehmen Sie nur einmal das Thema Gewichtsreduzierung beim Automobil; es ist ein sehr wichtiges Thema. Einerseits soll das Gewicht reduziert werden, andererseits werden höhere Leistungen, höherer Komfort und vieles andere mehr gefordert. Hier bietet ein Clusteransatz die Möglichkeit, bei diesen Entwicklungen zielgerichtet voranzukommen, wenn dabei der Staat die Rolle des Moderators und Impulsgebers ausübt, wie es zuvor Staatsminister Dr. Wiesheu ausgeführt hat.

Herr Kollege Runge, ich darf Sie beruhigen. Sie haben den Artikel zitiert, in dem über die französische und übrigens auch über die japanische Industriepolitik und die Industriepolitik anderer Staaten gesprochen worden ist. Wir haben von der Industriepolitik nicht die Vorstellung wie MITI in Japan oder wie Frankreich. Diese Industriepolitik

kann man durchaus als ein Stück dirigistischer bezeichnen. Wir sagen, es ist Aufgabe der Politik, Impulse, Zeichen und Rahmenbedingungen zu setzen. Es ist aber Sache der Wirtschaft, die Vorhaben gemeinsam mit der Politik umzusetzen.

Wir haben im Freistaat Bayern einige Zukunftstechnologien. Es sind die IUK-Branche, die Automobilbranche, die Umweltbranche, die Ernährungswirtschaft und die Finanzdienstleistungen. Herr Runge, wir werden uns dabei nicht nur auf einige High-Tech-Cluster konzentrieren. Wir wollen, dass Clusterpolitik bedeutet, dass in diesem Lande High-Tech stattfindet, dass in diesem Lande aber auch Produktion stattfindet. Wir wollen auf vielen Wirtschaftsbereichen in diesem Land eine komplette Wertschöpfungskette erreichen.

Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, die beste Clusterpolitik kann eines nicht ersetzen, nämlich dass auf dem Gebiet der Steuer-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik falsche und schlechte Rahmenbedingungen gesetzt werden. Für diese Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hauses, tragen Sie die Verantwortung. Ich hätte es schon gerne gesehen, dass Sie uns, die CSU und die Staatsregierung, bei einigen wichtigen Themen positiv begleiten. Ich habe bei Ihnen in den letzten Jahren keinen Ansatz gesehen, egal ob es das Thema Biotechnologie ist, ob es das Thema Gentechnologie ist, ob es der Transrapid ist oder ob es der Forschungsreaktor in Garching war und vieles andere mehr. Sie haben diese Themen über Jahre hinweg blockiert. Deshalb sollten Sie sich hier nicht herstellen und den Eindruck erwecken, als würden Sie zur Zukunftsfähigkeit des Freistaates Bayern irgendeinen sinnvollen Beitrag leisten. Wir werden an dieser erfolgsorientierten Politik weiter machen. Wir werden weiterhin versuchen, die Mittel, die wir zur Verfügung haben, an den Universitäten, den Forschungseinrichtungen und vielen anderen Instituten gemeinsam mit der Wirtschaft so einzusetzen, dass Bayern ein moderner Wirtschaftsstandort bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu einer Zwischenbemerkung gemäß § 111 Absatz 4 erteile ich Frau Kollegin Kronawitter das Wort.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Herr Präsident, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, noch eine Zahl zu präzisieren. Kollege Pschierer hat darauf hingewiesen, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Bayern überdurchschnittlich hoch seien. Es stimmt, Bayern liegt mit einem Anteil von 3 % am Bruttoinlandsprodukt an dritter Stelle. Berlin hat 6,1 % und Baden-Württemberg 3,9 %. 80 % dieser Ausgaben werden aber von der Wirtschaft getätigt; die staatlichen Anteile inklusive der Mittel aus Berlin betragen nur 20 % dieses Ausgabevolumens. Ich habe hierzu eine Anfrage gestellt. Sie ist seit sechs Wochen überfällig.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Dr. Kaiser.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der inflationäre Gebrauch des Wortes „Cluster“ – ich könnte auch sagen das ständige Geschwafel über das Cluster-Wesen in Bayern – ersetzt keine tatkräftige Wirtschaftspolitik, Herr Minister Wiesheu.

(Beifall bei der SPD)

Wie wenig ernst das Kabinett und vor allem der Ministerpräsident dieses Thema nimmt, zeigt die Tatsache, dass er heute genauso gestern wie vorgestern unentschuldig fehlt. Wo ist der Ministerpräsident bei diesem angeblich so wichtigen Thema?

(Christine Stahl (GRÜNE): Hohlmeier!)

– Er war auch gestern bei der Diskussion über das Thema G 8 nicht da, Frau Kollegin.

Wir haben vom Kollegen Pschierer schöne Worte gehört. Es fehlen aber die Taten. Es ist vor allem kein Geld im Haushalt, um wirklich regionale Wirtschaftspolitik – Cluster-Politik in Bayern – zu machen. Herr Staatsminister Wiesheu, Sie haben am 1. Juni in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview gegeben. Die Unterüberschrift heißt: „Der bayerische Wirtschaftsminister fordert eine aktive Industriepolitik des Staates nach französischem Vorbild“. Das große Vorbild ist jetzt Nicolas Sarkozy, der französische Superminister. Er ist jetzt das Vorbild für Deutschland. Als die Interviewer aber nach der Finanzierung gefragt und darauf hingewiesen haben, die Franzosen hätten ein höheres Staatsdefizit als wir, haben Sie darauf geantwortet:

Aber die

– die Franzosen –

haben zumindest Investitionen und ein höheres Wachstum. Wir haben bloß ein großes Defizit und kein Wachstum. Das ist ein Unterschied. Wenn wir die Dinge so weiter treiben lassen, steuert Deutschland in ein Desaster.

Dann lassen Sie es nicht weiter so treiben. Machen Sie endlich hier im Bayerischen Landtag einen Haushalt, mit dem man in Bayern auch Wirtschaftspolitik gestalten kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Pschierer, es nützt dem Standort Deutschland nichts, wenn Sie diesen Standort ständig schlecht und herunterreden.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Das sind aber Tatsachen, Herr Kollege!)

Der Minister sagte am 1. Juni:

Im Moment wird bei uns in Deutschland die Infrastruktur sträflich vernachlässigt – im Verkehrsreich, im Bildungsbereich, im Forschungsreich.

Natürlich wird sie vernachlässigt, vor allem im Freistaat Bayern durch die verkehrte Haushaltspolitik, die hier betrieben wird.

Herr Kollege Pschierer, sie sagten vorhin wörtlich, Deutschland sei auf den hinteren Rängen zu finden. Mich wundert es schon sehr, dass Sie Deutschland so schlechtreden. Das „Time-Magazin“ wird in wenigen Tagen – am 26. Juli – eine Titelgeschichte aufmachen: „What’s right with Germany“ Der Kernsatz darin lautet: „Germany the third most attractive country in which to invest, behind China and the U.S. Das heißt, Deutschland ist das drittbeste Land auf der Welt nach China und den USA. Wir sind an dritter Stelle auf der Welt. Das sagt das führende amerikanische Nachrichtenmagazin. Meine Damen und Herren von der CSU, Herr Wiesheu, hören Sie endlich auf, unseren Standort Deutschland schlechtzureden.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist ja Gesundheitserei, was Sie hier betreiben!)

Sie sagen, Deutschland sei schlecht, nur Bayern rage aus dieser Wüste heraus. Herr Wiesheu sprach heute bei seinen Ausführungen vom Handlungsrahmen. Er beklagte die Deindustrialisierung. Das Kabinett hat beschlossen, drei Cluster jetzt besonders zu fördern, nämlich Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt und die Satellitennavigation. An der Auswahl dieser drei Cluster zeigt sich, dass sie in der Tat die französische Industriepolitik zum Vorbild nehmen, aber in einer Art und Weise, wie wir es nicht wünschen.

So sind die drei Cluster Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt und Satellitennavigation auf den Großraum München konzentriert. Sie nehmen sich die französische Industriepolitik zum Vorbild: Paris vorn und die Provinz hinten dran. In Bayern heißt das: München vorn, und der Rest des Landes wird vernachlässigt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Wenn Sie sagen, das ist ein Schmarrn, muss ich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Die Schere zwischen dem Großraum München und dem übrigen Bayern geht auseinander, und zwar bei der Wirtschaftskraft, dem Bruttoinlandsprodukt, der Arbeitsproduktivität, der Beschäftigungsentwicklung und der Arbeitslosigkeit. Von 30 Dax-Unternehmen sind 19 im Großraum München beheimatet. Man kann aber auch andere Indikatoren heranziehen, zum Beispiel die Patentanmeldungen. Die technologieorientierten Gründerzentren, die Sie, Herr Dr. Wiesheu, angesprochen haben, wo sind die denn konzentriert? – In den Ballungsräumen. Wo ist das Venture Capital? – Ebenfalls in den Ballungsräumen.

Das alles wird bestätigt im „Handelsblatt“ von gestern im Rahmen eines „Zukunftsatlases 2004“. Bayern schneidet dort zusammen mit Baden-Württemberg nicht

schlecht ab. Man muss aber sehen, wo die nordbayerischen Landkreise stehen: Wunsiedel an 360. Stelle, Bad Kissingen an 268. Stelle und Miltenberg an 263. Stelle. An der Spitze liegen dagegen der Landkreis München, die Stadt München, Starnberg, Freising und Erlangen. Das zeigt doch deutlich die Disparitäten in Bayern und das Auseinanderlaufen der Entwicklung. Hier fehlt es an einer tatkräftigen Wirtschaftspolitik.

Der Ministerpräsident hat am 6. November angekündigt, durch die Clusterpolitik solle die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Bayern und nicht nur im Großraum München vorangebracht werden. Dass dies bisher nicht gelungen ist, will ich an einem Beispiel erläutern. Herr Dr. Wiesheu, Sie haben vorhin bei den zehn Clustern auch die Meß- und Regeltechnik sowie die Steuerungstechnik erwähnt. Es handelt sich hier um ein Cluster, das in meiner Heimat im Raum Aschaffenburg im westlichen Unterfranken sehr stark ist. Wir sind stolz darauf, dass es dort Firmen gibt wie das Weltunternehmen Bosch-Rexroth in Lohr oder die Mittelständler Elau AG in Marktheidenfeld oder Reis Robotics in Obernburg, die an der Weltspitze vertreten sind. Nun hat der Landtag beschlossen, in Aschaffenburg eine neue Fachhochschule zu errichten. Die Betriebswirtschaft ist ausgebaut, die Elektrotechnik auch, aber der Ausbau des entscheidenden Zweigs für dieses Cluster, nämlich der Mechatronik, ist gestoppt. Die Mechatronik brauchen wir aber für die Vernetzung von Wissenschaft und Industrie.

(Beifall bei der SPD)

Wissenschaftsminister Dr. Goppel ist leider nicht mehr da. Ich frage trotzdem: Wie wollen Sie in Unterfranken Clusterpolitik betreiben, wenn Sie die Fachhochschule Aschaffenburg beim Ausbau der Mechatronik hängen lassen und die Firmen im Regen stehen lassen? In den Haushalt ausreichend Mittel einzustellen, damit die Mechatronik in Aschaffenburg ausgebaut werden kann, das wäre eine vernünftige Haushaltspolitik. Genau dazu fordere ich Sie auf, Herr Wirtschaftsminister. Statt vieler schöner Worte, die wir hören, wollen wir Taten sehen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Zur Biotechnologie. Ich habe Ihnen wegen der Insolvenz der Munich Biotech AG, einem Unternehmen im Großraum München, einen Brief geschrieben. In der Antwort, die ich in den letzten Tagen erhalten habe, steht wörtlich: „Die in den vergangenen Jahren hoffnungsvoll gestarteten Biotech-Unternehmen in Deutschland befinden sich in einer schwierigen Phase, insbesondere weil sich die Investoren zurückhalten oder bevorzugt in ausländische Biotech-Unternehmen investieren.“ Jetzt kommt der Vorschlag, was man an der Situation ändern könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie dürfen einmal raten: Schuld ist natürlich Berlin. In dem Brief heißt es: „Zu einer wirkungsvollen Industriepolitik für die Biotechnologieindustrie gehört es daher vor allem, attraktive Rahmenbedingungen für Venture-Capital-Investitionen zu schaffen. Für entsprechende steuerliche Regelungen setze ich mich gegenüber dem Bund seit Jahren ein.“ Herr Dr. Wiesheu, Sie sollen endlich einmal in Bayern handeln und nicht im-

mer nach Berlin zeigen. Das wäre eine tatkräftige Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Bayerische Ministerpräsident blickt jetzt nach Frankreich. Er hat am 10. Juli der „Süddeutschen Zeitung“ ein Interview gegeben. Bewundernd blickt er auf Nicolas Sarkozy. Ministerpräsident Dr. Stoiber sagt: „Frankreich definiert die Zukunftsindustrien für das Land und fördert sie gezielt. Ich vermisse in Deutschland eine strategische Industriepolitik.“ Wir von der SPD vermischen die strategische Industriepolitik auch in Bayern. Man muss auch Geld in die Hand nehmen, wenn man eine solche Industriepolitik machen will.

(Beifall bei der SPD)

Dann sagt Herr Dr. Stoiber: „Wir haben Staatsbeteiligungen erfolgreich eingesetzt, aber solche staatlichen Interventionen wird Frankreich im neuen Europa nicht mehr machen können.“ Wo hat denn Bayern staatliche Beteiligungen erfolgreich eingesetzt? – Herr Kollege Dr. Runge hat schon darauf hingewiesen. Was ist denn passiert in der Luft- und Raumfahrtindustrie im Großraum München? Was haben Sie denn mit MBB gemacht? – Erst einmal fusioniert mit Daimler-Benz. Nachdem es mit dem technologieorientierten Konzern nichts geworden ist, ist MBB in EADS aufgegangen. München sollte damals nach den Vorstellungen der Finanzminister Tandler und von Waldenfels das Zentrum der europäischen Luft- und Raumfahrt werden. Seinerzeit war der Sitz der DASA in München. Inzwischen ist alles weg und nicht mehr vorhanden. München ist nicht das Zentrum der Luft- und Raumfahrtindustrie in Europa, zumindest was die Leitungsfunktionen anbelangt.

Frau Dr. Kronawitter hat mit Recht darauf hingewiesen, dass den Durchbruch die kürzlich getroffene Entscheidung der Bundesregierung gebracht hat, Galileo in den Großraum München zu bringen. Was war mit der Beteiligung am Bayernwerk? – Zuerst fusionierte man mit Viag. Da gab es Jubelarien, weil der Sitz von Viag von Bonn nach München verlegt wurde. Dann wollten Sie Viag mit einem Schweizer Unternehmen, nämlich Alu-Suisse, fusionieren. Das hat genau drei Tage gehalten, weil nämlich Christoph Blocher, der europafeindliche Vorsitzende der Schweizer Volkspartei, mit involviert war und keine Schweizer Firma nach München abgeben wollte. Dann haben Sie fusioniert mit der Veba zur heutigen Eon. Wo ist denn der Sitz von Eon? Wo wird die Energiepolitik gemacht? – Nicht in München, sondern in Düsseldorf. Das sind also die nationalen Champions, die Sie haben wollen, aber Sie schaffen es nicht, diese in Bayern zu etablieren.

In dem bereits von mir angesprochenen Interview beklagen Sie, Herr Dr. Wiesheu, dass wir in Bayern keine Textilindustrie mehr haben. Wer hat es denn nicht geschafft, den Glöggler-Konzern zu retten? – Das waren doch Sie. Sie beklagen, dass wir keine Unterhaltungselektronik mehr haben. Bei Schneider und Grundig haben Sie Millionenbeträge in den Sand gesetzt. Fairchild Dornier ist schon erwähnt worden. Im jüngsten Bericht des Obersten

Rechnungshofes steht, dass 123 Millionen Euro an Staatsbürgschaften fällig werden, weil Sie es nicht geschafft haben, die Firmen Schneider, Grundig und Fairchild Dornier zu retten. Darüber sollten Sie einmal reden, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

Was ist übrig von der Porzellanindustrie? – Sie haben sich als Retter der Arbeitsplätze bei Hutschenreuther feiern lassen. Wo sind denn die Arbeitsplätze? Die Maxhütte ist auch schon angesprochen worden. Die Liste Ihres Versagens ist lang. Die Medienpolitik ist ebenfalls bereits erwähnt worden. Kirch, TM3 und Quam – diese Unternehmen sind alle insolvent oder aus München verschwunden.

Wenn Netzwerk- oder Clusterpolitik erfolgreich sein soll, dann darf sie eine regionale Wirtschaftspolitik – da hat Frau Kollegin Dr. Kronawitter völlig Recht – nicht ersetzen und sich nicht auf den Großraum München konzentrieren. Landesweit müssen die Stärken jeder Region gefördert werden. Es ist nämlich nicht so, dass es in anderen Regionen Bayerns keine guten Unternehmen gibt. Mit Recht hat die Branche Maschinenbau und insbesondere Spezialmaschinenbau, die hervorragende Unternehmen in Unterfranken, Oberfranken und Mittelfranken unterhält, beklagt, dass Sie immer nur über Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt und Satellitennavigation reden. Blicken Sie doch einmal auf die wirklichen Leistungsträger im Mittelstand draußen im Lande, insbesondere auf den Maschinenbau. Danach sollten Sie Ihre Wirtschaftspolitik ausrichten.

Wir haben heute viele schöne Worte gehört, aber keine konkreten Ankündigungen. Was wollen Sie in den nächsten Jahren tun? – Nur zu moderieren, das reicht nicht. Geschwafel über Clusterpolitik genügt nicht. Wir brauchen eine tatkräftige Wirtschaftspolitik in Bayern, damit unser Land vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Spaenle das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Es gibt ein schönes Drama von Shakespeare mit dem Titel „Viel Lärm um nichts“. Herr Dr. Kaiser, das war es. Ich habe selten eine derart entzückende Mischung aus Rot-grün-Blindheit und Wahrnehmungslücken feststellen dürfen. Das ist wirklich unglaublich.

(Zuruf von der CSU)

– Auch Shakespeare hatte seine Kaiser, das ist wahr.

Verdichtete Hochleistungsstandorte – das ist ein Cluster. Das gefällt mir besser als Ihre Clusterei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

– Wir können halt Deutsch; vielleicht lernen Sie einmal richtig Bairisch. Aber das ist etwas anderes.

(Lachen bei der SPD)

Verdichtete Hochleistungsstandorte kann Bayern Gott sei Dank dezentral angelegt in etlichen Regionen vorweisen. Der Grundgedanke verdichteter Hochleistungsstandorte ist, die Kooperation zwischen Wissenschaft, Forschung, angewandter Forschung und Technologietransfer auf der einen Seite und Betrieben und Einheiten der Wirtschaft auf der anderen Seite zu institutionalisieren und anzuregen. Die unterschiedlichen Bereiche sollen impulsgebend verknüpft werden; das ist der Grundgedanke einer erfolgreichen Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik in einem Flächenstaat.

In einem Flächenstaat gibt es aber unterschiedliche Leistungsdichten. Das ist doch selbstverständlich. Herr Dr. Kaiser, ich begreife nicht, wie Sie das wahrnehmen. Natürlich haben wir verdichtete Hochleistungszentren im südbayerischen Raum in der Region München. Greater Area Munich – das ist ein Anglizismus.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Sie waren doch in Aschaffenburg; warum tun Sie nichts?)

– In Franken gibt es das Städtedreieck. An Industriestandorten sind starke Konversionsbestrebungen vorhanden.

Außerdem haben wir – ich komme jetzt zur wissenschaftlichen Seite – mit der regionalen Hochschulstandortpolitik ein entscheidendes wissenschaftspolitisches Instrument in die Hand genommen, um die Verknüpfung regionaler Kompetenzen, Strukturvorteile und Stärken mit wissenschaftlichen Nuclei voranzutreiben. Die drei Universitäts-Gründungswellen seit dem Zweiten Weltkrieg gehören zur Erfolgsgeschichte der bayerischen Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik, wobei man das Thema unter zwei Gesichtspunkten betrachten muss: Wir haben auf der einen Seite die deutliche Verdichtung des akademisch abgestützten Ausbildungsniveaus im Flächenstaat Bayern. Mit knapp 20 Fachhochschulen und 8 Landesuniversitäten sowie Eichstätt und der Universität der Bundeswehr können wir eines der dichtesten Hochschulnetze in den Flächenländern der Republik vorweisen. Ich darf Sie auf folgendes Phänomen aufmerksam machen: Im Umgriff neu gegründeter Fachhochschulstandorte geht die Zahl derer zurück, die eine Ausbildung an Fachakademien oder an anderen fortgeschrittenen gewerblich technischen Ausbildungseinrichtungen absolvieren. Warum ist das so? – Weil wir hier die heimatnahe Ausschöpfung von Bildungsreserven im Flächenstaat Bayern zur Grundlage einer hoch entwickelten Regionalpolitik gemacht haben. Genau das ist die Voraussetzung.

Aschaffenburg am Untermain in der Region I ist ein herausragendes Beispiel für diese Politik. Wir können zwischen dem Zentrum Frankfurt, dem Großraum Rhein/Main, und dem fränkischen Städtedreieck eine eigenständige, wissenschaftlich abgestützte Versorgung eines Hochleistungswirtschaftsraumes anbieten. Ähnliches gilt für Neu-Ulm. Dort ist die Clusterbildung zwischen der Fachhochschule und dem großen Wissenschaftszentrum

Ulm mit Händen zu greifen. Nächste Woche darf ich an der Abschlussfeier des ersten Jahrgangs eines gemeinsamen Studiengangs einer bayerischen und einer baden-württembergischen Hochschule als Vertreter des Freistaates Bayern teilnehmen.

Das sind Elemente, die die Grundlage dafür schaffen, dass wir die wirtschaftliche Kompetenz des Mittelstandes bis hin zu den großen Leistungsträgern, den Dax-gestützten Unternehmen, stärken und in der Fläche in der Lage sind, Wissen auf dem neuesten Stand unmittelbar in der Wirtschaft umzusetzen und zu institutionalisieren. Unser Konzept geht dahin, die Regionen zu stärken und dort, wo wir Entwicklungschancen sehen, Initialzündungen zu geben.

Sehen Sie sich doch an, was sich um die Fachhochschulstandorte herum – die vor 20 Jahren gegründeten und die seit 1994 gegründeten Fachhochschulen – für kleine Netzwerke bilden. Es entwickeln sich richtige Wurzelgeflechte bis hin zu den großen internationalen Standorten, die in der weltweiten Konkurrenz stehen. Wir haben das an der Ansiedlung von General Electric in Garching gesehen. Wenn wir das schaffen, sind wir an dem Punkt, wo wir flexibel auf die Bedürfnisse der Standorte abgestellt die Chancen, Kompetenzen und Ressourcen der Regionen abgestimmt auf die wirtschaftliche Kulisse und das wissenschaftliche Know-how der einzelnen Hochschulen nutzen. Genau das ist das Erfolgsrezept des Clusterkonzepts, das Herr Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu heute vorgestellt hat.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zwischenzeitlich darf ich eine Bitte des Stenographischen Dienstes an alle Kolleginnen und Kollegen, die heute geredet haben oder noch reden werden, weitergeben. Die Niederschriften der heutigen Sitzung werden nicht bis Sitzungsende fertig gestellt werden können. Das heißt, Sie erhalten die Texte heute nicht im Plenarsaal zur Korrektur zugestellt. Wer möchte, dass im endgültigen Plenarprotokoll eine korrigierte Fassung seiner Rede erscheint, möge bitte eines der gelben Formulare, die hier am Rednerpult liegen, ausfüllen und abgeben. Dann wird Ihnen die Niederschrift nach Hause geschickt, und Sie können in einem angemessenen Zeitraum Korrekturen vornehmen.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Dr. Wiesheu, Sie haben Ihren Bericht, der eigentlich als Regierungserklärung angekündigt war, mit der Bitte abgeschlossen, den Kurs zu unterstützen. Die Frage ist: Welchen Kurs meinen Sie? Ich nenne als Beispiel das Cluster Umwelttechnologie. Das Cluster wurde definiert; ein Netzwerk wurde geschaffen; einzelne Bausteine wurden geschaffen, zum Beispiel das Umwelttechnologische Gründerzentrum, das WZU und die Befa, die kaum entstanden schon wieder zur Disposition gestellt wird. Dann hat man erkannt, dass man solche Cluster auch durch die Ansiedlung von entsprechend fachlich ausgerüsteten Behörden unterstützen kann. Das

Landesamt für Umwelt, das ohnehin verlagert werden sollte, kam nach Augsburg. Die Frage ist: Wie geht es jetzt weiter? Ich hätte dazu Antworten in einer Regierungserklärung erwartet.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Behördenzusammenlegungen müssen nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden und nicht nach regionalpolitischen Überlegungen der CSU. Eine engere Kooperation von Einrichtungen des Landesamtes für Umweltschutz mit dem Landesamt für Geologie und dem Landesamt für Wasserwirtschaft wäre sinnvoll. Diese Chance drohen Sie zu zerstören durch die angekündigte Verlagerung dieser Landesämter nach Hof.

Herr Pschierer, Sie haben einen zielgerichteten Einsatz von öffentlichen Mitteln gefordert. Wie steht es damit?

Wir dürfen Cluster nicht nur aus der Taufe heben, sondern wir müssen sie zielgerichtet weiter entwickeln. Deshalb fordere ich Sie auf: Verhindern Sie, dass das Cluster Umwelttechnologie demontiert wird, lange bevor es richtig erwachsen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dr. Runge zu Wort gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Meine weitere Wortmeldung resultiert wie immer aus Redebeiträgen von Kollegen der CSU-Fraktion. Den Kollegen Pschierer sehe ich jetzt leider nicht. Vielleicht kommt er wieder herein. Ansonsten übermitteln Sie ihm bitte unsere Botschaften.

Er hat sich darüber beklagt, dass wir in unseren Redebeiträgen auch über das Thema regionale Disparitäten sprechen. Ich versuche – so schwierig ist das eigentlich gar nicht – Ihnen noch einmal den Zusammenhang zwischen Ihrem Konzept einer Clusterpolitik und Regionalpolitik und regionalen Disparitäten zu erklären.

Minister Wiesheu und Ministerpräsident Stoiber haben in der vergangenen Woche mehrere Dinge an die Öffentlichkeit gebracht. Es gab eine Presseerklärung am Montag und sechs Seiten am Dienstag. Dabei geht es ganz klar um die Steckpferde. Sie werden konkret benannt und beziffert, auch hinsichtlich der Arbeitsplätze und was die Potenziale sind. Diese Steckpferde sind die Luft- und Raumfahrttechnik, die Biotechnik und die Satellitennavigation. Herr Kaiser hat diese Frage zwar schon beantwortet, aber ich stelle sie trotzdem noch einmal: Ja, wo hocken den die Branchen, die Sie weiter stärken und die Sie weiter peppeln wollen? Das ist doch genau die entscheidende Frage.

Bei der Clusterpolitik ist eines zu bedenken: Sie konzentrieren sich auf eine ausgewählte Zahl an Bereichen, auf eine ausgewählte Zahl an Branchen. Wenn Sie das nicht tun, geht es gleich schief. Wenn Sie sich aber konzentrieren, wenn Ihnen das tatsächlich gelingen sollte, dann befürchten wir ganz einfach, dass Bereiche gefördert wer-

den, welche in Regionen sitzen, denen es eh schon sehr, sehr gut geht. Deswegen trifft der Spruch von Christian Magerl – ich habe ihn vorhin schon ansatzweise zitiert – genau zu: Der Teufel sch... auf den größten Haufen.

Ich danke Ihnen herzlich, Herr Kollege Spaenle, Sie waren ehrlich. Sie waren der Erste aus Ihrer Fraktion, der ehrlich war. Sie haben nämlich gesagt, dass es um verdichtete Hochleistungsstandorte geht. Und wo sind die verdichteten Hochleistungsstandorte? Clusterkonzepte knüpfen an Bestehendes an, knüpfen an Dinge an, die schon relativ gut funktionieren. Das heißt, wir wissen, wo das stattfinden wird. Erklären Sie das bitte den Leuten in Ostbayern. Das ist genau unsere Sorge. Deshalb habe ich mir erlaubt, diesen Zusammenhang herzustellen.

Zum Auto, weil Herr Pschierer auch wieder vom Auto redet und dann mit Gewichtsreduzierungen kommt: Was ist denn da passiert? Es gibt in Deutschland zwei Energiesparautos, eines aus Bayern, den A 2, und eines aus Wolfsburg, den Lupo. Diese beiden Autos sind von der Industrie überhaupt nicht beworben worden. Warum? Weil die Industrie kein Interesse daran hat, weil sich das mit der sonstigen Werbung beißt: Hightech, viele PS, große Schlitten und möglichst ganz schnell. Das geht einfach nicht zusammen. Daran ist die Politik aber durchaus beteiligt.

Ich habe es mir eigentlich verkniffen, in meinem Beitrag im Zusammenhang mit der verfehlten Industriepolitik des Freistaats Bayern auf den Transrapid einzugehen. Aber nachdem meine Vorredner mir das Stichwort gegeben haben, muss ich es sagen: So etwas als zukunftsfähig zu bezeichnen und unter der Rubrik Industriepolitik laufen zu lassen, ist schlicht und ergreifend verfehlt, ist verantwortungslos gegenüber dem Steuerzahler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das weiß Minister Wiesheu ganz genau. Es geht um eine Uralttechnik. Die beiden entscheidenden Patente stammen aus dem vorletzten Jahrhundert. Sie betreffen den Induktionsmotor und das Schweben über Magnetfelder. Das letzte Patent, der geregelte Abstand, ist immerhin von 1935. Seit gut 20 Jahren gibt es die Versuchsstrecke im Emsland. 2 Milliarden DM an Steuergeldern sind da schon hineingeflossen. Es gibt jetzt die Referenzstrecke in China. Diese Referenzstrecke gibt es aber auch nur deswegen, weil wir mit Hunderten von Millionen aus Steuergeldern kräftig nachgeholfen haben. Außer der letzten großen Diktatur dieser Erde will niemand den Transrapid. Das heißt, dieses Projekt ist nicht zukunftsfähig, was die wirtschaftliche Tragfähigkeit, die wirtschaftliche Verwertbarkeit betrifft. Dann zu sagen, dies sei eine arbeitsmarktpolitische und eine industriepolitische Chance, ist schlicht und ergreifend lächerlich. Deswegen fordern wir Sie auf, von solchen Vorhaben Abstand zu nehmen.

Ein letzter Gedanke: In dieser Hinsicht war Herr Pschierer ehrlich. Nicht nur Herr Spaenle hat hier einen unverhofften Anflug von Ehrlichkeit gezeigt, sondern auch Herr Pschierer.

(Zuruf von der CSU: Er ist wieder hier!)

– Ah, Herr Pschierer ist wieder hier, wunderbar. Herr Pschierer, Sie haben mit der Feststellung geschlossen, dass Sie die vorhandenen Dinge zielgerichteter einsetzen wollen. Damit waren Sie ehrlich. Aber dann fragen wir Sie schon: Warum ist es Ihnen in den letzten 40 Jahren nicht gelungen, die Dinge zielgerichtet einzusetzen? Das ist doch Ihr Fehler!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Kollege Runge. Als letzte Wortmeldung liegt mir die der Frau Kollegin Kronawitter vor. Sie haben eine Minute Redezeit. Ich appelliere an Ihre Geschicklichkeit.

(Zuruf von der CSU: Eine Minute! Das muss jetzt sehr bedeutsam sein!)

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): In der Tat muss etwas richtig gestellt werden. Kollege Spaenle – er ist nicht mehr da – hat davon gesprochen, Bayern schöpfe seine Bildungsreserven aus und das sei für die Wirtschaft sehr wichtig. Ich frage deshalb an dieser Stelle: Warum wechseln zum Beispiel im Regierungsbezirk Niederbayern nur 26 % der Schüler an das Gymnasium? Im Landkreis Starnberg zum Beispiel sind es mehr als 60 %. Da kann man doch nicht von Ausschöpfen reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Warum braucht die bayerische Wirtschaft jährlich einen Zuzug von 5000 Akademikern? Weil diese Fachkräfte in Bayern nicht nachwachsen. Beide Zahlen signalisieren: Bildung in Bayern ist nicht ausreichend gut genug für das, was die Wirtschaft braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Respekt, Frau Kollegin, exakt eine Minute. – Die Aussprache ist damit geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Staatsminister Dr. Wiesheu das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Als Erstes möchte ich anmerken, dass ich mich über eine neue Sprachschöpfung freue. Frau Kronawitter, wenn man „Cluster“ durch „Netzwerk neuer Art“ ersetzen will, versteht das am Schluss gar keiner mehr. Außerdem haben Sie sich selbst nicht daran gehalten, sondern sind wieder auf den Begriff „Cluster“ verfallen.

Mit dem ganzen Konzept geht es nicht darum, ein neues Förderprogramm aufzulegen. Um auch hier Unklarheiten zu beseitigen: Es geht nicht um ein neues Cluster-förderprogramm oder was auch immer, es geht darum, Potenziale in Wirtschaft und Wissenschaft, die wir haben, stärker miteinander zu verflechten und zu neuer Dynamik zu bringen. Natürlich geht es auch um einzelne Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die gefördert werden. Der Haupt-

punkt aber ist, dass die Potenziale in Wirtschaft und Wissenschaft zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft genutzt werden.

Dass die Clusterpolitik die Regionalpolitik nicht ersetzt, ist nicht neu. Die Clusterpolitik ist aber auch nicht einfach regionale Wirtschaftspolitik.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter)

– Ja, dann müssen Sie das aber auch sagen! – Und wenn Sie von Kürzungen bei den regionalen Mitteln reden, dann reden Sie bitte über die Gemeinschaftsaufgabe und die Aktionen des Bundes hierbei. Ich will nur darauf hinweisen, dass bei der regionalen Wirtschaftspolitik Brüssel zurzeit dabei ist, die Förderungen umzustellen, und zwar tatsächlich in Richtung eines verstärkten Clusteransatzes, was mir bei der regionalen Wirtschaftspolitik so nicht gefällt, weil hier ein paar Dinge miteinander vermischt und verwechselt werden. Das ist der falsche Weg. Man muss aufpassen, dass bei den Verhandlungen in Brüssel nicht die Dinge gekippt werden, die wir in der regionalen Wirtschaftsförderung bisher haben. Ich sage das ohne Schärfe. Ich stelle nur fest, dass der Bund diesbezüglich wenig Einfluss nimmt, weil der Bund am Schluss nichts dagegen hat, wenn in Brüssel die Gemeinschaftsaufgabe kippt, weil er dann nichts mehr zu bezahlen braucht. Das ist ein Fehler.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das ist eine Unterstellung!)

– Das ist keine Unterstellung, das weiß ich. Wir drängen nämlich darauf, dass wenigstens der Rechtsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe erhalten bleibt. Ich kenne das doch von den Verhandlungen, die wir mit dem Bund führen. Entschuldigung, ich gehe ja hin und debattiere mit.

Zu den Mitteln, die wir in die Hand nehmen müssen: Sie sagen, dass Wagniskapital fehlt. Das habe ich vorher auch gesagt. Sie meinen, es wäre aber zu spät, jetzt zu handeln. Wissen Sie, der Kollege Kaiser beschwert sich, dass ich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen hingewiesen habe. Er sagt, man müsse hier einfach handeln. Aber: Solange es eine Besteuerung der Venture-Kapital-Fonds gibt, wie wir sie in Deutschland haben, kommen die Gelder nicht nach Deutschland, sondern gehen in andere Länder. Solange Sie die Besteuerung des Carried interest – das ist auch wieder so ein Spezialbegriff, das ist die Besteuerung des Venture-Kapital von Managern, die sich am Kapital beteiligen müssen –, so haben, wie wir sie bisher haben, gehen die Fonds nicht in unser Land.

Es hat zwei Jahre gedauert, bis wir euch von Rot-Grün in Berlin überzeugt haben, dass sich das ändern muss. Vor zwei Wochen ist das im Bundestag durchgegangen. Das hat Herr Eichel im Jahre 2000 in die falsche Richtung gedreht. Diese beiden Punkte werden jetzt einvernehmlich geändert. Ich kann nur sagen Gott sei Dank.

Es muss ein dritter Punkt hinzukommen: Solange die günstigere Besteuerung bei Beteiligungen, die früher bis zu 25 % Beteiligung möglich war, die Lafontaine dann auf

10 und die Eichel auf 1 % gesenkt hat, nicht wieder auf 10 oder 20 oder 25 % erhöht wird, haben wir ein weiteres Problem bei den Rahmenbedingungen.

Die Fonds kommen nicht deshalb zu uns, weil es heißt, in Deutschland sei es so schön, auch wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen „beschissen“ sind, sondern sie gehen dorthin, wo sie Spielraum haben. Gehen Sie doch einmal mit nach Cambridge und lassen Sie sich dort die steuerlichen Rahmenbedingungen erklären. Ein Fonds aus Israel, der sich bei uns ansiedeln und der bei uns investieren will, entscheidet sich für London oder München. Er stellte genau diese Fragen zu genau diese rechtlichen Rahmenbedingungen. Werden genau diese Rahmenbedingungen nicht geändert, kommen die Fonds nicht zu uns. Sitzt die Firma in London, Paris oder Boston, werden eher dort die Firmen gefördert, jedoch nicht die hiesigen.

Man braucht den Spielraum, um handeln zu können. Deswegen geht es natürlich um die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen. Reden Sie doch einmal mit den Venture Capital Fonds; auch Sie können sie einladen. Diese werden Ihnen dasselbe erzählen und in Bezug auf die internationalen Geldgeber die Frage stellen, wie es mit den rechtlichen Rahmenbedingungen aussieht, ob diese vergleichbar sind, wie es mit der Innovationspolitik und der Clusterpolitik aussieht und wie beständig das ist. Auch ich werde zum Beispiel gefragt, wie der Fonds eingesetzt wird, den Herr Clement schon seit zwei Jahren ankündigt. Nun gibt es den Fonds in Höhe von 500 Millionen Euro angeblich, aber es läuft noch kein Euro. Das soll jetzt über die EIB laufen. Ich fragte bei Herrn Roth, dem früheren Bundestagsabgeordneten der SPD, nach, mit dem wir vernünftig kooperieren. Er sagte, die Regelungen seien noch nicht da. Aber wenn die Mittel wie privates Wagniskapital eingesetzt werden, werden die Konditionen so schlecht sein, dass sie in der Wirtschaft kaum angenommen werden.

Bei der Umstrukturierung der Hochschulen geht es um deren Stärkung. Wer die Artikel der letzten Tage liest, stellt fest, dass nun die Hochschulen selbst überlegen, wo sie viel Geld ausgeben, ohne dass etwas herauskommt. Auf diesem Gebiet werden sie das eine oder andere einstellen. Auch nicht so wichtige Dinge, die mitgelaufen sind, werden wir einstellen. Wir setzen das Geld und die Ressourcen dort ein, wo wir Stärken haben. Auch das ist richtig und vernünftig. Es kann nicht schaden, dort einmal umzusortieren.

Frau Kronawitter, die eine Milliarde Euro, die der Bund nach Bayern transferiert, hätte ich von Ihnen gerne aufgeschlüsselt. Wir haben eine Projektförderung von 53 Millionen Euro. Wenn Sie allerdings alle Investitionen einrechnen, die an die Max-Planck-Gesellschaft gehen, deren Hauptsitz in München ist, ist zu bedenken,

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

dass nicht alle diese Gelder nach Bayern gehen. München ist der Hauptsitz der Gesellschaft überall in Deutschland. Aber die Mittel gehen an die Forschungszentren der Max-Planck-Gesellschaft. Genauso ist es bei der Fraunhofer-

Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, beim DLR und anderen Einrichtungen. Der Betrag muss aufgeschlüsselt werden, dann sieht er ganz anders aus. Insofern ist wohl großartig geflunkert worden.

Ich freue mich, dass Sie hier mit dieser Energie und Verve die militärischen Aufträge des Bundes vertreten. Das ist in der SPD neu.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das ist doch zu begrüßen!)

Jetzt werden Sie bald zu den Militaristen der SPD gehören; aber das ist hier nicht das Thema.

Ich darf daran erinnern, dass der Eurofighter noch unter der Regierung Kohl beschlossen wurde, weil man sagte, wenn die SPD komme, wisse man nicht, wie das laufe. Auch die Militärexperten der SPD haben uns empfohlen, das Projekt vorher noch unterzubringen, sonst laufe das Ganze nicht.

(Zurufe von der SPD)

Ich stelle fest, dass Frau Dr. Kronawitter eine Kämpferin für den Eurofighter, für Lenkflugkörper, für militärische Hubschrauber und andere Themen ist. – Bravo, das begrüße ich ausdrücklich.

Sie haben gesagt, ich hätte zum Bauhaus Luftfahrt und zu Galileo zu wenig ausgeführt. Wer will, kann die Aussagen dazu an einigen Stellen in Unterlagen, die wir herausgegeben haben, nachlesen. Das Thema Bauhaus Luftfahrt ist hochinteressant. Das Thema Galileo wurde bereits vorher klargestellt.

Für das Bauhaus Luftfahrt wurde mit EADS, Liebherr, Keyser-Threde und vielen anderen Zulieferern aus dem gesamtbayerischen Raum ein Konzept entwickelt. Die Luft- und Raumfahrt ist zwar ein europäisches Thema. Auf diesem Gebiet kann man aber durch eine entsprechende Vernetzung und Kooperation durchaus regionale Kompetenzen ausspielen.

Man hat sich darauf geeinigt, erstens einen von uns mit-bezahlten Koordinator einzusetzen, zweitens mit dem Koordinator Themen zu definieren, die die Forschung und Betriebe gemeinsam entwickeln können, und vonseiten der Firmen, wenn es sinnvoll ist, in Forschergruppen zu delegieren, um diese Themen zusammen mit Einrichtungen der Hochschulen unter Anleitung des Koordinators zu entwickeln. Auf diese Weise kann man über Firmen hinweg neue Wettbewerbsvorteile gewinnen. Wir werden diese Dinge fördern, weil auf diese Weise nicht nur Vernetzungen entstehen, sondern auch neue Impulse gegeben werden.

Noch einmal: Vernetzung ist gleich Vernetzung, Impulse ist gleich Cluster. Daher spielt beim Thema „Cluster“ logischerweise der Staat nicht nur eine Moderatorenrolle, sondern eine Mitwirkungsrolle bei den neuen Impulsen; ich habe das eben ausführlich erklärt. Warum dies dann in

den Oppositionsbeiträgen immer wieder in Frage gestellt wird, weiß ich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

Ein Bauhaus Luftfahrt hat es im Übrigen vor 70 oder 80 Jahren in Sachsen-Anhalt einmal gegeben. Das war ein echtes Bauhaus, in dem Forschung und Entwicklung vorangetrieben wurden. Heute ist es ein virtuelles Bauhaus, aber es wirken – einschließlich EADS – alle zusammen. Im Übrigen haben wir von Bayern aus mit dem Bundesverband der Luft- und Raumfahrt einen Vertrag geschlossen und kooperieren als einziges Land mit ihm, weil die Themen entsprechend vorangetrieben werden sollen. Dies wurde auch vom Chef des Verbands der Deutschen Luft- und Raumfahrt entsprechend gewürdigt.

Was Galileo betrifft, ist bei uns die Infrastruktur vorhanden. Der Bereich Informations- und Kommunikationstechnik ist angesiedelt. EADS spielt hier ihre Potenziale aus, ebenso wie MAN-Technologie und andere Firmen, die hier angesiedelt sind. Es ist ein Thema für das ganze Land, weil sich die interessanten Anwendungen nicht nur auf diesen Feldern abspielen. Anwendung bedeutet nicht nur, dass man ein Netzwerk schafft und dann die Daten überträgt, sondern die Anwendungen heißen: Logistik, Geodäsie, Luftfahrt, Frachtverfolgung usw.

Vor kurzem hatten wir eine Besprechung mit einer Reihe von Firmen aus ganz Bayern, die als Anwender in Betracht kommen, sich dafür interessieren sowie Themen entwickeln. Wir haben beim DLR in Oberpfaffenhofen einen so genannten Brutkasten, wo mittlerweile 16 neue Firmen gegründet wurden. Aber die Anwendungsthemen – und damit die Chancen für neue Jobs und Berufe – gehen quer übers Land. Deswegen verfolgen wir das weiterhin. Der Bund, dem ich das Zusammenwirken erklärt habe, hätte das Projekt vermutlich gern woanders angesiedelt. Aber in Bayern sind die Kapazitäten am stärksten. Ich habe in den letzten Jahren zu Veranstaltungen von Galileo nicht nur Vertreter aus Südfrankreich, Sofia Antipolis, Kopenhagen und Israel eingeladen, weil dort entsprechende Kompetenzen vorhanden sind, sondern in diesem Jahr auch Vertreter der GPS-Organisationen und aus Brüssel hier gehabt. Der Bund war ebenfalls eingeladen. Heuer war Herr Staffelt, im letzten Jahr Herr Stolpe anwesend. Selbstverständlich werden wir auf diesem Gebiet vernünftig zusammenwirken. Alles andere wäre verkehrt. Daran, dass wir die Chancen nutzen wollen, dürfte überhaupt kein Zweifel bestehen. Das gilt für das ganze Land, nicht nur für den Süden Bayerns.

Herr Kollege Kaiser, Sie haben gesagt, es gebe nur drei Konzepte, nämlich für die Biotechnologie, die Luft- und Raumfahrt und die Satellitennavigation.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Diese sind beschlossen!)

– Diese Konzepte wurden beschlossen. Weitere Konzepte werden im Laufe des Jahres vorgelegt.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Hoffentlich!)

Es geht nur der Reihe nach und nicht alles auf einmal. Die weiteren Konzepte werden mit der Wirtschaft und mit den Hochschulen formuliert. Nach Vorlage der Konzepte werden die Aktionsschwerpunkte definiert, dann kann man sie beschließen. Zehn Konzepte gibt es dann für den produktionsorientierten Bereich, fünf Konzepte für den High-tech-Bereich. Darauf haben wir uns konzentriert.

Zu Ihrer Aussage, in den letzten Jahren hätte unsere Wirtschaftspolitik nichts gebracht, kann ich nur sagen, dass wir bei der Gründerdynamik mit 28 % bei den Patentanmeldungen deutschlandweit Spitze sind; Baden-Württemberg liegt bei 24 %, Nordrhein-Westfalen bei 18 %, obwohl es um die Hälfte größer ist, dort kann man immer schön Benchmarking machen. Wir liegen auch bei der Gründerdynamik an der Spitze der Länder Westdeutschlands.

Im Jahr 2002 haben wir in Bayern rund 25 000 Neugründungen verzeichnet. In Nordrhein-Westfalen müsste man eigentlich um die Hälfte mehr Neugründungen verzeichnen können, doch dort liegt man nur über der Hälfte mit etwa 16 000 Neugründungen. Dann folgen die anderen Länder mit unter 10 000 Neugründungen. Genauso ist es bei der Entwicklung der Ausfuhr. Bayern ist auch hier unter den Flächenländern an der Spitze. Gleiches gilt für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, wo Bayern im 10-Jahres-Vergleich die Spitze stellt. Genauso ist es im Hinblick auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Bayern hat in den letzten zehn Jahren als einziges Land Zuwachs zu verzeichnen. Alle anderen Länder haben an Beschäftigung verloren. Sie aber kommen und sagen, die Arbeitslosigkeit ist nicht abgebaut worden. Das stimmt, weil wir innerdeutsch 600 000 Zuwanderer gehabt haben. Die Leute ziehen aus den Bundesländern, in denen SPD und GRÜNE regieren, weg und kommen nach Bayern, weil sie hier eine Chance haben. Das ist die Wirklichkeit. Weil wir Arbeitsplätze haben, verzeichnen wir einen Zustrom, und würde man die Zuwanderung herausstreichen, dann müssten wir vermutlich Arbeitskräfte importieren.

Bei der Arbeitslosenquote liegen wir nach Baden-Württemberg an zweiter Stelle im Ländervergleich. Baden-Württemberg hat aber kein Nachbarland, das Höchstfördergebiet ist und kein Nachbarland, das Niedriglohngelände ist und Höchstfördergebiet wird. Baden-Württemberg hat um sich herum schöne blühende Marktwirtschaften. Das haben wir nicht. Deshalb haben wir auch andere Probleme auf regionaler Ebene. Diese Probleme wollen Sie aber nicht registrieren, weil es nicht in die Schablone Ihrer Argumentation passt. Wenn man all diese Punkte zusammennimmt, dann haben wir eine sehr erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben. Diese Politik kann sich nicht nur sehen lassen, sondern sie steht im Ländervergleich als die erfolgreichste da.

Herr Runge trat hier als wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN auf. Ich dachte, das sei Herr Magerl geworden, nachdem Sie, Herr Runge, im Wirtschaftsausschuss abgemeiert wurden. Ich sehe, dass Sie hier Herrn Magerl nicht auftreten lassen, denn außer zu protestieren versteht der nichts von der Wirtschaft.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Aber auch Sie, Herr Runge, haben den Kontakt zu den Themen verloren. Ihre Rede hier hat sich angehört, als hätten Sie Ihr Archiv ausgeräumt und alle alten Platten noch einmal kurz aufgelegt.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Das war heute eine kleine Nostalgiefest. Was wir in den letzten Jahren schon gehört haben, das haben Sie heute in abgewandelter Form noch einmal vorgetragen. Deshalb muss man darauf auch gar nicht weiter eingehen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo war denn bei Ihnen das Neue?)

– Was die Offensiven bei uns gebracht haben, habe ich gerade aufgelistet.

Zur Industriepolitik: Wenn Sie überhaupt mit jemandem darüber reden wollen, dann reden Sie einmal mit Herrn Trittin, was er für eine Industriepolitik betreibt, denn er ist einer von denjenigen, die den Industriestandort Deutschland ruinieren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und Sie wollen auch Atomkraftwerke!)

Solange die GRÜNEN Industriepolitik à la Trittin betreiben, brauchen sie bei diesem Thema nicht mitzureden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kaiser hat davon geredet, dass wir den Standort Deutschland schlechtreden.

(Zuruf von der CSU: Kaiserschmarrn!)

Das tun wir nicht, doch Sie werden uns erlauben müssen, dass wir die Dinge sauber analysieren. Das tun wir, ob es bequem ist oder nicht. Derjenige, der den Standort schlechtgeredet hat, zum Glück mit mäßigem Erfolg, das waren Sie, als Sie im letzten Jahr in Oberbayern, in Niederbayern und in Schwaben herumgezogen sind, als Sie in jedem Regierungsbezirk verkünden wollten, die Staatsregierung würde den jeweiligen Regierungsbezirk vernachlässigen. Geglaubt hat Ihnen das keiner. Die Aktion war überflüssig und vor allem sachlich falsch. Wenn Sie aber dann derjenige sind, der behauptet, wir würden den Standort Deutschland schlechtreden, dann hört sich das schon seltsam an. Man sollte, wenn Sie uns unsere Argumente nicht abnehmen, einmal nachlesen, was die Bundesbank sagt, die OECD, der Internationale Währungsfond und die Europäische Union. Letztere sagt, dass Deutschland Europa in der Bilanz nach unten zieht statt nach oben und die Statistik bei den Arbeitslosen beeinträchtigt. Sie sagt, es ist längst an der Zeit, den Kurs zu korrigieren, weil wir bei der Wachstumsdynamik am Schluss stehen. Auch beim Bruttoinlandsprodukt stehen wir umgerechnet pro Kopf ziemlich am Schluss. Meine Damen und Herren, all diese Dinge sind nicht zu bestreiten. Deshalb habe ich mich amüsiert, als Sie mir den

Glöggler-Konzern vorgehalten haben. Diese Debatte war doch längst beendet, als ich Wirtschaftsminister geworden bin.

Ein Zweites muss ich Ihnen sagen. Man kann Betriebe sanieren, über deren Fortführung entscheidet aber das Management und nicht ich.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

– Über die Fortführung entscheidet das Management, Sie bringen hier einiges durcheinander. Im Übrigen wird bei Grundig die Staatsbürgerschaft nicht hängen bleiben. Da haben Sie irgendetwas Falsches gelesen oder irgendjemand hat Ihnen etwas Falsches erzählt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat er doch nicht gesagt!)

Ich bin gespannt, was der Rechnungshof wissen will.

Zu Frau Kollegin Kamm will ich nur sagen, dass Cluster-Bildung und Behördenverlagerung in der Regel zweierlei Dinge sind. Insofern ist das Thema verfehlt worden. Kollege Runge hat zum Schluss das Thema Transrapid angesprochen, um überhaupt etwas hochzuziehen. Alles andere war nur Kraut und Rüben. Dazu kann ich nur sagen: In dieser Frage sind Eure Kameraden am Zug. Entschieden wird in Berlin. Rot-Grün hat gesagt, wir wollen den Transrapid. Das steht in Eurer Koalitionsvereinbarung.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Aber Sie müssen das Geld haben!)

Von Rot-Grün kommt die Entscheidung. Der Transrapid ist ein deutsches Projekt, das in Bayern realisiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn Rot-Grün in Berlin sagt, das wollen wir nicht mehr, dann ist es zu Ende. Wenn Rot-Grün in Berlin sagt, wir wollen das und die Bodengruppe in Bayern dagegen spricht, das kann doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema wird in Berlin entschieden, nicht hier. Wenn Berlin sagt, wir wollen das, dann werden wir das machen. Wenn Berlin es aber nicht will, dann werden wir das Projekt nicht durchziehen. Ich erinnere an den Silvestertag vor einem Jahr, als Schröder in Shanghai verkündete: „Wir bauen ihn.“ Herr Clement und Herr Stolpe haben Beifall geklatscht. Herr Schröder sagt immer noch: Wir bauen ihn. Herr Schröder sagt nicht, Bayern baut ihn. Der Bund will dieses Projekt.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Was ist mit Ihrem Finanzierungskonzept?)

Der Bund ist in der Finanzierungs- und in der Verantwortungs- und kommt auch nicht heraus.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie haben gesagt, dass Sie das finanzieren!)

Das Konzept liegt vor.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Haben Sie es denn verlegt?)

Das Konzept hat Herr Stolpe, und er hat auch im Haushaltsausschuss den Antrag auf 800 Millionen Euro Zuschuss gestellt.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das ist aber abgelehnt worden!)

– Das hat der Haushaltsausschuss abgelehnt. Das Konzept kommt aber wieder, und jetzt muss der Bund eben sagen, was er will. Man kann doch nicht sagen, wir haben zwar 2,3 Milliarden im Haushalt, aber wir geben nur 550 Millionen Euro her. Diese Rechnung geht nicht auf. Wenn der Bund das Projekt will, dann muss er auch bezahlen, und er muss sich bald entscheiden. Bei Euch wird er vorher sicherlich nicht nachfragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mit einem Dank an Sie, Herr Staatsminister, ist damit Tagesordnungspunkt 10 erledigt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 12

Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider, Renate Dodell, Eduard Nöth und anderer (CSU)
Schulorganisation an den Hauptschulen (Drucksache 15/904)

Ich eröffne die Aussprache. Als Redezeit pro Fraktion sind fünfzehn Minuten vorgesehen. Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Stahl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Stahl (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Cluster-Bildung steigen wir herab zu den Niederungen der Hauptschule.

(Karin Radermacher (SPD): Wieso Niederungen der Hauptschule? Was heißt denn das?)

– Die Hauptschule ist uns viel wert. Wir haben jetzt aber eine Debatte über Hochtechnologie gehabt. Bleiben Sie ruhig.

(Heiterkeit bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Das war schon bezeichnend!)

– Was haben Sie für einen Schmerz?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, mit dem Antrag auf Drucksache 15/904 hat die CSU-Fraktion die künftige Schulorganisation an den Hauptschulen in Bayern aufgegriffen. Ziel

des Antrags ist, die Hauptschule als Ganzes langfristig zu stärken.

(Marianne Schieder (SPD): Ziemlich langfristig!)

- Ich glaube, wir haben bisher die Hauptschule gestärkt, aber Sie haben sich mit anderen Dingen befasst.

Im Klartext gesprochen: Die Konkurrenzfähigkeit der Hauptschule zu anderen Schulformen muss erhalten bzw. gestärkt werden. Ausgangspunkt für diese Anstrengungen bzw. die Neuorganisation ist die Tatsache, dass mit der Einführung der sechsstufigen Realschule die Teilhauptschule I ihre Funktion als Übergangsschule von der Grundschule zur Realschule bzw. zum Gymnasium verloren hat. Das Übertrittsverhalten hat sich geändert. Regelübergänge zur R 6 erfolgen nach der Jahrgangsstufe 4. Die Statistik weist nach, dass im Schuljahr 1975/76 nach der Jahrgangsstufe 4 76 % eines Jahrganges in die Hauptschule übergetreten sind. 1995/96 sind es nur noch 67 % gewesen. 2000/01 waren es 53,4 %, 2002/03 waren es 45,5 %. Für das Schuljahr 2004/05 wird wiederum ein Minus von 12 900 Schülern gegenüber dem vorherigen Schuljahr zu verzeichnen sein. Auch die demografische Entwicklung führt dazu, dass die Teilhauptschulen nicht mehr die notwendigen Mindestschülerzahlen und -klassenstärken erreichen. Die Prognosen für die Zukunft sehen für die Hauptschule weiterhin sinkende Schülerzahlen voraus.

Ich möchte nicht verhehlen, dass die M-Züge an den Hauptschulen ein Erfolgsmodell sind. Die M-Züge stärken die Hauptschule, genauso die Praxisklassen. Die M-Züge an den Hauptschulen werden weiterhin als Chance für langsamer lernende Schüler erkannt.

Trotzdem besteht Handlungsbedarf. Nach unserer Überzeugung muss eine Hauptschule alle Jahrgangsstufen von 5 bis 9 bzw. 10 umfassen. Dafür sind die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Damit werden wir die Hauptschule stärken und wettbewerbsfähig als alternative weiterführende Schule anbieten können.

Mit der Elternschaft und der Wirtschaft muss eine pädagogische Einheit gebildet werden. Dazu ist eine neue Organisation notwendig. Die gegenwärtige Hauptschulorganisation basiert noch auf einer erheblich größeren Schülerzahl. Der veränderten Situation wird damit nicht mehr Rechnung getragen. In vielen Teilen Bayerns haben wir Probleme mit der Teilhauptschule I. Wir streben mit unserem Antrag deshalb eine inhaltliche und organisatorische Stärkung an. Ein stimmiges Konzept muss erarbeitet werden, das auf die örtlichen Gegebenheiten regional und schulisch abgestimmt ist. Wir wollen, dass die Kommunen eingebunden werden.

Wir müssen also auf eine längerfristige solide Struktur hinwirken, die den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Dabei soll es möglich sein, die Klassen einer Hauptschule auf mehrere Standorte zu verteilen; das ist uns sehr wichtig. Dieses Konzept, das wir anstreben, muss auf jeden Landkreis oder jede Stadt speziell zugeschnitten werden. Dafür werden wir Anstrengungen unternehmen.

Unser Antrag fordert den Erhalt der Wohnortnähe der einzelnen Schule und den Erhalt bzw. die Herstellung der Einheit der Hauptschule. Wenn möglich, soll die Hauptschule zweizügig geführt werden, um dem Anspruch der Wohnortnähe gerecht zu werden. Die Hauptschulen sollen aber auch einzügig geführt werden können, wenn damit auf Dauer ihr Bestand gesichert ist. Die Staatsregierung soll bis zum 15. Oktober 2004 einen Bericht geben.

Inhaltlich wollen wir mit dem neuen Lehrplan Anstrengungen zur Verbesserung der Hauptschule unternehmen. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir bitten um konstruktive Mitarbeit. Für gute Vorschläge sind wir immer aufgeschlossen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Erst zerschlagen Sie die Strukturen, dann bauen Sie sie wieder auf!)

- Ich habe geschildert, dass sich die Situation verändert hat. Wenn es nach der SPD oder den GRÜNEN gegangen wäre, dann hätten wir wahrscheinlich schon längst keine Hauptschule mehr.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Wir hätten dann eine andere und bessere Schule!)

- Das glaube ich nicht ganz. Sie müssen nur die Studien lesen. Sie werden dann erkennen, dass Bayern an erster Stelle steht.

(Widerspruch der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir wollen zwar nicht kundtun, dass wir nicht besser werden könnten. Bayern steht aber an der Spitze. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als nächste Rednerin darf ich Frau Kollegin Schieder ans Mikrofon bitten. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Marianne Schieder (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Stahl, diese Rede, diese Interpretation des von der CSU auf den Weg gebrachten Konzeptes zur Reform der Hauptschulen war an Schönfärberei – um nicht zu sagen: an Heuchlerei und Scheinheiligkeit – nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Alleine die Aussage, „Wir kommen jetzt zu den Niederungen der Hauptschule“, zeigen die Geisteshaltung, die dahinter steckt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht Ihnen in diesem Konzept eben nicht um die Stärkung der Hauptschule; es ging Ihnen nie darum. Bislang

haben Sie die Hauptschule nur geschwächt. Ich erinnere an die Konsequenzen für die Hauptschulen aufgrund der Einführung der R 6. Nichts ist für die Hauptschulen getan worden.

Dieser Antrag – wenn Sie ihn genauer durchlesen – ist der Versuch, ein groß angelegtes Hauptschulauflösungsprogramm mit einem schöneren Etikett zu versehen und das Ganze als großen pädagogischen Fortschritt und dringende pädagogische Notwendigkeit zu verkaufen. Mit einer Stärkung der Hauptschule hat das Ganze nichts zu tun. Das Konzept zielt einzig und allein auf die Standortverringering, und zwar auf eine enorme Standortverringering. Es zielt auch auf eine enorme Lehrereinsparung ab. Um etwas anderes geht es darin nicht. Schauen Sie sich bitte diese vier so harmlos formulierten Spiegelstriche an. Darin kommen plötzlich Wahrheiten ans Tageslicht, von denen Sie vor der Wahl nichts wissen wollten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als ich im Rahmen einer mündlichen Anfrage den Herrn Staatssekretär, der es offensichtlich nicht nötig hat, bei diesem Thema hier zu sein, - -

(Widerspruch bei der CSU)

– Er bekommt nichts mit. Ich meine, das Thema ist ernst genug.

Als ich den Herrn Staatssekretär vor der Wahl gefragt habe, ob es Ziel der Staatsregierung sei, die einzügige Hauptschule abzuschaffen, hat er gefragt: niemals, wie ich nur auf die Idee käme. Die Kultusministerin hat vor der Wahl hier in etwa mit folgenden Worten gedroht: „Wenn Sie hier noch einmal behaupten, dass wir bei den Hauptschulen Schulen zusammenlegen wollen, dann muss ich mir überlegen, wie ich Ihnen beikommen kann.“

Jetzt schauen Sie sich an, was in dem Antrag enthalten ist. Im ersten Spiegelstrich heißt es, es gehe um den Erhalt und die Herstellung der Einheit der Hauptschulen. Das bedeutet einen Beschluss zur Auflösung der Teilhauptschulen, und zwar aller Teilhauptschulen. Sie wissen doch, dass dieser Prozess inzwischen schon längst eingeleitet ist, und zwar über die Nichtgenehmigung von Neubauten für Turnhallen – wie wir vor kurzem im Rahmen einer Petition festgestellt haben –, die Nichtgenehmigung von Renovierungsmaßnahmen und über die Zusammenfassung von Teilhauptschulen in organisatorischer Hinsicht mit den nächstgelegenen größeren Hauptschulen. Es geht noch weiter: Im nächsten Spiegelstrich heißt es, wenn möglich, sollten Hauptschulen zweizügig geführt werden. Dann wird davon gesprochen, dass es wegen der Wohnortnähe Ausnahmen geben solle. Wenn man dann genauer hinschaut und sich fragt, worin die Ausnahmen bestehen könnten, dann kann man lesen, dass die Ausnahmen nur dann möglich sind, wenn der Bestand der Schule auf Dauer gesichert ist.

(Siegfried Schneider (CSU): Das ist doch losgisch!)

– Es geht darum, was der Begriff „auf Dauer gesichert“ heißt, Herr Kollege Schneider.

Von dem, was wir als Antwort bekommen haben, war bislang noch nie die Rede. Im Bildungsausschuss wurde uns durch den Vertreter des Ministeriums gesagt, dass eine Hauptschule nur dann auf Dauer als gesichert anzusehen ist, wenn sie über Jahre hinweg eine Mindestschülerzahl pro Jahrgang von 20 bis 23 Schülerinnen und Schüler aufweist. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die momentane Mindestschülerzahl bei den Hauptschulen bei 15 liegt. Ich bitte Sie zu Hause – vor allem in den ländlichen Stimmkreisen – einmal zu überprüfen, was das bedeutet. Das bedeutet zum Beispiel bei uns in der Oberpfalz, dass es in vielen Altlandkreisen eine einzige zentrale Hauptschule geben wird, weil alle anderen, auf die nächsten fünf Jahre gerechnet, die Mindestschülerzahl von 23 Schülerinnen und Schüler nicht aufweisen werden.

Es wird auch immer darauf hingewiesen, dass man wegen so geringer Schülerzahlen und vor dem Hintergrund, dass die Mindestschülerzahl erreicht werden solle, nicht ernsthaft verlangen könne, solche Hauptschulen zu erhalten. Sie wissen ganz genau, dass es uns darum auch nicht geht, denn wenn eine Schule über Jahre hinweg nur 10 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang hat, dann führt kein Weg an einer Zusammenführung vorbei. Jetzt geht es aber um eine Mindestschülerzahl von 20 bis 23. Wenn Sie aus kosmetischen Gründen in einem weiteren Spiegelstrich betonen, dass es Ihnen um den Erhalt der Wohnortnähe geht, dann kann das nicht zu den anderen Aussagen passen, denn die Wohnortnähe der Hauptschulen kann damit nicht erhalten werden.

Es gibt noch einen weiteren Spiegelstrich, der nach meinem Empfinden nur zur Beruhigung der Betroffenen dienen soll. Es heißt, es sollten hinsichtlich der Reform Neubaumaßnahmen vermieden werden und Organisationsänderungen sollten im Rahmen des vorhandenen Raumbestandes gewährleistet werden. Ich bin einmal gespannt, wie das Ganze konkret vor Ort ausschauen wird. Es ist von „kann“ und „soll“ die Rede, damit man sich nicht konkret festlegen muss.

Wie immer, wenn es um die Umsetzung von Grausamkeiten geht, fordern Sie die artige Mitarbeit und die Einbeziehung der Kommunalpolitiker und der Betroffenen vor Ort. Das fällt Ihnen aber immer nur dann ein, wenn es einen Mangel zu verwalten gibt. Das ist doch eine ganz bequeme Aufgabe; man führt die Bürgermeister an einen Tisch und schaut zu, wie sich diese über den künftigen Schulstandort die Köpfe einschlagen, während man selber fein heraus ist. Man kann dann sagen: Wir haben das ja nicht entschieden. Wir erleben das zurzeit auch im Bezug auf die Umsetzung der Sparmaßnahmen an den Universitäten. Da wird gesagt: Es war der Rektor der Universität Regensburg, der darauf gedrungen hat, die Lehrerbildung für Grund- und Hauptschulen aus Regensburg wegzunehmen. Also: Man lässt den Mangel vor Ort verwalten, sonst schafft man aber bis in die Details oben an, was zu tun ist.

Ich denke, dass dieses Konzept vom Sparwillen geprägt ist, da es ein einziges Sparprogramm ist. Dieses Sparprogramm wird zulasten des ländlichen Raumes gehen. Vielen Kommunalpolitikern vor Ort ist bis heute nicht klar, dass mit dem Konzept eine riesige Welle von Auflösungen von Hauptschulen verbunden sein wird und dass durch

den Verlust der Schulen den Gemeinden im ländlichen Raum eine wichtige Funktion, die über die Schule hinaus von Bedeutung ist, weggenommen wird. Ich meine, alle die sich realistisch und ehrlich mit der Situation der Hauptschulen befassen, wissen, dass wir keine großen Standortdebatten für unsere Hauptschulen brauchen und auch keine großen Standortauflösungsprogramme. Wir bräuchten stattdessen eine Kultusministerin und Bildungspolitiker, die bereit wären, sich mit der wirklichen Situation an der Hauptschule auseinanderzusetzen und die Verhältnisse realistisch zur Kenntnis zu nehmen. Wir bräuchten eine Kultusministerin und Bildungspolitiker, die bereit wären, sich mit den echten Bedürfnissen und den wirklichen Anliegen der Hauptschulen zu befassen und die auch bereit wären, die für die Hauptschulen notwendigen Lösungen auf den Weg zu bringen.

Ich möchte nur zwei Beispiele nennen:

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

– Ja, Herr Nöth, ich muss es leider so sagen. In Ihren Reihen kann ich solche Politiker nicht erkennen, sonst müsste in einem solchen Antrag, in dem es um die Stärkung der Hauptschulen geht, etwas anderes drinstehen. Es wird nur von der Auflösung von Standorten gesprochen, etwas anderes steht nicht drin.

Es gibt zwei Dinge – Sie wissen das ganz genau –, die für die Hauptschulen dringend notwendig wären, nämlich einmal eine massive Unterstützung hinsichtlich des Bedarfs an Fachpersonal sowie eine Unterstützung für die ständig steigenden erzieherischen Aufgaben. Wir bräuchten dazu einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit – das wird aber nicht gemacht – und wir bräuchten vor allen Dingen ausreichende Ressourcen, um an den Hauptschulen eine möglichst individuelle und intensivere individuelle Betreuung und Förderung für Schülerinnen und Schüler zu erreichen, um zum Beispiel die hohe Zahl von Schülerinnen und Schüler verringern zu können, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Bei den Hauptschulen trifft zu, was wir überall feststellen können: Unsere Schulen, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern sowie die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort werden vom Kultusministerium, von ihrer Kultusministerin, allein gelassen. Es gibt kein Verständnis für ihre Sorgen und Nöte und es gibt keine Lösungen für die zu bewältigenden Aufgaben. Sparwut und blinder Aktionismus bestimmen die Richtung und nicht pädagogische Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Das konnten wir auch gestern Vormittag feststellen, als es um das achtjährige Gymnasium und die große Not, die an den Schulen herrscht, ging. Heute sind die Zeitungen voll davon, dass bis zu 40 bzw. 50 Stunden pro Woche nicht erteilt werden können und dass man nicht weiß, wie das Problem gelöst werden soll. Es gibt von Ihrer Seite keine Antwort darauf – gestern den ganzen Tag nicht und auch

heute habe ich nichts von Ihnen gehört. Wir stellten gestern die Sparwut fest, als es um die Gewährleistung einer ausreichenden Lehrerversorgung für Bayerns Schulen ging – keine Antwort, wie die auf die Reihe gebracht werden kann. Wir stellen das Gleiche jetzt bei den Hauptschulen fest – außer Sparwut und Aktionismus keine Antwort, wie die wirklichen Probleme gelöst werden sollen. Auch beim nächsten Tagesordnungspunkt werden wir das Gleiche feststellen, wenn es um den Umgang mit Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag an den beruflichen Schulen geht – trotz Annahme des Obersten Rechnungshofes Konzeptlosigkeit. Kein Geld und keine pädagogische Vorstellung davon, was dort getan werden kann und wie den jungen Menschen der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke abschließend, wir werden über die Zukunft der Hauptschulen noch sehr viel zu diskutieren haben. Sie wissen es und Sie werden es noch mehr erfahren: Wenn bekannt wird, was diese Grausamkeiten vor Ort bedeuten und in welchem Umfang es eine Auflösung von Schulstandorten geben wird, dann werden wir im Rahmen von Petitionen, von Dringlichkeitsanträgen und vielen Debatten über dieses Thema noch einmal reden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatssekretär Freller zu Wort gemeldet.

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Bei zahlreichen Veranstaltungen habe ich immer wieder gesagt: Für mich gilt der Satz: Die Kinder mit den kürzesten Beinen brauchen den kürzesten Schulweg. Das ist eine klare Aussage für die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Grundschule. Das ist mir wichtig zu betonen, weil wir darauf achten müssen, dass bei allen Reformen und bei allen Sparmaßnahmen die Kleinsten in unserem Schulsystem nicht mit besonderen Problemen konfrontiert werden. Wir müssen vermeiden, dass sie schon früh im Winter an Bushaltestellen warten und kilometerweit fahren müssen. Deswegen wird die CSU-Fraktion – dessen bin ich sicher –, aber natürlich auch die Staatsregierung, alles unternehmen, dass die wohnortnahe Grundschule – ich spreche im Augenblick von der Grundschule – gesichert bleibt.

(Zurufe von der SPD: Hauptschule!)

– Ich komme schon darauf. Wissen Sie, warum ich meine Rede mit dem Hinweis auf die Grundschulen beginne?

Bei der Diskussion um Teilhauptschulen wird nämlich von Ihnen oft der Eindruck vermittelt, als würde die gesamte Schule vor Ort schließen.

(Beifall bei der CSU)

Das möchte ich endlich entkräften, meine Damen und Herren.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ist es besser, wenn die 10jährigen schon kilometerweit fahren müssen?)

Wenn die Schließung einer Teilhauptschule diskutiert wird, haben viele Leute, die die Fachbegriffe nicht kennen, Angst, dass die ganze Schule vor Ort geschlossen wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Du meine Güte! So ein Unsinn!)

Es geht hier um die fünften und die sechsten Klassen, aber nicht um die Klassen eins bis vier. Das möchte ich einmal deutlich nach außen bringen. Denn wenn es um die Teilhauptschule geht, diskutieren wir nur über die Jahrgänge fünf und sechs, aber nicht über die gesamte Schule. Mir ist wichtig, dass diese Diskussion redlich geführt wird,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): In der fünften Klasse sind die Kinder auch erst 11 Jahre alt!)

weil ich den Eindruck habe, dass bei Ihren Presseveröffentlichungen und bei den Diskussionen, die Sie mit den Eltern führen, die Befürchtung vermittelt wird, als würde ein Schulstandort völlig ausgelöscht werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genauso wichtig wie die wohnortnahe Grundschule für die Kinder der Klassen eins bis vier ist für die Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe eine optimale Beschulung, eine optimale Vorbereitung auf das Leben. In einem differenzierten Schulwesen müssen sie auch innerhalb einer Schule und einer Klasse differenzieren können, wenn der Anspruch einer weiterführenden Schule auch ausgefüllt werden soll.

(Beifall bei der CSU – Werner Schieder (SPD): Hat jemand hier das Gegenteil behauptet?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Teilhauptschule hatte ihre Begründung darin, dass man damals sagte: Die Realschule beginnt ab der siebten Klasse, und die Schüler sollen nach der vierten Klasse nicht zwei Jahre auf irgendeine andere Schulart geschickt werden, um dann erst auf die Realschule gegeben zu werden. Diese Begründung war zum Zeitpunkt, als die 4-stufige Realschule bestand, völlig stichhaltig und korrekt. Aber die 4-stufige Realschule gibt es nicht oder kaum mehr. Wir werden also in Zukunft ganz anders als bisher bereits nach der vierten Klasse den Übertritt in alle anderen Schularten haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch das Problem!)

Die Hauptschule ist eine weiterführende Schule, die zu Recht den Anspruch erheben darf, dass sie nicht nur den Hauptschulabschluss, sondern den mittleren Bildungsabschluss vermittelt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Durch Ihre Politik ist sie eine Restschule geworden!)

Nein, die Hauptschule ist eine weiterführende Schule. Niemand von Ihnen käme heute auf den Gedanken zu fordern, dass die ersten drei Klassen des 8-jährigen Gymnasiums in Ort A beschult werden, während die nächsten fünf Klassen in Ort B unterrichtet werden. Wenn wir das tun wollten, würden wir als verrückt verschrien. Auch, wenn das an der Realschule geschähe, würde man uns auch fragen: Seid Ihr denn wahnsinnig? – Ihr könnt doch nicht die Klassen fünf bis sechs in Ort A und die Klassen sieben bis zehn in Ort B beschulen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben eben ein anderes Verständnis von Schule; das haben wir schon festgestellt!)

Ausgerechnet dieses Recht, das man dem Gymnasium und der Realschule zuspricht, nämlich an einem Ort komplett zu sein, will man den Hauptschulen absprechen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie zäumen mit Ihrer Argumentation doch das Pferd von hinten auf!)

Sie müssen die Argumentation sehen, wenn Sie der Hauptschule gerecht werden wollen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann sagen Sie doch gleich, dass Sie sie schließen wollen! – Marianne Schieder (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Liebe Frau Schieder, Sie wissen ganz genau, dass wir in den letzten Jahren mit einer Intensität sondergleichen die Hauptschulen mit den M-Klassen gestärkt haben. Über 37 Prozent der Schüler besuchen die Hauptschule.

(Marianne Schieder (SPD): Vor Ort wissen sie aber nichts davon!)

Wissen Sie, wie Sie die Hauptschule kaputtgemacht haben? Indem Sie sie jahrelang als Restschule bezeichnet haben.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Das ist eine Lüge!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Karl Freller (Kultusministerium): Nein. Eine Schulart, die fast 40 Prozent der Schüler eines Jahr-

gangs hat, als Restschule zu bezeichnen, würde ich einer Partei nicht unbedingt empfehlen, die angesichts ihrer Prozentanteile selbst sehr schnell zur „Restpartei“ werden könnte.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Sie lügen, Herr Staatssekretär!)

– 37 Prozent sind es in der achten Klasse, das ist eine absolut korrekte Zahl. Diese Prozentzahl hält sich auch konstant, trotz der Einführung der R 6. Wir haben sehr viel in die Hauptschule investiert. Nennen Sie mir auch nur ein einziges Land, das von der SPD regiert oder in dem die SPD mitregiert, wo es auch nur annähernd solche Zahlen für die Hauptschule gibt. Die SPD hat die Hauptschulen in Deutschland kaputtgemacht.

(Beifall bei der CSU – Peter Welnhöfer (CSU): So ist es!)

Sie stellen sich demgegenüber als Retter der Hauptschulen dar. Gehen Sie doch einmal in andere Länder. Wo es jemals eine Hauptschule gegeben hat, gab es eine Gesamtschulreform, die alle kleinen Schulen zerstört hat. Als der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband vor vier Jahren sein Volksbegehren gestartet hat, haben Sie es unterstützt. Es hätte zur Folge gehabt, dass die Schullandschaft in Bayern wirklich ausgedünnt worden wäre.

(Beifall bei der CSU – Gudrun Peters (SPD): Wie kommen Sie denn da drauf?)

Gott sei Dank hat sich die Bevölkerung anders entschieden. Sie spielen sich hier als Retter der Hauptschule auf, die Sie vor fünf Jahren am liebsten minimiert hätten, was ihre Standorte betrifft.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie wollten sie doch tot machen! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer hat denn die Verantwortung? Jetzt muss ich schon mal fragen: Wir? Das habe ich nicht gewusst!)

– Entschuldigen Sie. Die Verantwortung liegt ganz wo anders.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn es schlecht läuft, haben wir sie, und wenn es gut geht, dann Sie? – Ist schon klar!)

Nein, hören Sie zu: Welchen Sinn macht es denn, wenn zum Beispiel an 100 Teilhauptschulen eigentlich nur noch eine einzige Klasse, eine fünfte oder sechste Klasse existiert? Es kann nicht die Bildungspolitik der Zukunft sein, dass man irgendwo eine einsame fünfte Klasse einer weiterführenden Schule hat und das als Schule bezeichnet. Damit würden wir auch den Kindern nicht gerecht.

Im Übrigen kommen die Eltern mittlerweile zu uns mit der Frage: Kann es sein, dass die Übertrittsquote an der oder jener Teilhauptschule deshalb so gering ist, weil man unbedingt den 15. Schüler halten möchte, um die Teilhauptschule erhalten zu können? – Ich unterstelle dies den

Schulen nicht, aber die Eltern stellen diese Fragen. Sie sind besorgt, weil um den 15. oder 16. Schüler gekämpft wird.

(Margaret Bause (GRÜNE): Das ist das Problem Ihres Systems!)

Wenn wir die Hauptschule stärken wollen, müssen wir ihr alle Möglichkeiten geben, wie sie auch das Gymnasium und die Realschule haben, nämlich eine entsprechende innere Differenzierung. Sonst kann die Schule nicht den Anspruch erheben, in gleicher Weise wie die Realschule zu einem mittleren Bildungsabschluss zu führen. Wir haben in Bayern eine Reihe von Regionen, in denen die Bevölkerungszahlen zurückgehen. Ich habe alles angeschaut, ich war in Oberfranken, wo die Kinderzahlen zum Teil um 50 Prozent zurückgehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist das Ergebnis Ihrer Wirtschafts- und Landesentwicklungspolitik!)

Ich rede jetzt von den schulischen Konsequenzen. Es macht doch keinen Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren, einzelne Klassen stehen zu lassen. Das Allervernünftigste – und das ist das Ziel unseres Antrags, der letztlich auch die Bildungspolitik der Staatsregierung darstellt – ist es, zu überlegen: Wie sieht die Hauptschule des Jahres 2005, 2007, 2010 und 2012 aus? Wir werden nicht ohne Not eine in sich stimmige, wenn auch vielleicht nur einzügige Hauptschule auflösen. Aber wenn die Schülerzahlen in dieser einzigen Teilhauptschule soweit heruntergehen, dass es jedes Jahr ein Theater zum Schuljahresende um die Frage gibt, ob die Schule im nächsten Jahr überhaupt noch 15 oder 16 Kinder hat, müssen wir reagieren.

(Marianne Schieder (SPD): Fünfzehn oder dreiundzwanzig? Das ist schon ein Unterschied! Vor der Wahl waren es noch 15!)

Auch bei 23 haben Sie ein großes Problem, wenn Sie noch differenzieren wollen, egal ob in Sport oder anderen Fächern. Sie tun sich wahnsinnig schwer mit dem Teilen, wenn es nur noch eine einzige Klasse gibt.

Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Großstädten schreien furchterlich auf – Ich kann Ihnen hierfür Belege bringen –, wenn dort in einer einzigen Klasse 31 oder 32 Kinder sind. Wir aber sagen: Dafür halten wir eine Klasse mit 15 Kindern an einer Teilhauptschule. Wenn wir in Religion oder in Sport teilen, haben wir noch sieben oder acht Kinder in einer Gruppe. Das kann es doch nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir stehen zur Hauptschule, aber wir möchten, dass die Konzeption auf dem Lande rechtzeitig zwischen dem Bürgermeister und dem Schulleiter abgestimmt wird, sodass man sagen kann: Diese Hauptschule hat Zukunft, diese Hauptschule gibt einer Region einen entsprechenden Charakter, bereichert die Schullandschaft und ist eingebettet in das Konzept der weiterführenden Schulen. Sie ist das, was wir seit drei oder vier Jahren aufbauen, nämlich eine Schule, die diesen Namen verdient, die Qualität an-

bietet und die den Schülern eine entsprechende berufliche Weiterqualifikation ermöglicht. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre ich dankbar, wenn der Antrag der CSU die Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses bekommen würde.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Zu Wort hat sich Frau Kollegin Tolle gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich kann Ihre Aufregung nicht verstehen. Ich empfehle Ihnen, sich etwas zu beruhigen; dann können Sie nämlich klarer denken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn ich mir nämlich Ihren Antrag anschau und klar denke, Herr Staatssekretär, dann muss ich Ihnen sagen: Mit diesem Antrag können Sie auf dem Land und in der Stadt machen, was Sie wollen. Das ist ein Freibrief, mit den Hauptschulen so umzugehen, wie es Ihnen gerade passt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden dann immer einen Spiegelstrich aus diesem Antrag zitieren und sagen: Das steht so im Antrag. Sie können machen, was Sie wollen. Die Hauptschulen werden dann eine Manövriermasse sein, und zwar immer dann, wenn Ihnen das Geld fehlt. Das ist doch Ihr einziges Motiv.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen halte ich diesen Antrag für die Bankrotterklärung einer Politik, die Sie mit der R 6 begonnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema, Herr Staatssekretär. Die Probleme, die Sie beschrieben haben, haben Sie nämlich deshalb, weil Sie zu früh differenzieren. Wir sieben unsere Kinder nach der vierten Klasse. Genau deshalb haben wir die bestehenden Probleme. Wir leisten uns mit dieser frühen Differenzierung das Risiko, dass wir Talente, die eventuell noch nicht soweit entwickelt sind, nicht finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Freller, ich wollte Ihnen auch gerne sagen: Die Bildungspolitik der Zukunft sieht für mich anders aus. Sie macht nämlich innere Reformen und passt dann die äußere Organisation diesen Reformen an. Sie doktern hingegen an einem System herum, das nicht wirklich erfolgreich ist – das wird die Zukunft zeigen. Wir brauchen kleinere Klassen. Herr Kollege Schneider, Sie haben das gestern bemängelt. Ich meine, es wird auch gehen, wenn wir grö-

ßere Klassen und mehr Lehrer haben und das Lernen anders organisieren.

Die Hauptschule ist für Sie ein Stiefkind. Sie stärken mit diesem Antrag die Hauptschule nicht, sondern Sie schwächen sie weiter, und zwar organisatorisch. Ihre Bildungsreform beschränkt sich auf die Organisation. Ihr Ziel ist nicht bessere Bildung. Sie wollen sparen, und zwar Stellen und Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus unserer Sicht ist eine Hauptschulreform anders anzugehen. Davon abgesehen meine ich, müsste es überhaupt einmal eine Revolution im bayerischen Bildungswesen geben. Wir könnten mit gutem Beispiel vorangehen. Darauf wäre ich dann auch sehr stolz. Solange dies aber nicht geschieht, fordere ich für meine Fraktion innere Reformen, vor allen Dingen, dass Sie das Image der Hauptschule wieder aufwerten. Das können Sie durch innere Reformen tun.

Sie nehmen den Kindern weiterhin etwas, was ich „lokal verwurzelte Identität“ nennen will, das heißt, ein soziales Korrektiv durch die Bindung an den Wohnort. Herr Kollege Freller, Sie haben eben die Grundschülerinnen und Grundschüler bedauert, die eventuell weit fahren müssen. Sie haben mir auf eine Anfrage selbst geantwortet, dass Sie sich nicht mehr auf einen zumutbaren Weg festlegen. Für mich bedeutet das, genau wie es Kollegin Schieder gesagt hat: Die Hauptschulreform wird analog der Geschichte mit den Kompetenzzentren bei den Berufsschulen ausgehen.

Ich möchte Sie gerne einmal fragen, wann Sie denn mit Ihren regionalen Konzepten begonnen haben. Sie wollen ja im Oktober berichten. Ich habe bei unseren Kommunen – vielleicht können mir das die Kolleginnen und Kollegen bestätigen – noch nicht gemerkt, dass regionale Vertreter an einem Tisch gesessen sind und sich über die Organisation und die Zukunft ihrer Hauptschule unterhalten haben. Sie können mir in einer Antwort aber gerne sagen, wann denn das für meinen Landkreis geschehen ist – dafür bedanke ich mich schon jetzt.

Herr Freller, Sie vergeben mit einer Konzentration der Hauptschulen die Chance, endlich kleine Klassen zu erhalten. Sie müssen nicht mit dem Problem argumentieren, dass diejenigen, die fünfzehn Schüler und Schülerinnen haben, den anderen die Stunden wegnehmen. Die Lösung Ihres Problems ist leicht: Auf der Straße stehen die Junglehrer; stellen Sie sie ein, dann sind die Probleme nicht mehr vorhanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben uns auch noch keine Antwort darauf gegeben – es gilt ja das Konnexitätsprinzip –, welche zusätzlichen Kosten für die Schülerbeförderung anfallen werden. Sie haben mir noch nicht beantwortet, wie das Problem der Gastschulbeiträge gelöst wird, wenn man gleichzeitig bei sich vielleicht leere Gebäude stehen hat.

Lange Rede kurzer Sinn: Sie geben den Schwarzen Peter wieder an die Kommunen, an die Hauptschüler und Hauptschülerinnen ab. Diese haben innere Reformen verdient. Ich freue mich auf Ihren erhellenden Bericht; vielleicht wird dann Ihr waberiger Antrag etwas konkreter.

Wir kaufen nicht die Katze im Sack. Ich wünsche mir eine Bildungsreform und eine Hauptschulreform, die ihren Namen verdient hat. Mit einer Konzentration werden Sie das nicht schaffen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Tolle. Frau Kollegin Schieder hat sich nochmals zu Wort gemeldet. Sie haben noch vier Minuten. Bitte schön.

Marianne Schieder (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär, es wäre mir wesentlich lieber gewesen, Sie hätten sich weniger in Rage geredet und wären stattdessen mehr zur Sache gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie an Plattitüden, an böswilligen und verunglimpfenden Unterstellungen von sich gegeben haben, ist an Dreistigkeit wirklich nicht zu überbieten. Zum Thema sind Sie aber nicht gekommen. Mir ist völlig klar, dass Ihnen daran liegt, jetzt über die Grundschule zu reden, obwohl es überhaupt nicht Thema ist, über irgendwelche anderen Dinge zu reden, damit Sie keine Antwort auf das geben müssen, was ich Sie gefragt habe, damit Sie nicht zugeben müssen, was Sie wirklich planen, nämlich eine von den Schülerzahlen – ich sage es noch einmal – völlig unabhängige massenhafte Auflösung von Hauptschulstandorten. Ich glaube, Sie hätten besser daran getan, sich hier herzustellen und zu sagen: Wir haben die Leute angelogen, als die R 6 eingeführt wurde und in der Diskussion um die R 6.

(Zuruf von der CSU)

– Herr Kollege, Sie werden doch wohl auch dabei gewesen sein, als dort immer und immer wieder betont wurde, dass die Einführung der R 6 gar keine Auswirkungen auf die Hauptschulen haben würde, geschweige denn auf die Hauptschulstandorte.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in keiner Diskussion gehört, dass sich daraus automatisch ergeben würde, dass die Teilhauptschulen geschlossen werden müssten, weil sie im Konzept keinen Sinn mehr ergäben. Ich habe immer und überall das Gegenteil gehört, dass natürlich die Teilhauptschulen selbstverständlich erhalten bleiben und dass daran überhaupt nicht gezweifelt werden kann. Noch vor der Wahl haben Sie überall betont, auch in der Oberpfalz, als Sie dort waren und von Schulleitern hinsichtlich der Frage der Einzigkeit und der Zweizügigkeit der Hauptschule bedrängt

wurden, dass zwar im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz stehen würde, dass eine Zweizügigkeit angestrebt wird, dass Sie das aber im ländlichen Raum mit Rücksicht auf die Wohnortnähe selbstverständlich niemals machen werden und das Sie keine Schule in Frage stellen werden, die die Mindestschülerzahl erreicht. Jetzt machen Sie aus der Mindestschülerzahl 15 aber die Mindestschülerzahl 23.

(Zuruf von der CSU)

– Herr Kollege, Sie winken ab. Sie werden dann schon sehen, wie Sie damit bei den Gemeinden ankommen, bei Ihnen genauso wie bei uns.

Herr Staatssekretär, es ist schon ein bisschen lächerlich, wenn Sie jetzt versuchen, die Opfer Ihrer Bildungspolitik aufeinander loszuhetzen, indem Sie fragen: Was sollen denn die Hauptschullehrer in den Großstädten sagen, die immer Klassen mit 30, 31 oder 32 Schülern haben?

Die Klassenstärke von 32 Schülern ist doch keines der zehn Gebote und wurde nicht von Mose in Stein gehauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Klassenstärke von 32 ist eine Ihrer politischen Vorgaben. Wenn Sie schon erkennen, dass diese Klassenstärke für die Ballungszentren zu groß ist, dann müssen Sie die Klassen eben teilen und Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erzählen Sie den Lehrern bitte nicht, Sie könnten nichts tun, weil es auf dem Land kleine Schulen gebe. Das ist eine Verkehrung der Tatsachen. Ich fordere Sie noch einmal auf, bei dem zu bleiben, was Sie den Leuten vor der Wahl gesagt haben. Bleiben Sie dabei, dass es in einem Flächenland wie Bayern auch einzügige Hauptschulen geben muss und es nicht angeht, dass wir pro Altkreis eine einzige Hauptschule haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Kollege Schneider. Sie haben noch sechs Minuten.

Siegfried Schneider (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist nachvollziehbar, dass sich der Herr Staatssekretär aufgeregt hat, weil er sehr viele unqualifizierte Zwischenrufe ertragen musste. Ich habe dafür größtes Verständnis.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Zwischenrufe, die ich gehört habe, haben gezeigt, dass die Zwischenrufer nur wenig von der Schule und der Bildungspolitik verstehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Bei allen bildungspolitischen Debatten ist es entscheidend, dass das Kind im Mittelpunkt der Überlegungen steht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Heuchler! Der Haushalt steht bei Ihnen im Mittelpunkt!)

– Hören Sie doch zu. Ich habe nur sechs Minuten. Herr Kollege Dr. Dürr, wenn Sie mir die Chance gäben, wenigstens vier Minuten zu sprechen, wäre ich Ihnen dankbar.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schneider, ich verspreche Ihnen, wenn Sie nicht zu Wort kommen, gebe ich Ihnen die Zeit dazu.

Siegfried Schneider (CSU): Frau Präsidentin, vielen Dank. Wir müssen in der Hauptschule die Organisation so gestalten, dass das Kind bestmöglich gefördert wird. Das ist der entscheidende Punkt dieses Antrags. Hier geht es nicht um Auflösungen oder um Fragen der inneren Reformen. Darüber können wir noch trefflich diskutieren. Hier geht es darum, wie eine Schullandschaft gestaltet werden muss, um den Schülerinnen und Schülern, die den Weg über die Hauptschulen gehen, die besten Bildungschancen zu eröffnen. Bildungschancen heißt, dass ein angemessenes Angebot vorhanden sein muss, dass differenziert werden kann, dass Schülern mit guter kognitiver Leistungsfähigkeit die mittlere Reife ermöglicht wird und Schülern, die eine besondere Förderung brauchen, Praxisangebote gemacht werden können. Frau Kollegin Schieder, das kann nicht funktionieren, wenn nur 15 oder 16 Schüler vorhanden sind.

(Marianne Schieder (SPD): Herr Kollege Schneider, hier ist von 23 Schülern die Rede!)

Wie wollen Sie das organisieren? Wenn Sie sich den Lehrplan und die Angebote der Hauptschule anschauen, stellen Sie fest, dass es in der 7. Jahrgangsstufe eine Wahlmöglichkeit zwischen drei Arbeitsfeldern gibt.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schneider, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pfaffmann? – Bitte, Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Schneider, wollen Sie damit sagen, dass die individuelle Förderung von Kindern nur dann funktioniert, wenn die Klassen möglichst groß sind? Sie sagten, wenn die Klassen klein seien, ginge das nicht. Der Umkehrschluss wäre, wenn die Klassen möglichst groß sind, würde die individuelle Förderung funktionieren.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte, Herr Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, ich habe gesagt, dass das Angebot an der Hauptschule sehr differenziert ist. Ich habe bereits gestern gesagt, wenn wir ein Füllhorn hätten oder Frau Holle uns permanent Goldtaler zuschütten würde, könnten wir für jedes einzelne Kind ein eigenes Programm machen. Das funktioniert jedoch in keinem staatlichen Schulsystem. Wir haben in der

Hauptschule Wahlpflichtangebote Technik, Bürokommunikation und soziale Arbeit. Diese Angebote können nicht aufrecht erhalten werden, wenn sie von zwei oder fünf Schülern in Anspruch genommen werden. Wir brauchen bestimmte Größen, andernfalls funktioniert die Differenzierung nicht. Das ist das Einmaleins. Wenn Sie das nicht kapieren, kann ich Ihnen leider nicht helfen.

Wir brauchen also bestimmte Größen, um das Angebot zu gewährleisten. Bei einem Gymnasium, das nur eine Klasse mit 15 Schülern hätte, könnten Sie kein differenziertes Angebot mit verschiedenen Fremdsprachen und Schwerpunkten machen. Das würde nicht funktionieren. In der Hauptschule gelten die gleichen Gesetze wie am Gymnasium.

Das Thema „Wohnortnähe“ ist uns sehr wichtig. Wenn wir nichts täten, würde sich in manchen Gebieten aufgrund der Entscheidung für das R6, aufgrund der demografischen Entwicklung aber auch aufgrund eines neuen Bildungsverhaltens und Bildungsaspiration der Eltern die Situation ergeben, dass Schulen keine Planungssicherheit hätten und dass immer mehr Schulen die 15er-Grenze nicht mehr erreichen.

(Marianne Schieder (SPD): Herr Kollege Schneider, wir reden hier nicht von 15 Schülern, sondern von 23!)

In Bayern gibt es Landkreise, die überhaupt keine Teilhauptschule I haben. In diesen Landkreisen wurde im Zuge der Schulstrukturreform eine andere Organisation festgelegt. Andere Landkreise haben 15 bis 16 Teilhauptschulen. Das ist zum Beispiel in meinem Stimmkreis der Fall. Wir setzen uns dort mit den Bürgermeistern zusammen und versuchen, ein regionales Konzept zu entwickeln, um die Struktur der Hauptschule in Zukunft aufrechtzuerhalten. Wenn wir das nicht täten, würden die Schülerzahlen in ein paar Jahren möglicherweise unkoordiniert einbrechen. Ich bin mit meinen Bürgermeistern im Gespräch.

Frau Kollegin Schieder, ich kenne Ihre Bürgermeister nicht. Ich glaube aber nicht, dass die bayerischen Bürgermeister an diese Sache herangehen werden, indem sie sich die Köpfe einschlagen. Sie werden vielmehr verantwortungsbewusste und auf die Zukunft gerichtete Entscheidungen treffen und mittragen, mit denen die Struktur aufrechterhalten wird. Das ist das Ziel dieses Antrags.

Vor Ort soll ein Konzept – unter Einbindung der kommunalen Verantwortlichen – erarbeitet werden, sodass Räumlichkeiten soweit wie irgend möglich genutzt werden. Außerdem soll im Gesetz verankert werden, dass die Einzügigkeit Bestand hat. Die Einzügigkeit setzt aber selbstverständlich das Vorhandensein einer gewissen Schülerzahl voraus. Wir werden noch darüber diskutieren, ob die Schülerzahlen bei 15, 16, 17, 18, 19 oder 20 Schülern liegen müssen. Im Antrag steht davon nichts. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der Antrag angenommen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass eine Reihe von Anträgen für erledigt erklärt wurden. Im einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Aufstellung.

(siehe Anlage 1)

Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 13

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Marianne Schieder und anderer und Fraktion (SPD)
Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag
– Keine Beschulung in Jungarbeiterklassen –
(Drucksache 15/1368)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt wiederum 15 Minuten. Frau Kollegin Pranghofer hat sich zu Wort gemeldet.

Karin Pranghofer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sommerpause naht. Wir wollen aber die Mehrheitsfraktion nicht in die Sommerpause entlassen, bevor sie den Schulabgängern eine Zusage gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine die Zusage, dass allen Ausbildungsbewerbern – auch denjenigen, die keinen betrieblichen Ausbildungsvertrag in der Tasche haben – im September oder Oktober ein berufliches Bildungsangebot gemacht wird, das den Einstieg – nicht den Ausstieg – in eine berufliche Zukunft sichert.

Ich darf Sie daran erinnern: In der nächsten Woche beginnen die Ferien. Ein großer Teil der Jugendlichen, die die Schule in der nächsten Woche verlassen werden, haben immer noch keinen Ausbildungsplatz. Ich zitiere jetzt die Zahl aus der Statistik vom Juni 2004. Danach haben 37 500 Jugendliche in Bayern noch keinen Ausbildungsplatz.

Auf einhundert unvermittelte Bewerber kommen nur noch etwa 42 Ausbildungsangebote. Wenn das so ist – und das ist auch so –, dann haben wir auch in Bayern ein sehr großes Ausbildungsproblem. Wir müssen erkennen, dass sogar in den Gewinnerregionen mit guten Ausbildungsangeboten wie München oder Oberbayern die Ausbildungskapazitäten zurückgehen. Das Angebot an betrieblichen

Ausbildungsplätzen in Bayern ist in diesem Jahr um 10,6 % gegenüber dem Vorjahresniveau gesunken. Gleichzeitig hat sich die Zahl derjenigen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, um 8 % erhöht.

Ich will Ihren Argumenten gleich vorbeugen. Ich habe die Schallplatte schon wieder im Ohr. Natürlich werden Sie nachher wieder sagen, an dieser Situation und all diesen Umständen sei wieder Rot-Grün Schuld.

(Beifall und Zustimmung bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon einmal die Frage gefallen lassen, warum Bayern im bundesweiten Vergleich den größten Rückgang an Ausbildungsplätzen hat. Nur Sachsen und Sachsen-Anhalt haben einen noch größeren Rückgang an Ausbildungsplätzen.

(Eduard Nöth (CSU): Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Das können Sie nachlesen.

(Eduard Nöth (CSU): Belegen Sie das mit Zahlen!
– Siegfried Schneider (CSU): Wo sind die Zahlen?)

Wenn es stimmt, dass Bayern im bundesweiten Vergleich, wie Sie immer sagen, wirtschaftlich noch Spitze ist, dann fragen wir uns schon, warum dieses wirtschaftsstärke Bayern nicht auch bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen eine so starke Position hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will hier aber nicht über die Schuldfrage diskutieren. Wir müssen das Problem lösen. Ich meine auch, wir müssen Antworten auf das Problem finden. Darauf möchte ich jetzt eingehen.

Als wir den Antrag vorgelegt haben, haben Sie im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport gesagt, Sie würden bis September oder Oktober warten, und dann würden Sie etwas tun. Ich frage mich nur, auf was Sie warten. Ich verstehe, dass Sie vielleicht der Meinung sind, dass die Maßnahmen, die die Bundesregierung eingeleitet hat, greifen und dass es doch noch zu einem guten Ergebnis kommt. Wir wollen aber nicht wissen, wie viele am Schluss keinen Ausbildungsvertrag haben, sondern wir wollen von Ihnen die Zusage haben, dass diejenigen, die keinen Ausbildungsvertrag haben, also die weder in einem Betrieb sind noch in einer Berufsfachschulklasse unterkommen, eine weiterführende Schule besuchen oder an irgendeiner Berufsvorbereitungsmaßnahme teilnehmen, dass auch diesen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot von Seiten des Landes Bayern gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf deshalb auf Ihren Bericht zurückkommen, den Sie mit einem recht unverdächtigen Titel dem Ausschuss in schriftlicher Form vorgelegt haben. Sie haben sich offensichtlich nicht getraut, diese Ergebnisse auch mündlich

vorzutragen. Der Titel lautet: „Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis“. Diesen Bericht haben Sie uns vorgelegt. Dieser Bericht ist sehr aufschlussreich, aber nicht etwa deswegen, weil es drei Jahre gedauert hat seit dem Prüfbericht des Obersten Rechnungshofs im Jahr 2001. Drei Jahre haben Sie also gebraucht, um die Missstände niederzuschreiben. Der Bericht ist deswegen aufschlussreich, weil darin ganz klar und deutlich wird, dass die derzeitige Situation an den Berufsschulen und das Angebot an die Jugendlichen ohne Auszubildungsvertrag ein Armutszeugnis bayerischer Schulpolitik darstellen. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen und ansprechen.

Der Bericht macht deutlich, dass Sie an den Berufsschulen kein ausreichendes Ausbildungsangebot schaffen. Wenn von 18 000 Jugendlichen ohne Auszubildungsvertrag im Jahr 2002/2003 egal aus welchen Gründen nur einem Drittel ein berufliches Qualifizierungsangebot in Form kooperativer oder integrativer Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit gemacht werden kann, während zwei Drittel – also 12 000 – überhaupt kein Ausbildungsangebot erhalten, sondern nur einen Tag Berufsschule in der Woche, dann ist das ein Armutszeugnis für die berufliche Bildung in Bayern.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist ein Skandal!)

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel aus meiner Region, dem bayerischen Untermain, der heute schon zur Sprache kam, schildern. In dieser Region sind in diesem Schuljahr 862 junge Leute ohne Auszubildungsvertrag.

(Eduard Nöth (CSU): Stand Juni?)

– In diesem Schuljahr! Die sind gerade ein Jahr in der Schule gewesen, wenn jetzt die Ferien beginnen. Von diesen 862 Schülerinnen und Schülern befinden sich 66 in einer einjährigen Berufsfachschule. 141 Schülerinnen und Schüler befinden sich in einem Berufsvorbereitungsjahr. Das ist eine schulische Maßnahme. Weitere 194 Schülerinnen und Schüler nehmen an Maßnahmen teil, die durch die Agentur für Arbeit finanziert werden. 461 von 862, also etwa die Hälfte, befinden sich in klassischen Jungarbeiterklassen. Die Schulleitungen, die das aufgeschrieben haben, schreiben darunter „nicht versorgt“. Damit haben sie Recht. Allein in unserer Region sind 500 Jugendliche und junge Menschen unversorgt. Sie haben lediglich dieses klassische Angebot der Jungarbeiterklassen.

Ich möchte zu dem Bericht auch sagen, dass Sie die Probleme ignorieren. Schon der Oberste Rechnungshof stellte in seinem Bericht fest, dass die Jungarbeiterklassen aus mehreren Gründen problematisch seien. Ich zitiere:

Die Unterrichtsgestaltung ist besonders schwierig, weil vielfach die Lernmotivation der Schüler fehlt. Die Zusammensetzung der Jungarbeiterklassen unterliegt auch während eines einzigen Schultags einem ständigen Wechsel, sodass ein geregelter Unterricht und insbesondere die Vermittlung von beruflicher Bildung erschwert oder sogar unmöglich wird. Die durchschnittliche An-

wesenheitsquote der Schülerinnen und Schüler in Jungarbeiterklassen liegt nach den stichprobenartigen Erhebungen des ORH zum Teil unter 50 %.

Meine Damen und Herren, wenn das kein Armutszeugnis Ihrer Schulpolitik ist, dann frage ich mich, was es sonst sein soll. Sie kennen auch die Probleme, das ist nun nicht abzustreiten. Die Probleme sind Ihnen seit Jahren bekannt, aber anstatt ein anderes Konzept vorzulegen, erdreisten Sie sich von der CSU sogar, im Landtag einen Antrag vorzulegen, der lautet: „Störenfriede raus“. Meine Damen und Herren, dieses Signal an die Jugendlichen zu geben, ist unmöglich. Welche Perspektiven schaffen Sie? Welche Motivation sollen denn die Schülerinnen und Schüler zum Lernen haben, wenn Sie ihnen nicht einmal eine berufliche Bildung anbieten? Was sollen also diese Schülerinnen und Schüler machen? Sie müssen sich nicht wundern, wenn diese jungen Leute nicht mehr in die Schule kommen.

Anstatt etwas zu ändern, passiert noch etwas Schlimmeres: Sie bestrafen die Schüler auch noch. Mir hat ein junger Mann, der in der Jugendarbeit tätig ist, gemailt, dass er sogar Fälle kennt, wo Jugendliche zu 100 Tagessätzen verurteilt worden sind, nur weil sie dieses besondere Angebot der Berufsschule nicht nutzen.

Sie kommen in Ihrem Bericht nun auch zu Schlussfolgerungen. Das ist rühmlich. Sie haben es sogar fett gedruckt. Ich zitiere:

Die Einführung eines verpflichtenden Vollzeitjahres an der Berufsschule in Form eines schulischen oder eines kooperativen Berufsvorbereitungsjahres wäre pädagogisch sinnvoll, da dadurch mehr Jugendliche bessere berufliche Perspektiven erhalten würden.

Da muss ich schon sagen: Das ist toll, was Sie da herausgefunden haben. Nur, das Resümee, das Sie daraus ziehen, bewerte ich anders. Es heißt da nämlich: Für dieses Angebot haben wir kein Geld. Das ist in dieser Sache das Unmögliche.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Krönung Ihrer bayerischen Schulpolitik.

Ich denke, das Problem, meine Damen und Herren von der CSU, sind nicht die Schülerinnen und Schüler, die die Bildung verweigern, sondern das Problem ist, dass Sie ihnen diese Bildung verweigern. Im Grunde ist das Problem die CSU, sind nicht die Schülerinnen und Schüler, die keine Perspektive sehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir Ausbildung für alle ernst meinen, dann muss auch für diejenigen ein Ausbildungsangebot da sein, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Das kann nicht irgendetwas sein, sondern es muss Qualität haben, es muss Sinn machen, es muss auf Ausbildung vorberei-

ten. Vor allen Dingen müssen möglicherweise auch Teile der Ausbildung angerechnet werden können.

(Beifall bei der SPD)

Diese Möglichkeiten sind nichts Neues. Diese Möglichkeiten hat Ihnen die Bundesregierung gegeben. Die SPD-geführte Bundesregierung hat sie in den letzten Jahren geschaffen. Beispielhaft darf ich die bundesgesetzlichen Verbesserungen in der Berufsvorbereitung nennen. Die Berufsvorbereitung ist jetzt in die Berufsausbildung integriert. Es gibt Qualifizierungsbausteine, die für eine Gesamtausbildung genutzt werden können. Auch diese könnten Sie in das Konzept einbauen. Sie könnten Teilqualifikationen anerkennen. All das ist Ihnen möglich.

Im Ausbildungspakt – er ist gerade in der aktuellen Diskussion – soll es zusätzliche betriebliche Praktikumsplätze geben. Auch das erfordert ein individuelles und qualitatives Schulangebot für die betroffenen Jugendlichen. Mit all diesen Möglichkeiten hätten Sie die Chance, hier endlich Konsequenzen zu ziehen und auch in den Berufsschulen ein Ausbildungsangebot zu schaffen, das allen Jugendlichen nützt, die ohne Ausbildungsvertrag bleiben.

Wichtig ist uns, dass es im Sommer keine Jungarbeiterklassen mehr gibt. Deswegen sage ich zum Schluss noch einmal: Machen Sie heute die Zusage. Weil wir wissen wollen, wer diese Zusage macht, beantrage ich für unsere Fraktion namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Namentliche Abstimmung ist beantragt.

Nach dem Stand der Beratungen darf ich darauf hinweisen, dass es bei bleibender Intensität der Beratungen kaum möglich sein wird, heute alle Anträge zu behandeln. Wenn deswegen die Reihenfolge geändert werden soll, müssten sich die Fraktionen untereinander verständigen. Ansonsten bleibt es in der bisher vorgesehenen Reihenfolge. Nach 14 Uhr kann es keine Abstimmungen mehr geben.

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anders als bei der Debatte um die Hauptschule möchte ich noch einmal zu meinen eingangs gemachten Einlassungen etwas klarstellen. Bei der beruflichen Bildung haben wir verschiedene Zuständigkeiten. Wir haben bei uns in Bayern und in Deutschland das bewährte System der dualen Ausbildung. Wir haben hier eine gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und Politik, und wir haben, was die schulrechtliche Gesetzgebung betrifft, eine gemeinsame Verantwortung für Bayern und Bund. Soweit zur Klarstellung.

Vollzeitschulische Ausbildungsgänge stehen seit Jahren an zweiter Stelle und werden auch von der Wirtschaft in diese Rangstellung gesetzt. Die berufliche Ausbildung, ob

mit oder ohne Ausbildungsvertrag, soll idealerweise immer in Verbindung mit beruflichen bzw. betrieblichen Erfahrungswerten stehen.

Meine Damen und Herren, wir haben mit großem Wohlwollen aufgenommen, dass die unselige Ausbildungsplatzabgabe im Bund zurückgestellt wurde. Man hat auf Bundesebene einen Ausbildungspakt geschlossen, der von der Bundesanstalt für Arbeit in den Inhalten mit umgesetzt werden muss, was Akquise von Plätzen betrifft.

Eine wesentliche Neuerung zu den zusätzlich zugesagten Ausbildungsplätzen ist hier im Gespräch. Dazu möchte ich, sehr geehrte Frau Kollegin Pranghofer, eines sagen: Sie können nicht Zahlen von Jugendlichen, die keinen Ausbildungsvertrag haben, bezogen auf den Schuljahresanfang letzten Jahres, mit Zahlen vergleichen, die zum heutigen Zeitpunkt gelten. Sie müssen da schon gleiche Stichtage nehmen.

Wir haben jedes Jahr ein so genanntes Ausbildungswunder. Aber dieses Wort möchte ich in Anführungszeichen gemeint haben. Immerhin gibt es jedes Jahr von Ende Juli bis Mitte September, wenn das Schuljahr begonnen hat, eine deutliche Mehrung. Ich bitte also wirklich um seriöse Zahlenvergleiche.

Meine Damen und Herren, wir haben nach Aussage unseres Kollegen Traublinger derzeit eine Mehrung der Ausbildungsplätze im Handwerk gegenüber dem vergleichbaren Stichtag letzten Jahres. Bayern hat sich an der Akquise von Praktikums- und Ausbildungsplätzen finanziell beteiligt. Der Arbeitsverwaltung werden Kosten erstattet, die im Zusammenhang mit der Findung einer ausreichenden Zahl von Plätzen entstehen.

Genau das ist jetzt unser Problem. Wenn es um konkrete Planungen für das nächste Schuljahr geht, können wir das neue Instrument zur Beschaffung der Praktikumsplätze zahlenmäßig derzeit noch nicht richtig nutzen. Wir müssen die Entwicklung in den nächsten Wochen abwarten. Wir haben die Hoffnung und die Chance, dass Betriebe, die aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation in Ausbildungsplätze nicht investieren können, die kostengünstigen und kostenfreien Praktikumsplätze zur Verfügung stellen.

Dennoch, Frau Kollegin Pranghofer, gebe ich Ihnen Recht, dass wir die Problematik der jungen Leute ohne Ausbildungsverhältnis nicht verharmlosen dürfen.

Welche Maßnahmen und Angebote gibt es bisher? Sie stellen es ja so dar, als ob die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion dieses Thema nicht behandelt hätten. Wir haben zusätzlich zu den traditionellen Berufsfachschulen, die vor allem in den sozialen Berufen bestehen, in Bayern jährlich neue einjährige Berufsfachschulen gegründet. Allein im letzten Jahr waren es 35.

Neu geschaffen haben wir die zweijährige Wirtschaftsschule als Berufsfachschule für Wirtschaft. Wir haben – das haben Sie auch vorgelesen – schon seit jeher vollzeitschulische Maßnahmen im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres. Zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit

gibt es die kooperativen und integrativen Maßnahmen, die sowohl Maßnahmen der Arbeitsverwaltung als auch gleichzeitig Beschulung durch die Berufsschule sind.

Bei Ihrem sehr detaillierten Bericht, Frau Pranghofer, haben Sie leider Gottes einen Punkt nicht erwähnt: dass die Bundesregierung in diesem Bereich der integrativen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung und der Schule Mittel gekürzt hat. Ich hoffe und fordere sie auf, dass Sie Ihre Forderungen nicht nur an Bayern richten, sondern auch an den Bund, hier keine Leistungen zurückzunehmen, etwas, was Sie den Bayern wirklich nicht vorwerfen können.

Forderungen nach arbeitsmarktverwertbaren Teilqualifikationen erfüllen wir mit den einjährigen Berufsfachschulen. Ich gebe Ihnen Recht – das ist Teil unseres Konzepts –, dass wir hier Zertifikate ansetzen müssen und auch bei Teilzeitmaßnahmen auf Teilqualifikation abzielen müssen, die die Wirtschaft anerkennen sollte. Wenn Sie von uns die Anerkennung von Teilzertifikaten verlangen, dann sind Sie bei uns an der falschen Adresse. Wir brauchen die Wirtschaft als Partner, die die Teilqualifikationen anerkennt und entsprechend, was leider viel zu selten geschieht, den Anrechnungsverordnungen folgt, nämlich einjährige Berufsfachschulen als erstes Lehrjahr anzuerkennen und die jungen Leute in das zweite Lehrjahr zu übernehmen. Das geschieht derzeit viel zu wenig. Das verschärft die Situation am Ausbildungsmarkt, weil die aktuellen Schulabgänger mit denen zusammenkommen, die ein Jahr in beruflichen Maßnahmen von Schule und/oder Arbeitsverwaltung verbracht haben.

Ich begrüße, dass die SPD im Bereich der Teilqualifikationen offensichtlich einen Sinneswandel vollzogen hat. Sie waren ja bisher immer dagegen, weil Sie der Ansicht waren, dass Teilqualifikationen zu niedriger Beschäftigung und Bezahlung führen.

(Karin Radermacher (SPD): Dann haben Sie das verkehrt verstanden!)

Meine Damen und Herren, die Forderung der SPD, alle jungen Leute, die ohne Ausbildungsverhältnis sind und in keiner Maßnahme der Arbeitsverwaltung stehen, vollzeitschulisch zu beschulen, ist zu diesem Zeitpunkt leider Gottes wieder einmal eine dieser unrealistischen Weihnachtswunschlisten. Sie wissen alle miteinander, dass wir einen Nachtragshaushalt beschlossen haben. Ich würde wirklich wünschen, meine Damen und Herren der Opposition, dass es bei uns in Bayern auch einmal so gemacht würde – –

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie wollen also die jungen Leute im Regen stehen lassen!)

– Herr Kollege Wahnschaffe, es gibt den wunderschönen Spruch: Wer schreit, hat Unrecht.

(Beifall bei der CSU – Joachim Wahnschaffe (SPD): Unerhört, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Pranghofer hat von 461 – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Haben wir bei der Rede von Frau Kollegin Pranghofer auch so dazwischengeplärrt?

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie sprechen Ungeheuerlichkeiten aus! – Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Sie gestatten keine. Dann bitte ich um Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Ingrid Heckner (CSU): Ich bekomme durch die Zwischenrufe kaum Gelegenheit zu reden. Ich bitte, mich jetzt ausreden zu lassen. Sie haben Ihre Redezeit 15 Minuten ja noch nicht ausgeschöpft.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Pranghofer war hier wesentlich seriöser, als Sie es sind. Hier wird hineingebrüllt: 12 000 junge Menschen!

(Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Pranghofer hat Maßnahmen für 461 Jugendliche gefordert, die derzeit in den eintägigen Jungarbeiterklassen sind. Dafür fordern Sie von uns Zusagen und Maßnahmen. Diese 461 Jugendlichen sind genau diejenigen, von denen wir erwarten, dass der Bildungspakt, der auf Bundesebene geschlossen wurde, nämlich in dieser Zahl Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen, bis September erfüllt ist.

(Beifall bei der CSU)

Ergänzend dazu werden wir die schulischen Maßnahmen und die schulische Förderung zur Verfügung stellen, wie man es von uns gewohnt ist. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass in den vergangenen Jahren zu Schuljahresbeginn – regional bedingt in strukturschwachen Gebieten – immer wieder zusätzliche Berufsfachschulen in einjähriger Form errichtet worden sind.

Hier ist von Frau Kollegin Pranghofer kritisiert worden, dass wir in unserer Fraktion uns auch des Problembereichs derjenigen Jugendlichen angenommen haben, die keine Ausbildungsplätze erhalten haben. Darunter ist ein geringer Anteil Jugendlicher, denen selbst von dem Gutachten der Arbeitsverwaltung Schulunfähigkeit bescheinigt wurde.

Wir, die CSU-Fraktion, stehen dafür, dass die Berufsschule eine Angebotsschule ist. Die Berufsschule bietet höchste Ausbildungsqualität und Fördermaßnahmen für diejenigen, die keinen Ausbildungsvertrag haben.

Wir reden hier nicht von kleinen Kindern, sondern von Jugendlichen, die mindestens 16 Jahre alt sind. Wir müssen von jungen Menschen, die am Scheideweg zwischen Schule und Beruf stehen, die Eigenverantwortung verlangen, dass sie die Angebote der Arbeitsverwaltung anneh-

men und nicht durch Schwänzen und Stören die ausbildungswilligen und förderungswürdigen jungen Leute an dem Erreichen der Lernergebnisse hindern. Um diese jungen Leute geht es. Wir brauchen Konzepte und Maßnahmen, um diese jungen Menschen in ihre Lebensverantwortung hineinzubringen.

Es kann ja auch nicht anders sein, dass man, wenn man sich solche Anträge von Lehrern der einzigen Schule, wo es nur Jungarbeiter gibt, nämlich hier in München, schreiben lässt, die vielen Berufsschulen im Lande draußen vergisst. Unterhalten Sie sich dort einmal mit den Berufsschullehrern, deren gesamten Kräfte durch diejenigen Jugendlichen aufgebraucht werden, die das Angebot der Berufsschule als lästige Pflicht begreifen.

(Karin Radermacher (SPD): Früher haben Sie ganz anders geredet!)

– Sehr verehrte Frau Radermacher, in diesem Punkt habe ich noch nie anders geredet! Wenn Sie das anders sehen, müssen Sie es mir beweisen, verehrte Frau Radermacher.

(Karin Radermacher (SPD): Damals haben Sie nicht gesagt, die Berufsschule sei eine Angebotsschule, sondern von Pflichtschule gesprochen!)

– Dann gehen Sie doch einmal in die Fachgruppe Jungarbeiter der Verbände hinein. Lassen Sie sich einmal das Protokoll der letzten Schulleiterbesprechung aus Niederbayern vorlegen, wo das ein zentraler Punkt war! Lassen Sie sich das vorlegen!

Für unsere Lehrkräfte, die für ein bestimmtes, zugegebenermaßen zahlenmäßig geringeres Schülerklientel nicht ausgebildet sind, muss gesagt werden – selbst Sozialpädagogen sind das nicht –: Wir bräuchten professionelle therapeutische Hilfe. Diese Lehrkräfte dürfen wir nicht verbraten. Sie müssen die Kraft haben, in die förderungswürdigen und ausbildungswilligen jungen Leute zu investieren.

Danke.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Als Nächste hat sich Frau Kollegin Tolle zu Wort gemeldet.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse mich kurz und hoffe, dass ich zur Versachlichung beitragen kann. Ich finde, die Debatte darüber – ich denke an Ihren zurückgezogenen Antrag, Frau Heckner – gehört in den Ausschuss. Da kann das Thema ohne Emotionen, wie sie hier jetzt aufgekomen sind, diskutiert werden.

Ich finde den Begriff „Jungarbeiter“ etwas schwierig, weil sich die Betroffenen eigentlich noch nicht für einen Beruf entschieden haben. Es gibt junge Menschen, die keinen Arbeitsplatz haben. Die Staatsregierung macht ihnen ein Angebot. Dieses Angebot nehmen sie nicht an. Jetzt kann man sagen: Ihr bösen jungen Menschen, wir bescheinigen euch Schulunfähigkeit, dann seid ihr aus dem System

heraus; dann ist es uns egal, was aus euch wird. – Ich glaube, wir sollten nicht so handeln, sondern uns überlegen: Was können wir mit diesen jungen Leuten machen, um ihnen eine Perspektivlosigkeit zu ersparen? Da ist aus meiner Sicht der Antrag der SPD eine gute Alternative.

Er bietet die Chance, bei diesen jungen Leuten soziale und fachliche Kompetenz aufzubauen und auszubauen.

Wenn die CSU nur ein Angebot unterbreitet, das nicht angenommen wird – so ist das nämlich in der Marktwirtschaft, Frau Heckner –, dann sollte man es überdenken oder einstellen. Wenn die CSU nichts anderes zu bieten hat, als den Ausschluss zu fordern, dann finde ich das sehr traurig.

Wir werden diesem Antrag zustimmen und ich bedanke mich bei denen, die mir zugehört haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgen soll. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen aufgestellt: die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, in der Mitte wie immer die Urne für Stimmenthaltungen.

Wir beginnen mit der Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.51 bis 12.56 Uhr)

Die fünf Minuten sind abgelaufen. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt und das Ergebnis wird anschließend bekannt gegeben.

Die Fraktionsführungen haben sich geeinigt, was die Behandlung der weiteren Anträge betrifft. Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 14, also der Antrag der Abgeordneten Maget, Hoderlein und Fraktion (SPD) Fehler der Staatsregierung korrigieren: Zweites Ertüchtigungsprogramm Ostbayern, Drucksache 15/988, wird einvernehmlich auf den Herbst verschoben.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 15

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN)

Bericht zum Stand der Planungen für die zivile Mitbenutzung des Militärflughafens Lagerlechfeld (Drucksache 15/766)

Mir wurde mitgeteilt, dass die Fraktionen auf Aussprache verzichten. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit kommen wir sofort zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Technologie empfiehlt eine Neufassung des Antrags. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/1394.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die diversen Gespräche einzustellen. Wer sich am Geschehen beteiligen möchte, sollte bitte einen Platz einnehmen – irgendeinen oder seinen Stammsitz.

(Zuruf von der SPD: Noch gibt es sie!)

– Noch gibt es sie, ja.

Wer dem Antrag in der Fassung dieses Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind drei Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Das gleiche Verfahren ist auch für den nächsten Tagesordnungspunkt vorgeschlagen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 16

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Christian Magerl, Eike Hallitzky und anderer und Fraktion (BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN)

Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr (Drucksache 15/874)

Es findet keine Aussprache statt. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer diesem ablehnenden Votum zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe als letzte Anträge mit Aussprache zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 18

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrike Gote, Dr. Martin Runge, Eike Hallitzky und anderer und Fraktion (BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN)

Schutz der kleinen und mittleren Brauereien und des Getränkefachhandels bei der Änderung der Verpackungsverordnung (Drucksache 15/624)

Tagesordnungspunkt 19

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Henning Kaul, Franz Josef Pschierer, Markus Sackmann und anderer (CSU)

Verbraucherfreundliche Verpackungsverordnung (Drucksache 15/647)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung dazu: Herr Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die beiden Anträge vom März dieses Jahrs bewusst herausgenommen, um auszuleuchten, welch schändliches und infames Spiel hier die Staatsregierung in den letzten Wochen und Monaten getrieben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Harte Worte vor dem Schlusswort!)

– Herr Kreuzer, Sie müssten am meisten empört sein; denn sowohl in Ihrem wie in unserem Antrag ging es um die Novellierung der Verpackungsverordnung in Richtung Transparenz, Vereinfachung und Verbraucherfreundlichkeit. Ich zitiere aus Ihrem Antrag: „... Pflichtpfand einfach und damit verbraucherfreundlich auszugestalten.“ Ich habe Ihrem Antrag in unserem Ausschuss zugestimmt. Im Übrigen durchlief unser Antrag – entgegen der Voten anderer Ausschüsse – den Europaausschuss einstimmig.

Sie fordern in Ihrem Antrag vom März eine vereinfachte Pfandregelung. Doch Herr Huber, der Bayern im Bundesrat vertritt, macht genau das Gegenteil und führt Sie, Herr Bernhard, vor. Die Vorgeschichte haben wir hier ausführlich diskutiert und leider miterleben dürfen. Die Staatsregierung hat sich bei der Verpackungsverordnung und beim Dosenpfand um 180 Grad gedreht. Denn sie brachte zuerst diese Regelung, die ihr nicht scharf genug formuliert werden konnte, mit auf den Weg, war aber plötzlich dagegen, als es um die Umsetzung ging. Ich darf dazu Umweltminister Dr. Schnappauf zitieren und darlegen, mit welcher famosen Begründung er gegen diese Regelung war. Er sagte am 9. Mai und 27. Juni 2001 in der Plenarsitzung:

Herr Dr. Runge hat in seinen Ausführungen deutlich gemacht, dass es ihm um die Einführung eines Pfandes in Deutschland und in Bayern geht. Sie und Ihr Umweltminister an der Spitze gefallen sich ganz offensichtlich in der Rolle eines Testamentsvollstreckers. Sie wollen das Pfand durchdrücken, ohne noch einmal zu prüfen, ob dieses Mittel tatsächlich geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Summa summarum gehen Sie mit dem Pfand jede Menge unbekannter Risiken und Nebenwirkungen ein.

Herr Schnappauf sagte also auf einmal, es gäbe die Lenkungswirkung nicht. Ich denke, mittlerweile wurde Herr Schnappauf eines anderen belehrt; denn ab Januar 2003, der Einführung des Pfandes auf Bier, Mineral- und Tafelwasser sowie auf kohlenensäurehaltige Erfrischungsgetränke zeigte sich, dass die Lenkungswirkung in hohem Maße eintrat. Bei Bier zum Beispiel stieg die Mehrwegquote innerhalb eines Jahres von unter 70 % auf 90 % an. Das ist ein großer Erfolg.

Wir danken unserem Umweltminister Trittin, der vorher vom bayerischen Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu so schön skizziert wurde, für seinen Einsatz für die Wirt-

schaft, insbesondere für den Mittelstand, für die Arbeitsplätze und die Umwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist passiert? Es gab ein Umsatz- und Absatzwachstum und ein massives Wachstum bei den Arbeitsplätzen von 12 000 bis 14 000, so die Aussagen von Wirtschaftsverbänden. Gleichzeitig schaut es in der Umwelt nicht mehr ganz so schlimm wie vorher aus.

Wir alle waren uns in der Diskussion darin einig, dass die Verordnung von 1991 trotzdem novelliert werden muss. Das heißt, die Verordnung muss in Bezug auf die Ökobilanzen und den Verpackungsmarkt heutigen Erkenntnissen angepasst werden. Außerdem muss für mehr Transparenz gesorgt werden. Nachdem die Fronten zwischen der Bundestagsmehrheit einerseits und der Bundesratsmehrheit andererseits lange Zeit sehr verhärtet waren, kam in das Ganze kürzlich Bewegung. Man einigte sich auf ein Modell, das letztlich auch der bayerische Ministerpräsident vorschlagen durfte, mit den bekannten Änderungen: Pfand und Rücknahmepflicht für Bier- und Mineralwasserdosen, Erfrischungsgetränke und Alcopops, aber eben ohne Pfand auf Milch-, Wein-, Frucht- und Gemüsesaftverpackungen.

Es wäre elementar wichtig gewesen – diese Debatte haben wir vor wenigen Wochen geführt –, abschließend eine solche Novellierung auf der letzten Sitzung des Bundesrats am 9. Juli positiv zu entscheiden,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

weil ansonsten dem Zwang der Töpfer-Verordnung entsprechend die Zahlen für Fruchtsäfte, Milch und Wein veröffentlicht werden müssten. Das würde zuerst Pfand für Saft, später auch für Milch und Wein bedeuten. Auch wäre das am EuGH in Luxemburg anhängige Vertragsverletzungsverfahren mit der Novellierung gegenstandslos geworden. Denn dabei geht es keineswegs um Ja oder Nein zu der Pfandregelung, sondern um die Erfassung der Quoten, und diese werden bekanntlich nach den gefundenen Kompromissvorschlägen abgeschafft.

Herr Kreuzer, Herr Bernhard, Sie sollten sich das sehr genau anhören. Herr Bernhard, Sie telefonieren; Sie kennen meine Position zum Mobiltelefonieren. Nur deswegen habe ich das jetzt gesagt, sonst würde ich dies nicht tun.

Geschätzter Herr Kollege Bernhard, Sie haben sich vorführen lassen. Es gab ein abgekartetes Spiel mit wohl verteilten Rollen. Seitens der Regierungen der Unionsländer wurde alles getan, dass im Bundesrat keine abschließende Sachentscheidung zustande kam. Herr Stoiber durfte versuchen, sich mit seinem Pfandvereinfachungsmodell, welches sich nur marginal von den Vorschlägen Trittins unterscheidet, bei Bauern und Umweltschützern beliebt zu machen.

Die Bayerische Staatsregierung brachte im Bundesrat nicht die zuvor abgestimmten vier Änderungsanträge Bayerns und Baden-Württembergs zur Dritten Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung, sondern einen

eigenen Verordnungsentwurf ein. Dieser eigene Verordnungsentwurf wurde zudem außerhalb der 14-Tages-Frist eingebracht, sodass es ein Leichtes war, ihn aus formalen Gründen in die Ausschüsse zu verweisen.

Für diese von Frau Merkel, Herrn Koch und Herrn Stoiber wohl inszenierte Darstellung gibt es zwei Gründe: Erstens wird aus parteitaktischen Gründen eine Chaotisierungspolitik betrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Einigung mit der rot-grünen Bundesregierung soll gar nicht gefunden werden, obwohl sich, wie schon gesagt, das bayerische Modell kaum von dem unterscheidet, was Trittin seit Jahren fordert. Trittin sagte, er könne mit dem bayerischen Modell wunderbar leben. Bundesregierung und Bundestag würden dem Modell dann zügig zustimmen.

Zweitens. Zugegebenermaßen haben die Lobbyisten aus Kreisen wie Großunternehmen des Einzelhandels, Großbrauereien, DSD-AG und Verpackungsindustrie gute Arbeit geleistet.

Ein Beleg dafür, wie Sie, Herr Bernhard, sich in der Fraktion haben vorführen lassen, ist, dass Sie in der letzten Plenarsitzung auf unseren Wunsch hin signalisierten, Ihren Antrag wie folgt ändern: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zu bemühen, dass am 09.07. eine positive Entscheidung zustande kommt.“ Aber dann trat die Staatsregierung, namentlich Emilia Müller, auf den Plan und kassierte das Ganze. Sie wusste genau, aus welchen Gründen sie dies tat.

Aus bayerischer Sicht bleibt festzuhalten, dass Ministerpräsident Stoiber sich Angela Merkel und der Verpackungsindustrie unterworfen und damit bayerischen Interessen massiv geschadet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf Befehl der CDU-Chefin dürfte mit der Bundesregierung keine Einigung herbeigeführt werden. Verzögern, verwässern und chaotisieren aus parteitaktischen Gründen sind Ihnen wichtiger als Interessen von Umwelt, von mittelständischen Brauereien und Getränkehändlern.

Der Staatsregierung ist vorzuwerfen, dass sie ihren Entwurf zu spät einbrachte und nicht einmal darüber hat abstimmen lassen. Die Lobbyisten von Verpackungsindustrie, von Großunternehmen des Handels und die DSD-AG reiben sich jetzt die Hände. Nach der Logik der Töpfer-Regelung geht das Ganze jetzt seinen Weg weiter. Die Zahlen werden veröffentlicht, und Sie werden sehen, was Sie damit anrichten.

Ich komme auf das unsägliche Doppelspiel von Bundesratsminister Erwin Huber zu sprechen und darauf, wie er Sie vorführt. Mit Erwin Huber als Verhandlungsführer für das Pfand wurde der Bock zum Gärtner gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Stimmt, das ist fast eine Beleidigung für den Bock und den Gärtner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist von dem Antragsteller zu halten, der noch am Tag vor der Behandlung im Bundesrat einen Antrag einbringt und via Presse öffentlich kund tut, eigentlich sei er gegen dieses Pfand?

Er hat von einem Anti-Pfand gesprochen. Das ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nachzulesen. Auf einmal hat er gesagt, er ist für das hessische Konzept von Herrn Koch, obwohl die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugegeben hat, dass dieses Koch-Modell das Aus von Mehrweg und von zahlreichen kleinen Brauereien bedeuten kann. Huber schert sich also weder um den bayerischen Mittelstand noch um seine CSU-Landtagskollegen, die erst kürzlich in einem Dringlichkeitsantrag für die Unterstützung eines Pfandmodells geworben haben.

Zu Herrn Ministerpräsidenten Stoiber muss man sagen, ihm fehlt es mittlerweile an jeglicher Art von Durchsetzungsvermögen,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

eine als richtig erkannte Sachentscheidung gegen die Strippenzieherin in Berlin, Frau Merkel, durchzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit Sie das auch wirklich glauben, zitiere ich jetzt zu dem Thema andere, denn erfreulicherweise ist Ihnen niemand auf den Leim gegangen.

Ich zitiere die Brauereiwirtschaft:

Dabei scheitert die Einigung nur am Parteigeschachere, denn zwischen dem bayerischen Pfandvereinfachungsmodell der CSU und dem Trittin'schen Novellierungsvorschlag liegen nur marginale Unterschiede. Die Einigung auf Fachebene steht. Das Problem war und ist, dass aus parteitaktischen Gründen eine Einigung mit der Regierung abgelehnt wird. Es scheinen insbesondere die CDU-Spitzen nur noch die Konfrontation mit Rot-Grün suchen zu wollen. Die CSU kann oder will sich dagegen nicht durchsetzen. Man arrangiert sich mit Verzögerungs- und Verschleierungstaktik. Dabei sind das genau die gleichen Politiker, die täglich bessere Investitionsrahmenbedingungen für die Wirtschaft fordern.

Das war ein Zitat von Dr. Werner Gloßner, Hauptgeschäftsführer des Verbands mittelständischer Brauereien in Bayern.

(Beifall einer Abgeordneten der GRÜNEN)

Jetzt das zweite Zitat, mit dem ich dann zum Ende komme:

(Beifall des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Danke für Ihren Beifall, Herr Kreuzer. Sie meinen damit doch sicher die Sache. Das zweite Zitat ist etwas schärfer:

Der Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien wirft der Bayerischen Staatsregierung in diesem Zusammenhang Janusköpfigkeit vor. Da wird erst ein Pfandvereinfachungsmodell inhaltlich mit dem Bundesumweltministerium abgestimmt, dann auf unseren Druck hin auch im Bundesrat eingebracht, jedoch anschließend nicht zur Abstimmung gestellt. Die Krönung dieses Täuschungsmanövers ist die mittlerweile öffentlich erfolgte Kommentierung, Bayern sei gar kein Pfandbefürworter, während man gleichzeitig den mittelständischen Brauern in Bayern gegenüber betont, das Pfand habe dort seine positive Wirkung auf die Umwelt und das Mehrwegsystem unter Beweis gestellt.

Das war die Presseerklärung des Bundesverbandes mittelständischer Privatbrauereien. Die weisen auf Ihre Scheinheiligkeit und auf Ihr „obszönes Spiel“ hin – auch diese Formulierung ist aus dieser Presseerklärung.

Wir haben es schon gestern bei der Biersteuer erlebt. Finanzminister Faltlhauser stellt sich hier her und beteuert treuherzig: Meine Damen und Herren, im Interesse des Großen und Ganzen konnten wir überhaupt keinen einzelnen Bereich dieses Koch-Steinbrück-Papiers ändern. Deswegen mussten wir in den sauren Apfel beißen und mussten ihm so zustimmen. – Gleichzeitig lassen Sie sich vom Bauernverband feiern, dass Sie viele einzelne Maßnahmen aus diesem Papier herausgebrochen haben. Ich sage deshalb noch einmal: Die Bauern werden hofiert, die Brauer und die CSU-Fraktion wird von der Staatsregierung für dumm verkauft.

Ich kann nur mit der heftigen Aufforderung schließen: Am 24. September dieses Jahres geht es im Bundesrat weiter. Deshalb war es auch wichtig, das Thema heute noch einmal zu behandeln. Am 24. September 2004 geht es weiter. Herr Kreuzer, bringen Sie Ihre Staatsregierung bis dahin auf Linie, damit sie endlich das tut, was Sie selbst in Ihren Anträgen fordern, und zwar im Interesse der Umwelt, der Verbraucher und vor allem der mittelständischen Brauer in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ich gebe dazwischen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum letzten Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion bezüglich Neuordnung der beruflichen Bildung, Drucksache 15/1368, bekannt. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 94. Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich zwar, dass ich einer der letzten bin, die hier vor der Sommerpause noch vorsingen dürfen, doch notwendig wäre das aus meiner Sicht nicht gewesen, denn beide Anträge sind nach der Einbringung in den Bundesrat erledigt. Trotzdem, Herr Kollege Runge, hätte man sich gewünscht, dass Sie auf die einzelnen Anträge eingehen, über die wir entscheiden sollen. Sie haben hier unheimlich viel geredet, nur nicht über die Anträge. Das zeigt, Ihr Ziel ist ein ganz anderes. Das Thema ist noch im Bundesrat, es wird im September noch einmal behandelt. Ich verstehe deshalb die Dringlichkeit nicht. Sie wollten eben noch einmal etwas erzählen, Sie haben sich in die Sache eingearbeitet.

Die Pfandangelegenheit ist eine sehr deutsche Sache. Mittlerweile ist sie so kompliziert, dass sich kaum einer noch auskennen kann. Sie haben genau das gemacht, was ich erwartet habe. Sie haben einen Großteil Ihrer Rede mit einer Erlebniserzählung bestritten, in der Sie erklärten, worum es überhaupt geht. Das nächste, was Sie dann getan haben – und auch das tun Sie immer so –, Sie stellen die Sache so dar, als könnten die GRÜNEN und Ihr Umweltminister überhaupt nichts dafür.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

So gehen Sie immer vor. Dann stehen Sie hier und reden, kurz vor den Parlamentsferien. Ich weiß nicht, ist das Engagement oder Verbissenheit. Sie haben Ihr Gesicht geradezu zur Faust geballt, und ich habe mitgeschrieben. Sie verwenden Worte wie „schändliches Verhalten“, „doppelzüngig“, „abgekartet“, „infam“, „vorgeführt“, „obszön“. Das waren nur einige Worte, die ich mir in der Kürze der Zeit mitgeschrieben habe. Es kam also Ihr Griff in die Motenkiste der politischen Adjektive. Das Thema stand eben wieder einmal auf der Tagesordnung.

Wissen Sie, ich kann nicht beurteilen, wieso und warum das Thema im Bundesrat nicht abschließend behandelt worden ist. Ich kenne die Regularien des Bundesrats nämlich nicht auswendig. Doch der Staatsminister ist auch dazu da, hierzu Stellung zu nehmen. Ich hätte mir genau wie Sie gewünscht, das Thema wäre im Bundesrat am 9. Juli dieses Jahres abschließend behandelt worden. Leider ist das nicht passiert.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Runge?

Christian Meißner (CSU): Ja.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Meißner, kann es sein, dass Ihnen entgangen ist, dass viele der Adjektive, die Sie soeben genannt haben, aus Zitaten stammen, die in Presseerklärungen von Vertretern der Wirtschaftsverbände geschrieben stehen?

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Nein, das ist mir nicht entgangen. Sie haben das aber genüsslich zitiert, und außerdem habe ich aufgepasst:

„abgekartet“ und „infam“, das waren Zitate, der Rest war, so glaube ich, von Ihnen. Es spielt aber letztlich keine Rolle, denn wenn Sie diese Begriffe hier verwenden, dann haben Sie aus Ihrer Sicht Ihr politisches Ziel für heute erreicht.

Das Problem Ihres Antrags, weshalb wir ihn heute auch ablehnen werden, besteht darin, dass Sie die Mehrwegquote noch immer für richtig halten. Nach allen Informationen, die uns zur Verfügung stehen, ist diese Quote mit europäischem Recht aber nicht vereinbar. Ich sage Ihnen, warum ich diesen Antrag auch aus persönlicher Überzeugung ablehne. Sie machen das ganz ohne Zweifel geschickt: Sie führen sich immer als der große Hüter des Mittelstandes und der Brauereien auf. Sie glauben, damit ein Thema gefunden zu haben, mit dem Sie punkten können. Wir ziehen uns diesen Schuh aber mit Sicherheit nicht an.

Wir finden den Vorschlag, den wir eingebracht haben, vernünftig. Er führt auch zu Planungssicherheit, weil diese Regelung noch fünf Jahre so gelten soll, dann kann sie überprüft werden. Für die Kolleginnen und Kollegen, die schließlich über die Anträge abstimmen wollen, noch folgende Information. Wir haben als CSU-Fraktion dieses Pfandmodell unterstützt. Damit denkt man endlich vom Ende her, sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf die Verpackung. Bei der Verpackung fragen wir uns: Ist diese Verpackung ökologisch vorteilhaft oder nicht? Wir vertreten ohne ideologische Scheuklappen die Auffassung: Bepfandete werden nur die Massenge Getränke Bier, Wasser und Limo sowie – was auch sinnvoll ist – die Alkopops, die auch anderweitig ein Problem darstellen. Die bayerische Initiative, das war der Hauptinhalt der Ausführungen von Herrn Kollegen Runge, ist im Bundesrat eingebracht. Dort muss sie ohnehin im Herbst diskutiert werden, denn bis 2005 muss die Novellierung auf den Weg gebracht worden sein. Ich denke, man kann das Ganze dann noch verhandeln. Es hat ohnedies lange genug gedauert. Wenn der Antrag verwiesen worden ist, dann wird das seine Gründe gehabt haben.

Wir jedenfalls haben mit unserem Vorschlag 90 Prozent aller Getränke am deutschen Markt in diese Pfandregelung eingeschlossen. Wir wollen auch nicht, dass das ausgeweitet wird auf Wein, Fruchtsaft und Milch, wie das von manchem gewünscht wird. Das Interessante ist, dass dieser bayerische Vorschlag für die Verbraucher leichter nachzuvollziehen ist. Wir haben ein einheitliches Pfand: 25 Cent, für 0,1 bis 3 Liter.

Die Regelung – ich habe es schon erwähnt – ist festgeschrieben und bietet Planungssicherheit. Ich glaube, dass Sie dem bayerischen Vorschlag auch etwas abgewinnen können. Deshalb wünschen wir uns Zustimmung von allen Seiten zu unserem Antrag. Ich habe die herzliche Bitte, dass man nicht in dieser Art und Weise fragt, wieso sich die Dinge verzögert haben. Wir hätten auch gerne schon im Juli darüber entschieden. Das haben wir uns auch im Fachausschuss gewünscht. Geklappt hat das aber nicht. Das heißt aber nicht, dass es nicht im Herbst zu einem guten Ende kommen kann. Was hätte es denn genutzt, wenn es behandelt worden und vielleicht aufgrund irgendwelcher Verärgerungen am Ende abgelehnt worden wäre? Mir ist – ehrlich gesagt – lieber, es setzt sich im Herbst

eine vernünftige Regelung durch, als dass eine gute Idee im Juli abgelehnt wird.

(Henning Kaul (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Allzweckwaffe wird wieder eingesetzt!)

Ludwig Wörner (SPD): – So ist es.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Von meinem Vorredner wird beklagt, dass aus Briefen, Schreiben und Presseerklärungen von Verbänden zitiert wurde, die nicht im Verdacht stehen, uns nahe zu stehen. Sie müssen hinnehmen, dass das für die Opposition wie eine gute Praline ist, die auf der Zunge zergeht. Diese Verbände bescheinigen Ihnen, dass Sie zutiefst mittelstandsfeindlich sind. Darum geht es in Wirklichkeit. Heute Vormittag träumt hier der Wirtschaftsminister die Philosophie der großen Unternehmen in Bayern. Was geschieht wirklich? Der Mittelstand, der die Hauptlast der Arbeit in Bayern trägt, wird in diesem Haus äußerst seltsam behandelt. Die Verpackungsverordnung und das Verhalten gegenüber den mittelständischen Brauereien sind dafür Beispiele. Dass dies Sie schmerzt, verstehe ich.

(Christian Meißner (CSU): Ich bin schmerzfrei!)

– Man muss das aber aufzählen.

Es ist ein Bubenstück gewesen – um nichts Schlimmeres zu sagen –, was Ihr Ministerpräsident mit der CSU-Fraktion in Sachen Dosenpfand angestellt hat: Man beschließt hier etwas mit Mehrheit, aber der Ministerpräsident sagt, das interessiert ihn nicht, er macht etwas ganz anderes. Jetzt kommt die Kehrtwende, offensichtlich, weil Angela etwas anderes wollte. Scheinbar hat er in Berlin nichts mehr zu sagen, sondern sie gibt den Takt vor.

Ich meine, wir müssen uns wieder darauf besinnen, denjenigen, die den größten Anteil am Sozialprodukt Bayerns erwirtschaften, nämlich dem Mittelstand, zuverlässige Rahmenbedingungen zu geben. Genau das hat man bei der Verpackungsverordnung und dem Dosenpfand nicht gemacht.

(Henning Kaul (CSU): Macht Ihr eine bessere Politik in Berlin!)

Im Gegenteil: Man hat sich investitionshemmend verhalten. Man hat sich arbeitnehmerfeindlich verhalten. Man straft die mittelständischen Brauereien mit der Erhöhung der Biersteuer ab.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es kann nicht sein, dass sich diese Regierung permanent als mittelstandsfeindlich geriert. Sie sind zutiefst mittel-

standsfeindlich. Genau das wird in dem Vorgehen, das Sie zu Tage gelegt haben – einschließlich dem im Bundesrat – bewiesen.

Wir können noch lange darüber diskutieren: Sie missbrauchen den Bundesrat derzeit zu Lasten des Mittelstandes und der Arbeitnehmer, aber auch der Umwelt.

(Christian Meißner (CSU): Jetzt warten Sie erst mal ab, bis es so weit ist!)

– Sie können sich nicht durchsetzen. Die Bitte an Herrn Kreuzer, die Regierung auf Linie zu bringen, verkehrt sich ins Gegenteil. Wir erleben in Bayern, dass die Regierung die Fraktion auf Linie bringt, aber nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist es so. Deswegen sagen wir: Wir sollten über die Anträge genau so abstimmen wie beim letzten Mal und dafür Sorge tragen, dass die Kuh – im wahrsten Sinne des Wortes, wenn es um Dosenpfand und Verpackungsverordnung geht – endlich vom Eis kommt, um für die mittelständischen Unternehmen wieder Planungs- und Zukunftssicherheit herzustellen.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Heftiger Beifall bei der SPD!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei dieser Debatte den Eindruck gewonnen, dass die Damen und Herren von der Opposition sich den bayerischen Vorschlag, das Pfandvereinfachungsmodell, noch nicht richtig zu Gemüte geführt haben.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen überhaupt nicht, worüber hier geredet wird.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dazu haben wir Sie gebraucht!)

Lassen Sie mich deshalb noch einmal in Grundzügen skizzieren, worum es geht: Seitdem der Bundesumweltminister die Einführung des Pfandes über das Knie gebrochen hat, ohne dass Rücknahmesysteme aufgebaut und Vorbereitungen getroffen waren, haben wir ein Pfandchaos in unserem Land ohnegleichen. Wir haben jetzt den Versuch unternommen – am Anfang mit unserem Mehrwegsicherungskonzept, dann mit einer Innovationsklausel – Herr Kollege Wörner, Sie sagen: um die Kuh vom Eis zu bringen –, mit einem Pfandvereinfachungsmodell endlich eine Lösung zu finden in einem Streit, der das Land seit mehr als einem halben Jahrzehnt lähmt.

Unser Modell sieht vor, dass wir uns auf Massenge tränke konzentrieren. Das heißt: Bier, Wasser und Wein. Das sind 80 bis 90 %, wie Kollege Meißner zu Recht ausgeführt hat. Wir machen eine einfache Pfandregelung: 25 Cent

Pfand auf alle Massenge Getränkeverpackungen bis drei Liter. Das ist eine Regelung, die der Bürger versteht. Massenge Getränkeverpackungen für Bier, Wasser und Limonaden werden mit 25 Cent bepfandet. Das gilt für alle Verpackungen mit einem Inhalt von bis zu drei Litern.

Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben anscheinend nicht registriert, dass wir hier nicht irgendeinen Änderungsantrag eingebracht haben; Bayern hat durch den Kollegen Erwin Huber im Bundesrat einen eigenen Verordnungsentwurf für eine Verpackungsverordnung vorgelegt. Wir haben in diesem Verordnungsentwurf dieses Konzept zusammengefasst, um damit in Deutschland Rechtssicherheit zu schaffen. Wir haben eine Revisionsklausel vorgesehen, damit wir über das Thema in fünf Jahren noch einmal entscheiden können.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Runge?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Gerne.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister Schnappauf, wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass es zwischen den vier Änderungsanträgen Bayerns und Baden-Württembergs zur Änderung der Dritten Verordnung der Verpackungsverordnung und dem jetzt eingereichten Verordnungsentwurf materiell wesentliche Deckungsgleichheit gibt?

Die zweite Frage, wenn ich die gleich nachschieben darf: Wenn Sie für dieses Pfandmodell sind, wie bewerten Sie dann die Aussage Ihres Kollegen Huber, der Verhandlungsführer war, Bayern sei gegen das Pfand und für ein Antipfand, er hätte sich lieber das hessische Modell gewünscht?

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Runge, ich komme auf Ihre zwei Fragen gleich im Detail zurück.

Dieses Thema, das Sie hier zum Schluss dieses Teils der Legislaturperiode, vor der Sommerpause hochziehen, ist ein typisches Beispiel dafür, wie Rot-Grün Politik in Deutschland machen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie ziehen ein Thema hoch, -

(Alexander König (CSU): Schauspieler!)

von dem die Republik seit Jahren redet, aber bei dem keine Fortschritte erzielt wurden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Getränkeverpackungen machen 0,8 % des gesamten Müllaufkommens in Deutschland auf. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat eine Verordnung in Kraft gesetzt,

ohne die Wirtschaft, den Handel darauf vorbereitet zu haben, ohne dass Rücknahmesysteme installiert waren. Er hat wörtlich gesagt: „Ich sehe mich als Testamentsvollstrecker der alten Verpackungsverordnung aus dem Jahr 1992“.

In Kenntnis der Umsetzungsprobleme hat Rot-Grün die Verpackungsverordnung vollzogen. Deshalb, lieber Kollege Dr. Runge: Das Pfandchaos, das die Bürgerinnen und Bürger, die Kunden und Verbraucher in den letzten Jahren erdulden müssen, hat einen Namen: nämlich Rot-Grün.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Ich möchte gerne die Fragen von Kollegen Dr. Runge im Detail beantworten.

Wir haben als Ländermehrheit im Bundesrat –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Blockiert!)

der Bundesregierung mit dem bayerischen Entwurf einer Verpackungsverordnung, den wir mit Baden-Württemberg und anderen Partnern abgestimmt haben, einen Vorschlag vorgelegt, der dieses Chaos beendet und praktikabel sowie vollzugstauglich ist.

Herr Kollege Runge, ich glaube, da macht sich die Öffentlichkeit überhaupt keine Vorstellungen, was wir uns gegenwärtig in Deutschland leisten. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Der Herr Bundesumweltminister hat jetzt die Frage vorgelegt, ob der so genannte Standbodenbeutel in Deutschland pfandfrei sein soll oder ob er bepfandet wird. Wissen Sie, was der Standbodenbeutel ist? Das ist die Verpackungsart, in der die Capri-Sonne, ein Orangensaftgetränk, abgefüllt ist. Da macht das Unternehmen ein Gutachten, das Gutachten geht an das Umweltbundesamt und das Umweltbundesamt macht eine Ökobilanz, ob der Standbodenbeutel auch ökologisch einer Mehrwegverpackung gleichwertig ist. Diese Ökobilanz geht an den Bundesumweltminister. Er hat mir persönlich gesagt, er behalte sich die Schlussentscheidung vor und akzeptiere nicht automatisch das, was seine eigene Behörde, das Umweltbundesamt, vorlegt. Er will selbst noch einmal beurteilen, ob zum Beispiel der Faktor der Klimarelevanz durch das Transportverhalten durch Lkws usw. richtig gewichtet ist. Dann geht das Ganze vom Bundesumweltminister in das Bundeskabinett. Herr Runge, dann entscheidet die Bundesregierung unter Vorsitz des Kanzlers darüber, ob in Deutschland der Standbodenbeutel pfandfrei sein darf. Dann geht das Ganze in den Deutschen Bundestag. Der muss mit Mehrheit darüber beschließen, ob der Standbodenbeutel pfandfrei sein darf. Dann geht das Ganze in den Bundesrat. Ich brauche drei deckungsgleiche Beschlüsse von drei Verfassungsorganen. Das ist die gegenwärtige Regelung, wie Rot-Grün sie praktiziert. So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, lähmen Sie Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb muss ich sagen: Wenn Sie heute im Juli 2004 angesichts der wirtschaftlichen Dramatik dieses Landes das Thema noch einmal hochziehen, dann ist das ein Zeichen, dass Sie von Rot-Grün nach wie vor die Herausforderungen, vor denen dieses Land steht, überhaupt nicht begriffen haben.

(Beifall bei der CSU)

Unser Vorschlag war so zu verstehen, dass wir mit einem Vereinfachungsmodell entbürokratisieren wollen. Wir wollen nicht den x-maligen Durchlauf durch drei verschiedene Verfassungsorgane wegen jeder einzelnen Verpackung. Wir wollen die Regelungen in fünf Jahren revidieren und wollen, dass auf diese Weise Rechtssicherheit und Einfachheit praktiziert wird. Unser Vorschlag, den der Kollege Erwin Huber in den Bundesrat eingebracht hat, ist so rechtzeitig gekommen, dass in den kommenden sechs Monaten eine Lösung herbeigeführt werden kann. Nach der Veröffentlichung der Zahlen durch den Kollegen Trittin, sieht die Verpackungsverordnung einen Zeitraum von sechs Monaten vor, den wir haben und den wir auch entsprechend nützen, um eine einigermaßen vernünftige und praktikable Regelung auf den Weg zu bringen. Seien Sie versichert – Sie haben vorhin meine Kollegin Emilia Müller zitiert –, dass Bayern im Bundesrat dafür werben und eintreten wird, dass das Pfandvereinfachungsmodell in Deutschland Ordnungsrecht wird, um unseren Beitrag dazu zu leisten, das Chaos, das Rot-Grün und Trittin angerichtet haben, endlich zu beenden. Das wird unser Beitrag sein, damit wir im Jahr 2005 eine einigermaßen kundenfreundliche und praktikable Regelung in Deutschland haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine Zumutung!)

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, diese Zumutung werden Sie schon noch ertragen. Wir ertragen oft auch andere Zumutungen, beispielsweise die beiden Redebeiträge der Vorredner der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss schon sagen, Herr Staatsminister und Herr Meißner: Sie haben die Dinge absolut verdreht und auf den Kopf gestellt.

(Christian Meißner (CSU): Das würden wir uns nie erlauben!)

– Aber natürlich. Lassen Sie mich einige Bemerkungen dazu machen.

Wenn hier jemand chaotisiert, dann ist das die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen ja selbst nicht, was Sie wollen und wohin Sie wollen. Hier stellt sich ein Umweltminister hin und sagt: Wir sind für das Pfand, ökologisch optimiert und was auch immer. Das ist richtig. Nur: Herr Huber stellt sich hin und behauptet kurz vor der Behandlung der Sache im Bundesrat, dass er gegen das Pfand ist. Also bitte: Wer verbreitet hier Chaos, wer ist chaotisch? Das ist diese Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wurde gesagt, die Regelung wäre übers Knie gebrochen. Ich darf Sie bitten anzuerkennen, dass die Verordnung, die all dieses auf den Weg gebracht hat, von der schwarzen Regierung stammt und bereits 1992 in Kraft getreten ist. Um das Jahr 2000 war die Mehrwegquote so weit abgesunken, dass nach dieser Verordnung die Pfandpflicht einzuführen war. Ich glaube, das kann nicht überstürzt und übereilt sein. Seit vier, fünf Jahren liegt ein vernünftiger Entwurf, ein Änderungsverordnungsentwurf, aus dem Hause Trittin vor. Das, was die Staatsregierung jetzt nach vielen Jahren endlich versucht als eigene Initiative in den Bundesrat einzubringen, ist aus diesem Entwurf abgeschrieben. Es ist im Grunde nichts anderes, als der Versuch zu einer vernünftigen ökologisch zielführenden Pfandpflicht zu kommen.

(Christian Meißner (CSU): Was ist mit dem Standbodenbeutel?)

– Darf ich hier vielleicht weiter reden?

Die CSU ist nicht imstande, endlich einmal der Staatsregierung klar zu sagen, wo sie hin will. Wir hatten in der letzten Plenarsitzung einen Antrag von Ihnen, dem ich, gutgläubig wie ich manchmal in meiner Altersweisheit gegenüber der CSU bin, auch noch zugestimmt habe.

(Lachen bei der CSU)

Was muss ich erleben? In der Bundesratssitzung am 9. Juli halten Sie sich nicht an Ihren eigenen Antrag bzw. Ihre Staatsregierung, die Sie mit dem Antrag beauftragt haben, im Bundesrat endlich zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Nein, die Staatsregierung hat taktiert, Huber so, Schnappauf gibt vor, so zu sein, Huber setzt sich aber durch, Stoiber kuschelt vor Merkel und Koch. Ich bitte Sie, ein größeres Chaos als das, was Sie hier von der schwarzen Seite produzieren, kann man sich nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre ganz einfach gewesen: Sie hatten vier Änderungsanträge zu dieser Verpackungsverordnung auf dem Tisch liegen. Diese waren inhaltlich mit Trittin und dem BMU abgestimmt. Hätten Sie diese eingebracht, hätten wir am 9. Juli im Bundesrat die Regelung verabschiedet, die Dinge wären klar und die Wirtschaft könnte sich auf die geänderten Bedingungen einstellen. Aber nein, Sie wollen das Chaos, Sie wollen, entgegen den Interessen des Mittelstandes das Chaos schüren und den Sommer offen halten. Ich habe heute nicht gehört, dass bei der nächsten Bundesratssitzung im September endlich eine Zustimmung zu einer vernünftigen ökologischen Rege-

lung der Pfandpflicht erfolgen würde. Ich kann nur eines feststellen: Die CSU-Staatsregierung manipuliert den Bundesrat aus rein politischen parteitaktischen Gründen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie ist nicht daran interessiert, vernünftige ökologische Regelungen auf den Weg zu bringen. Das Gleiche können wir in vielen anderen Bereichen sehen. Ich will noch eines bringen: Auch die CSU-Fraktion ist der reinste Wackelpudding.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur daran, wie Sie aufgetreten sind, als wir über verschiedene Anträge zum EEG beraten hatten – bessere Förderung von Biomasse: einmal so, einmal wieder so und im Bundesrat dann in den Vermittlungsausschuss. Über die Anträge hier haben Sie mal so und mal anders abgestimmt. Ich würde Sie bitten: Kommen Sie zu einer klaren inhaltlichen politischen Linie und vertreten Sie diese im Landtag und endlich auch auf Bundesebene.

(Christian Meißner (CSU): Ab 2006!)

Dann, so glaube ich, können wir uns zielführend zum Wohl von Deutschland und Bayern über vernünftige Zielsetzungen unterhalten und Regelungen auf den Weg bringen, die der Wirtschaft Zukunftsfähigkeit garantieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Beschlussfassung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 15/624 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/647 abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Teil. Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme aus den Reihen der GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion und eine Stimme aus den Reihen der GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben damit die Tagesordnung dieser Plenartage beraten.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten.)

Es ist eine gute Tradition, vor der Sommerpause einen kleinen Rückblick über die Arbeit der letzten Monate zu halten. Ich meine, es ist auch Zeit, eine erste Zwischenbilanz über die Arbeit des neu gewählten Bayerischen Landtags zu ziehen. Nach der Wahl haben sich viele gefragt, ob sich die stark veränderten Mehrheitsverhältnisse auf die Arbeit im Landtag negativ auswirken. Meine Beobachtungen und Eindrücke zeigen mir jedenfalls, dass sich das Klima im Landtag jedenfalls nicht zum Schlechteren verändert hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist Ihre Meinung!)

Dabei möchte ich aber der weit verbreiteten Meinung entgegen treten, dass sich politische Kultur vor allem durch Harmonie auszeichnet. Politische Kultur ist für mich die Qualität der Diskussion, die Ernsthaftigkeit im Ringen um die beste Lösung, das Bemühen um Fairness. Die Auseinandersetzungen waren nach meiner nun langjährigen parlamentarischen Erfahrung früher in der Tendenz eher leidenschaftlicher als heute, oft auch verletzender, wie auch die gesamtpolitische Debatte – wohl auch, weil sich mehr grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gegenüber standen. Vielleicht wäre manchmal mehr Leidenschaft mit all ihren Nebenerscheinungen sogar besser als die vorausschauende Kalkulation über die Wirkung der eigenen Worte und des eigenen Tuns. Ich meine jedoch, die politische Kultur im Bayerischen Landtag ist insgesamt gut, jedenfalls weit besser, als der Politik heute allgemein zugeschrieben wird. Für die Berichterstattung und die öffentliche Aufmerksamkeit ist natürlich in erster Linie der Konflikt von Interesse. Dies prägt auch die Berichterstattung. Naturgemäß ist dieses Bild aber nicht repräsentativ für das Ganze der politischen Arbeit im Parlament. Vor allen Dingen das, was in den Ausschussberatungen oft an sehr kenntnisreicher Detailarbeit geleistet wird, ist – ich sehe das durchaus – in der Berichterstattung schwer so darzustellen, dass es Zuschauer, Zuhörer oder Leserinnen und Leser aufnehmen. Aber es ist eine prägende Wirklichkeit, die allerdings die Bevölkerung relativ wenig erreicht.

Ich habe aber auch die Bitte an die Berichterstatterinnen und Berichterstatter, nicht nur über die Kontroverse und den Konflikt zu berichten und den normalen Konflikt nicht zum Streit hochzustilisieren, der in den Augen der Bevölkerung doch immer nur der übliche und nutzlose Streit der Parteien ist. Nochmals: Ich kenne dabei durchaus das Dilemma, in dem Berichterstatterinnen und Berichterstatter sind.

Der Bayerische Landtag darf sich aber auch über eine öffentliche Aufmerksamkeit in den Medien in einem Umfang freuen, wie sie wohl kaum ein anderer Landtag in Deutschland hat. Das hängt zum einen mit der Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen zusammen – ein wesentlicher Beitrag zur Transparenz der politischen Arbeit –, ist aber auch die Frucht des engagierten Wirkens der Berichterstatterin-

nen und Berichterstatter. Dafür danke ich im Namen des Parlaments Ihnen, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

An die Verleger und an die Zentralredaktionen appelliere ich, der Landespolitik als einem wichtigen Teil bayerischer Identität und der Entwicklung unseres Landes einen angemessenen Platz in ihren Medien einzuräumen. Ich habe über all die Jahre hinweg sehr wohl beobachtet, dass Blätter immer dazu neigen, eine Korrespondentenstelle in München einzusparen und damit letztlich aber auch die individuelle, regionale Berichterstattung und oft das Gewicht der Landespolitik in den Medien zu reduzieren. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich feststelle – das ist natürlich immer ein Stück subjektiv –, das Klima habe sich nicht verändert, aber sehr wohl die Themenwahl und der Inhalt der Debatten. Mehr als uns vor der Wahl wohl bewusst war, haben wir eine tiefe Zäsur. Alle sind sich darin einig, dass es nicht mehr um das Mehr geht, sondern eher um ein Weniger und um ein Anders. Dies bedeutet auch eine tief greifende Zäsur in der Arbeit des Landtags. Bei allen Meinungsverschiedenheiten sitzen wir dabei im gleichen Boot, nicht zuletzt weil die einen hier und die anderen in Berlin regieren. Dass dabei die Meinungen über das Wie, die Wahl des Weges, unterschiedlich sind und dass im politischen Wettbewerb dabei auch der Vorteil in der Tagesdebatte gesucht wird, ist natürlich und Teil der lebendigen Demokratie.

Wie sehr sich die Situation in den letzten Jahren und Monaten verändert hat, ist mir, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen drastisch im Rahmen einer Stellenausschreibung hier im Landtagsamt bewusst geworden. Für die ausgeschriebene Stelle im Pförtnerdienst gab es über 700 Bewerbungen, dabei über 130 von Menschen mit Behinderungen. Dies, denke ich, ist eine alarmierende Situation schon im Großraum München. Es konnte natürlich nur einer, in diesem Fall ein Mensch mit Behinderung, den Zuschlag bekommen. Für alle anderen gibt es eine weitere Runde voll Hoffnungen oder Enttäuschungen oder vielleicht auch noch mehrere Runden. Deswegen ist es wohl – diese politische Anmerkung sei mir gestattet – die dringendste Aufgabe der Zeit, alles uns Mögliche zu tun, damit wir entsprechende Rahmenbedingungen für wieder mehr Arbeit in Deutschland gestalten.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! In der Rede nach meiner Wahl habe ich dargelegt, dass das Landtagsamt Dienstleister für die Parlamentarier und für die Parlamentsarbeit ist. Deshalb haben wir amtsintern zum Beispiel in zwei Sitzungen mit den Referatsleitern über die Gestaltung der Arbeit diskutiert, die konsequente Ausrichtung auf diese Aufgabenstellung. Die Fraktionsführungen habe ich gebeten, bei ihren Mitgliedern zu erfragen, welche Vorschläge und Verbesserungswünsche aus ihrem Kreis da sind oder auch welche Kritik. Mit den neuen und insoweit noch recht unbefangenen Mitgliedern des Hauses haben wir darüber auch gesprochen. Zu meinen erfreulichsten Erfahrungen in diesen Monaten zählt die Rückmeldung der Fraktionsführungen und der neuen Parlamentsmitglieder, die man

auf einen Nenner bringen kann: Große Zufriedenheit, großes Lob für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke Ihnen. Ich habe dies bewusst und gerne hier in der Öffentlichkeit wiedergegeben, auch verbunden mit dem herzlichen Dank, den Sie gerade mit Ihrem Beifall zum Ausdruck gebracht haben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In den nächsten Monaten werden wir in Zusammenarbeit mit den Fraktionen erörtern, wie wir unsere Parlamentsarbeit, insbesondere hier im Plenum noch lebendiger gestalten können. Ebenso werden wir mit den Fraktionen eine Bestandsaufnahme der Öffentlichkeitsarbeit der Parlamentsarbeit machen und über mögliche Verbesserungen beraten. Denn es ist nicht nur Amtsaufgabe, sondern unser gemeinsames Anliegen immer wieder zu überlegen, wie wir die Bevölkerung, die uns ja hierher entsandt hat, am besten mit unserer Arbeit vertraut machen können.

Als gegenwärtiger Vorsitzender der Präsidentenkonferenz werde ich die anderen Landtage und Fraktionen im nächsten Jahr zu einem Erfahrungsaustausch zu diesem Thema einladen.

Meine Damen und Herren, die öffentliche Wirkung wird in hohem Maße mit unseren Kompetenzen und unseren Entscheidungsmöglichkeiten verbunden sein. Das zeigt mir auch ein Rückblick. Wir haben eine Auflistung über die Veränderungen der Geschäftsordnung und die Straffung unserer Arbeit in den letzten zehn Jahren gemacht. Da ist sehr viel mehr geschehen, als mir selbst bewusst war. Aber die Erfahrung zeigt auch, dass Änderungen der Geschäftsordnung allein nicht ausreichen, um mehr öffentliche Resonanz insbesondere im Hinblick auf unsere Plenardebatten zu bekommen. Für die Zukunft des Bayerischen Landtages und aller Landesparlamente, vor allem auch für den Stellenwert in der Bevölkerung und im politischen Gefüge, ist von besonderer Bedeutung, welche Ergebnisse die so genannte Förderalismuskommission in den nächsten Monaten bringen wird.

Im Rahmen dieser Beratungen in Berlin habe ich mit großer Genugtuung festgestellt, dass die Enquete - Kommission des Bayerischen Landtags dafür eine bundesweit beachtete und geschätzte Vorarbeit geleistet hat.

Darauf können wir durchaus stolz sein. Darüber dürfen wir uns freuen; denn es ist eine Gemeinschaftsleistung des Parlamentes gewesen. Ich möchte aber auch heute auf dem Hintergrund dieser Erfahrung nochmals den federführend Verantwortlichen in dieser Kommission für ihre Arbeit ganz besonders danken. Das ist eine gute Visitenkarte für den Bayerischen Landtag.

(Beifall)

Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Stoiber, hat für die Arbeit und die Ergebnisse der Förderalismuskommission als einer der beiden Vorsitzenden eine besonders wichtige Rolle. Er drängt auf Veränderungen auch im Sinne der Ergebnisse der Enquetekommission, er muss gleichzeitig

die teilweise sehr unterschiedlichen Positionen der Länder berücksichtigen und bündeln und muss den Rahmen und die Grenzen für die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat immer im Auge haben. Meine Aufgabe ist es, als Vertreter der Landtage ebenfalls in diesem Sinne zum bestmöglichen Ergebnis beizutragen.

Es ist jetzt hier nicht der Ort und die Zeit, auf die Arbeit der Kommission und ihre Perspektiven näher einzugehen. Nach der letzten Sitzung bin ich dabei durchaus optimistisch. Ich habe aber immer wieder darauf hingewiesen: Eine der größten Schwierigkeiten ist, dass sich die Länder und die Landespolitik in verschiedenen Punkten nicht einig sind.

Eines muss insbesondere aber allen Vertretern der Landespolitik klar sein: Wenn jetzt der Durchbruch nicht gelingt – die Monate Oktober, November und wahrscheinlich auch noch Dezember werden entscheidend sein –, wird das Thema über eine lange Wegstrecke beendet sein, und es wird eine Diskussion über die Handlungsfähigkeit der Politik und über die Reformfähigkeit der politischen Akteure in Gang kommen, die dann vor allem zu Lasten des Föderalismus und der Landespolitik in Deutschland gehen würde. Auch deswegen ist bei allen eigenen Vorstellungen und Wünschen eine entsprechende Kompromissbereitschaft wichtig. Welche Gestaltungsspielräume wir in den kommenden Jahren zusätzlich haben werden, wird sich also in den nächsten Monaten entscheiden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir verabschieden uns mit dem Ende dieser Sitzung gewissermaßen aus diesem Plenarsaal. Unmittelbar nach Beendigung beginnt der lange geplante Umbau dieses – ich glaube, der Begriff ist durchaus angemessen – altherwürdigen Raumes. Wie sehr wir aber auch eine Veränderung brauchen, haben, wie ich meine, in diesen Tagen die Temperaturen in diesem Raum gezeigt.

Wir werden uns gegen Ende des Jahres 2005 im neu gestalteten Plenarsaal wieder versammeln. In der Zwischenzeit wird der Senatssaal unser Plenarsaal sein, zwangsläufig unter gewissen provisorischen Umständen. Dafür bitte ich Sie schon jetzt um Verständnis, wenn wir uns im September wieder versammeln und der Bau im Gang ist. Dies gilt auch im Hinblick auf die unvermeidlichen Belastungen, die mit laufenden Bauarbeiten verbunden sind. Dies gilt nicht nur für uns, sondern für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; es gilt für die Damen und Herren der Presse.

Ich freue mich sehr über die Resonanz für den Erwerb der Stühle des Plenarsaals. Der Erlös wird für ein neues soziales Projekt, für ein Kinderhospiz in Bayern verwendet. Dieses Hospiz wird in Schwaben gebaut und soll Kindern, deren Lebensperspektive zu Ende geht, für deren letzte Wegstrecke, eine Hilfe und ein Stück Heimat sein, ebenso für ihre Angehörigen.

Zum Abschluss danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten und den Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung für die Zusammenarbeit. Ich danke meinen beiden Vizepräsidenten, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates, den Fraktionsvorsitzenden und den Vorständen,

den Ausschussvorsitzenden und ihren Stellvertretern für die geleistete Arbeit. Ich danke nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landtagsamt, in den Fraktionsgeschäftsstellen, den Landtagsbeauftragten und den Beamten der Polizei.

(Beifall)

Das Wort hat nun Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum letzten Mal endet heute eine Sitzung des Bayerischen Landtags in diesem historischen Plenarsaal. Zwei Jahre lang werden wir gemeinsam ein Ausweichquartier im ehemaligen Senatssaal beziehen. Insofern erweist sich die Abschaffung des Senats durch das bayerische Volk wieder einmal als eine hilfreiche Entscheidung.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

Mit diesem Plenarsaal, der am 11. Januar 1949 mit einem Festakt eingeweiht worden ist, verbinden wir alle eine reichhaltige Erinnerung an bayerische Parlamentsgeschichte. 1949 lehnte hier nach einer fünfzehnstündigen Debatte in den frühen Morgenstunden eine Mehrheit von 101 gegen 63 Stimmen die Übernahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ab. Heute sind wir einige Schritte weiter und sprechen darüber, wie wir uns eine Europäische Verfassung zu geben gedenken.

(Alexander König (CSU): Das ist genauso schwierig!)

Wir Sozialdemokraten erinnern natürlich auch an die Zeit des SPD-Ministerpräsidenten Hoegner – lange ist es leider her –, der eine fantastische Verfassung vorgelegt hat und auch dieses Haus mit Leben erfüllte. Wir erinnern uns an eine große Reihe von Parlamentspräsidenten, Kabinettsmitgliedern und Abgeordneten aus allen Parteien, die sich um Bayern verdient gemacht haben.

Ich selbst erinnere mich noch gut an die erste Plenardebatte, an der ich persönlich teilnehmen durfte; das war im Herbst 1990. Damals ging es um die Kosten und um die Finanzierung der Deutschen Einheit. Der damalige Finanzminister Gerold Tandler erläuterte, dass man diese quasi aus der Portokasse bestreiten könne. Man sieht also, dass auch in diesem Saal manches vorgetragen wurde, was sich später als Irrtum herausgestellt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Brunner (CSU))

– Es kommt immer darauf an, wie groß die Portokasse ist. Das stimmt, lieber Kollege Brunner.

Jetzt wollen wir gemeinsam daran gehen, im Zuge einer Reform der bundesstaatlichen Ordnung – der Herr Präsident hat es angesprochen – in Deutschland endlich wieder zu einer Stärkung der Länderparlamente zu kommen. Ich glaube, das ist ebenso notwendig wie eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen Europa, Bund, Ländern

und Gemeinden. Die gemeinsame Linie, die wir dabei bei der Enquetekommission gefunden haben, ist gut, und wir sollten alles tun, um diese bundesweit zur Geltung zu bringen, damit der Föderalismus in Deutschland wieder gestärkt und mit neuem Leben erfüllt werden kann.

Viele Entscheidungen wurden ein Jahr nach der Landtagswahl einvernehmlich getroffen und getragen, aber es gab gerade in diesem zurückliegenden Jahr auch viel Trennendes und Strittiges. Die Meinungen über die Erfordernisse der Finanzpolitik gingen ebenso weit auseinander wie die Beurteilung der bayerischen Haushaltspolitik, die im Nachtragshaushalt 2004 ihren Niederschlag gefunden hat. Über wichtige Grundfragen der Bildungspolitik sind wir ebenso unterschiedlicher Auffassung wie über massive Kürzungen im Sozialbereich, bei Familienhilfe, Jugendförderung, Erwachsenenbildung oder beim Sport. Wir dürfen das soziale Gesicht Bayerns nicht verlieren und nicht aufs Spiel setzen – das zumindest ist unsere Mahnung –, weil wir gerade auch den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft und den vielen ehrenamtlich Tätigen draußen im Lande besonders verbunden sein müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Besonders hitzige Debatten haben natürlich die unterschiedlichen und wechselhaften Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsreform ergeben. Über die einzelne Maßnahme hinaus geht es dabei im Kern um die Frage: Welchen Staat wollen wir, und was können die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat in Zukunft erwarten und einfordern?

(Alexander König (CSU): Und darum, in welchem Staat wir uns was leisten können!)

Sicherlich: Der Abbau von überflüssiger Bürokratie ist notwendig und sinnvoll, ebenso an mancher Stelle eine Verwaltungsreform. Wir wollen aber keinen liberalen Nachwachterstaat, sondern einen sozialen Staat, der seine Schutz- und seine Gestaltungsfunktion erfüllen kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei dieser Diskussion müssen die gesamte Gesellschaft und natürlich insbesondere die Betroffenen selbst einbezogen und mitgenommen werden. Vielleicht ist es ein Ausdruck der übergroßen Mehrheit einer Partei in diesem Haus, dass manches, was vielleicht selbstverständlich zum demokratischen Diskurs und zur gemeinsamen Diskussion notwendig wäre, im zurückliegenden Jahr eben nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Diese Diskussion gehört zuvörderst in das Parlament. Wir sind es, die vom Volk gewählt und hierher entsandt wurden, um diese Probleme anzugehen und die wichtigen Fragen zu entscheiden. Wir sind es, die Entscheidungen nicht zur Kenntnis nehmen und abnicken oder aus der Zeitung oder aus Regierungsverlautbarungen entnehmen dürfen. Vielmehr müssen wir unseren Gestaltungsauftrag

erfüllen. Dazu gehört ein lebendiges Parlament, das sich selbst ernst nimmt. Ein selbstbewusstes Parlament, das sich selbst ernst nimmt, muss endlich auch darauf drängen, dass der Regierungschef an den Verhandlungen teilnimmt und persönlich anwesend ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, es ist nicht hinzunehmen, dass die Abwesenheit des Regierungschefs geradezu demonstrative Züge angenommen hat.

(Alexander König (CSU): So ein Blödsinn!)

Von den letzten zehn Plenartagen hat der Ministerpräsident an sage und schreibe neun Tagen gefehlt, für die letzten drei Tage sogar ohne Angabe von Gründen. Das darf so nicht bleiben. Ein selbstbewusstes Parlament und alle Parlamentarier müssen und sollten darauf drängen, dass sich das endlich einmal ändert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das ist ein parlamentarischer Sittenverfall, was Sie hier betreiben!)

Viele helfende Hände sind dafür erforderlich, dass das Parlament arbeiten und seine Aufgaben erfüllen kann. Deshalb möchte ich mich im Namen des ganzen Hauses herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landtags bedanken, vom Telefondienst bis zur Bibliothek, von den Geschäftsstellen der Fraktionen bis zur Polizei an der Pforte, von den Zuarbeitern des Landtags bis zu den Landtagsbeauftragten der Ministerien und bei den Offizianten, die uns oft genug etwas nachtragen mussten.

Ich danke den Vertretern der Medien für die wohlwollende und kritische Berichterstattung und die Kommentierung unserer Arbeit. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Urlaub und hoffe, dass Sie trotz vielfältiger Aufgaben zumindest einige Tage der Erholung finden können. Vor allem hoffe ich, dass wir uns alle im September gesund und munter wiedersehen werden. Möglicherweise ist der eine oder andere noch auf der Suche nach einer Ferienlektüre. Herr Ministerpräsident, Ihr Parteifreund Rudi Hierl hat mir eine mögliche Ferienlektüre für Sie mitgebracht. Er hat mir den Text der Bayernhymne übergeben. Vielleicht singen wir sie dann gemeinsam. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie sollten sich schämen!)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, vielen Dank für die guten Wünsche. Das Wort hat nun der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Im Namen der Bayerischen Staatsregierung danke ich Ihnen, Herr Präsident, für die guten Wünsche, die ich natürlich ebenso herzlich erwidere. Die Schlussreden vor der Sommerpau-

se haben in Bayern eine lange Tradition. Wir sollten sie nicht dazu benutzen die streitige Diskussion fortzusetzen. Wer das tut, muss es sehr nötig haben.

(Beifall bei der CSU)

Erstmals seit zwei Jahren verdienen die kommenden Wochen tatsächlich die Bezeichnung „Landtagsferien“. Die Jahre 2002 und 2003 waren von der Bundestagswahl und der Landtagswahl geprägt und nicht von Freizeit und Ferienstimmung. Wenn das Wetter im August mitspielt, wird es diesmal eine richtige Sommerpause. Ich wünsche sie Ihnen jedenfalls von ganzem Herzen.

Das erste Jahr der 15. Legislaturperiode des Bayerischen Landtags – der Landtagspräsident hat darüber aus seiner Sicht gerade ein bemerkenswertes Resümee gezogen, dem ich uneingeschränkt zustimmen kann – geht zu Ende. Es brachte aber auch sehr viel Neues. Der Landtag hat sein Gesicht verändert. Über 50 Mitglieder – viele davon gehören der Generation der 30-jährigen und 40-jährigen an – sind neu im Parlament. Das Präsidium, die Ausschüsse, aber auch die Vorstände der drei Fraktionen wurden zu einem guten Teil neu besetzt. Wir haben nur noch 180 Abgeordnete.

Die parlamentarische Arbeit ist aber gleich geblieben. Ich kann durchaus nachvollziehen, wie effektiv und engagiert hier gearbeitet wird. Deswegen an alle ein herzlicher Dank für den Einsatz für unser Land. Deutschland und Bayern stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Dessen müssen wir uns bewusst sein und das müssen wir der Bevölkerung immer wieder sagen, weil der Erkenntnisprozess in der Bevölkerung noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie es notwendig wäre, um nötige Reformen ohne größere Auseinandersetzungen durchführen zu können.

Die Globalisierung – verschärft durch die EU-Osterweiterung – hat uns fest im Griff. Unsere Nachbarn und unsere Konkurrenten produzieren immer öfter die gleiche Qualität, aber häufig zu günstigeren Bedingungen. Die Folgen sind bekannt. Diskussionen finden allenthalben statt. Die Bertelsmann-Stiftung hat in den letzten Tagen eine internationale Vergleichsstudie vorgelegt, in der festgestellt wird, dass der fortwährende Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland im internationalen Vergleich einzigartig ist. Das ist eine Feststellung.

Nicht nur die Wirtschaft, auch der Terrorismus globalisiert sich. Madrid hätte durchaus auch München sein können. Der Innenminister und die Ministerpräsidenten haben vor ein paar Tagen äußerst bange Minuten erlebt, weil nicht sofort feststand, dass der Anflug auf München unproblematisch sein wird. Wir hatten damals extreme Sorgen, dass etwas Fürchterliches passieren könnte.

Unsere Generationenbilanz ist in der Schieflage. Wir leisten uns mehr als unsere Volkswirtschaft leistet. Deutschland lebt immer mehr auf Kosten der Zukunft, also auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Deswegen ist die Frage der sozialen Gerechtigkeit und die Frage der Solidarität nicht allein mit der Frage zu beantworten: Darf ich das streichen? Zunächst müssen wir fragen: Kann ich mir das leisten? Das ist die soziale Frage, wenn ich die Generatio-

nengerechtigkeit und die Nachhaltigkeit nicht nur verbal, sondern auch inhaltlich wirklich ernst nehme.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist eine reine Propagandarede! – Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist ein Schlusswort und keine Regierungserklärung!)

Die demografische Entwicklung droht, den Generationenvertrag der Sozialversicherungssysteme zu sprengen. Gerade in einem Flächenland wie Bayern stellt sich zunehmend die Frage nach der Zukunft des ländlichen Raums. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Fragen, die wir unter den neuen Bedingungen beantworten und lösen müssen. Natürlich haben wir hierüber unterschiedliche Auffassungen. Das ist ein Wesensmerkmal der Demokratie. Es ist aber nun einmal so, dass die bayerische Bevölkerung entschieden hat, dass zwei Drittel der Abgeordneten im Bayerischen Landtag der CSU angehören. Niemand anders hat das entschieden. Deswegen sollte man das respektieren und akzeptieren, wenn man Wahlen wirklich ernst nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Diese Mehrheit versucht, die Frage zu beantworten, ob wir uns das alles noch leisten können und ob es gerecht ist, sich heute Dinge zu leisten, die man späteren Generationen zur Begleichung auferlegt. Das ist die entscheidende Frage. Diese werden wir in den nächsten Wochen in Deutschland, in Bayern und auch in anderen Ländern diskutieren. Wenn ich sehe, was viele Länder und Landtage heute aufgrund der dramatischen Haushaltssituation beschließen, bin ich froh, dass jedenfalls in Bayern nicht wie in Niedersachsen das Blindengeld völlig abgeschafft wurde, weil die finanzielle Situation so zerrüttet ist.

Gott sei Dank brauchen wir diese Diskussion hier nicht zu führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte einen Punkt ansprechen, den Landtagspräsident Alois Glück schon angesprochen hat, und den auch Herr Maget kurz gestreift hat. Es ist die Frage der Reform unseres Staates. Diese Frage ist mehr als nur eine Frage der Reform des Föderalismus. Es ist die Frage, ob unser Staat Deutschland in seiner komplizierten Struktur, die in Europa einmalig ist, und aufgrund der langen Entscheidungswege auf Dauer wettbewerbsfähig und kompatibel ist. Werner Schnappauf hat noch vor ein paar Minuten einen Entscheidungsvorgang sehr plastisch dargestellt. Wir können uns solche Entscheidungsvorgänge unabhängig vom Inhalt der Entscheidung nicht leisten. Die Länge dieser Entscheidungswege wirft Deutschland zurück.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist die Frage nach der Reform der Bundesrepublik Deutschland, nach der Reform des Verhältnisses zwischen Bund, Ländern und Kommunen ganz entscheidend.

Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass die Lösung dieser Frage deswegen schwierig wird, weil die Kollegen im Deutschen Bundestag gegenwärtig alle sehr skeptisch

gegenüber einer weiteren Verstärkung der Kompetenzen der Landtage eingestellt sind. Sie sind aus einem ganz bestimmten Grund skeptisch, und wir müssen alle mit dazu beitragen, dass mehr Verständnis für die Reform des Föderalismus entsteht. Eine Menge an Kompetenzen geht aufgrund des Europäischen Verfassungsvertrages, aber auch aufgrund des Vertrages von Nizza vom Deutschen Bundestag auf den Europäischen Rat und auf das Europäische Parlament über. Die genauen Auswirkungen dieser Entwicklung sind für viele noch gar nicht absehbar. Die Komplexität dieser Verträge wird erst im Laufe der Jahre bei einzelnen Entscheidungen klar. Hätten wir uns vor Jahren vorstellen können, dass die Europäische Kommission ernsthaft die Gebühren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als verbotene Beihilfe unter Umständen einstellt? Hätten wir uns vorstellen können, dass das Dosenpfand aus den bekannten Gründen von der Europäischen Union in einem sehr komplizierten Verfahren überprüft wird? Ich will damit nur deutlich machen, dass die Kollegen im Deutschen Bundestag Sorge haben, dass immer mehr Kompetenzen vom Deutschen Bundestag in das Europäische Parlament abwandern. Wenn dann noch weitere Kompetenzen vom Deutschen Bundestag in die Landtage abfließen, entsteht eine ganz bestimmte Zurückhaltung, wie ich es einmal vorsichtig umschreiben will.

Ich glaube aber, es führt kein Weg daran vorbei; wir müssen die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage stellen. Wir müssen die Zustimmungsfunktion des Bundesrates und den Einfluss der Ministerpräsidenten über den Bundesrat auf die Bundesgesetzgebung relativieren, um damit den Landtagen insgesamt mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei Gesetzen zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist die Linie, mit der wir antreten müssen. Unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität werden Aufgaben auch auf die Länder übergehen müssen. Ich denke zum Beispiel an die Bildungspolitik oder an die Frage, wie wir mit unserem Dienstrecht und mit der Besoldung umgehen. Wenn die Länder die größte Last zu tragen haben, ist es sicher sinnvoll, dass sie auf diesem Gebiet mehr mitreden können. Wir müssen fragen, ob wir nicht die regionale Wirtschaftspolitik und die regionale Arbeitsmarktpolitik

enger miteinander verzahnen, um zu besseren Ergebnissen zu kommen. Ich glaube, dass die Arbeit im Landtag und die Akzeptanz politischer Entscheidungen umso griffiger werden, wenn sie so nah wie möglich an die Menschen herangetragen werden. In vielen Bereichen ist natürlich der Landtag näher am Menschen als der Bundestag oder das Europäische Parlament.

Andererseits müssen wir aber auch immer wieder gegenüber der europäischen Ebene deutlich machen, wie wichtig gerade die Subsidiarität und wie wichtig für ein bürgernahes Europa die Bedeutung der Regionen und der Länder ist.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Sinne freue ich mich und möchte auch von hier aus dem neuen Präsidenten der Europäischen Kommission Durão Barroso einen herzlichen Glückwunsch aussprechen. Er ist gerade mit überzeugender Mehrheit gewählt worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass er morgen Abend seinen ersten Besuch hier in München abhalten wird.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für die guten Wünsche.

Zunächst noch einmal ein organisatorischer Hinweis. Sollten Sie sich für den Kauf und die Mitnahme Ihres Abgeordnetenstuhles ausgesprochen haben, wenden Sie sich bitte nach Ende der Sitzung an die Mitarbeiter des Landtagsamtes hier im Saal. Bis die Aktion gestartet werden kann, wird etwa eine viertel Stunde vergehen, weil zunächst alles aufgeräumt werden muss.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und eine erholsame Sommerzeit. Wir wünschen uns alle, dass wir uns im September gut und gesund wieder sehen, um uns wieder unserer Arbeit widmen zu können. Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14.16 Uhr)

Aufstellung

über in den Ausschüssen für erledigt erklärte Anträge

Drsnr	Vorgangsart	Betreff
138	Antrag	Perspektiven und Fortbestand der Agentur gotoBavaria
328	Antrag	Ausweitung der mobilen Videoüberwachung
364	Antrag	Jodvorsorge für den Fall eines Reaktorunfalls
562	Antrag	Frachtverkehr auf der Regionalbahn Walpertskirchner-Spange – Flughafen – Freising – Landshut berücksichtigen
733	Antrag	Bericht Verkehrsdurchführungsvertrag
908	Antrag	Zustimmung Bayerns zum Gesetzentwurf zu dem Änderungsprotokoll zum Europäischen Versuchstierübereinkommen
913	Dringlichkeitsantrag	Verlängerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern
1023	Antrag	Fortbildungskampagne „Startchance Bildung“ auch für Elterninitiativen
1108	Antrag	Kreditbasis der Genossenschaften erhalten
1294	Dringlichkeitsantrag	Bericht zur geplanten Milka-Werbeaktion am 23. Juli 2004 auf der Zugspitze

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.07.2004 zu TOP 13, Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Marianne Schieder u.a. und Fraktion (SPD) betreffend Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag – Keine Beschulung in Jungarbeiterklassen – (Drs. 15/1368)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred			
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Beck Melanie		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika			
Dr. Huber Marcel		X	
Huber Erwin			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried		X	
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	
Sem Reserl		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weber Manfred			
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Welnhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	50	94	0